



VEREINIGUNG DER HESSISCHEN UNTERNEHMERVERBÄNDE

MEHR ZUKUNFT WAGEN.
MEHR UNTERNEHMERTUM
ZEIGEN!

2018 | FAKTEN | PERSPEKTIVEN | EMOTIONEN

INHALTSVERZEICHNIS

Teil 1

WAS WIR WOLLEN.

EDITORIAL	7
Unser Selbstverständnis Stabwechsel der Hauptgeschäftsführer	
HESSEN. Erwartungen an die Landespolitik	11
Mehr Zukunft wagen. Der nächsten Generation bessere Chancen geben!	
DEUTSCHLAND. Erwartungen an die Bundespolitik	14
Mehr Wirtschaft wagen. Mehr Freiheit leben!	
UNTERNEHMER	16
Die Hessischen Unternehmertage HESSEN-CHAMPIONS – Hall of Fame Jahresgespräche VhU-Präsidium mit dem Hessischen Kabinett Jahrestreffen Politik-Wirtschaft	
ÖKONOMISCHE PERSPEKTIVE 2035	22
Wohlstand trotz demografischen Wandels Gastbeitrag Dr. Hans-Peter Klös, IW Köln	

Teil 2

WAS WIR TUN, FORDERN UND ERREICHEN.

 ARBEITSMARKTPOLITIK	25
Erwerbsbeteiligung erhöhen – Zugangsschranken abbauen!	
 ARBEITS- UND SOZIALRECHT	30
An neue Herausforderungen anpassen!	
 BAU- UND IMMOBILIENPOLITIK	32
Immobilienmärkte deregulieren, Bauinvestitionen ankurbeln!	
 BERUFLICHE BILDUNG	35
Fachkräfte sichern!	
 BILDUNGSPOLITIK	38
Mehr Potenziale heben!	
 EHRENAMTLICHE RICHTER & SOZIALE SELBSTVERWALTUNG	42
Arbeitgeber entscheiden mit!	
 ENERGIEPOLITIK	44
Staatliche Stromverteuerung stoppen!	



	FINANZPOLITIK 46 Neue Handlungsspielräume schaffen und nutzen!
	SOZIALE SICHERHEIT & SOZIALPOLITIK 48 Beiträge begrenzen und länger arbeiten!
	TARIFPOLITIK & TARIFRECHT 50 Arbeitszeit zeitgemäß gestalten!
	UMWELTPOLITIK 52 Wirtschaftliche Belange mehr beachten!
	VERKEHRS- & LOGISTIKPOLITIK 54 Mehr und bessere Mobilität!
	WIRTSCHAFTSPOLITIK 58 Gute Rahmenbedingungen schaffen!
	WISSENSCHAFTSPOLITIK 60 Qualität trotz hoher Nachfrage!
	VERBUNDENE ORGANISATIONEN 62 Unsere Gruppe Bildungswerke

Teil 3

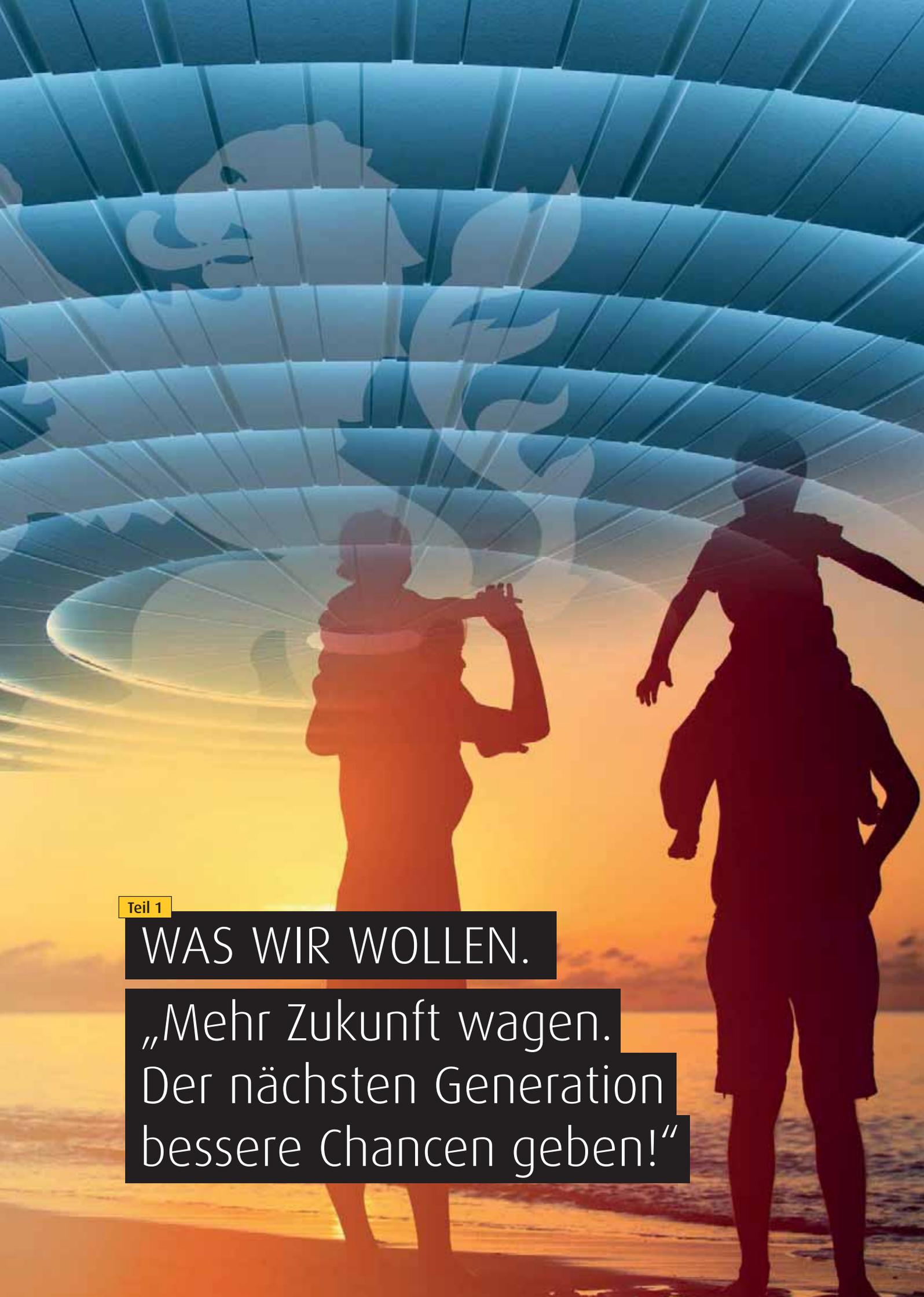
WO WIR SIND. ÜBERALL IN HESSEN.

Die VhU und ihre Geschäftsstellen 64
VhU NORDHESSEN
VhU MITTELHESSEN
VhU RHEIN-MAIN-TAUNUS
VhU WIESBADEN RHEINGAU-TAUNUS
VhU HANAU-OFFENBACH
VhU DARMSTADT UND SÜDHESSEN
VhU OSTHESSEN

Teil 4

WER WIR SIND. UNSERE MITGLIEDER UND ORGANISATION.

PRÄSIDIUM 80
ORGANISATION 82
VhU MITGLIEDSVERBÄNDE 84



Teil 1

WAS WIR WOLLEN.

„Mehr Zukunft wagen.
Der nächsten Generation
bessere Chancen geben!“

Liebe Mitglieder, liebe Mitstreiter, liebe Hessen!

Die VhU hat die magische Zahl 80 erreicht. Nein, das ist nicht unser Alter. Tatsächlich sind wir als die Stimme der Unternehmer in Hessen erst 72 Jahre alt. Vielmehr haben wir den Kreis unserer Mitglieder auf 80 erweitern können. Wir nähern uns der noch magischeren Zahl 100 Schritt für Schritt.

Aber: Wir alle in Hessen leben in gefährlichen Zeiten. Denn Hessen geht es sehr gut. Im Erfolg schlummert indes die größte Gefahr: nämlich dass wir uns bequem einrichten im Status quo und der Illusion, es werde immer weiter aufwärts gehen. Alle Lebenserfahrung spricht dagegen.

Starke Wirtschaft

Hessen verfügt über eine starke und wachsende Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und besten Durchschnittslöhnen im Bundesländervergleich. Erfolgreiche Unternehmen, kreativ investierende Unternehmer und fleißige Arbeitnehmer sorgen für hohe Steuereinnahmen, ermöglichen dem Staat, durch soziale Umverteilung auch die Schwächeren mitzunehmen und inzwischen ohne Neuverschuldung auszukommen.

Die hessische Wirtschaft hat sich aus der großen Weltwirtschaftskrise heraus in einen sich verstärkenden Aufschwung hineingearbeitet. Zu diesem tragen auch – vermutlich vorübergehende – Sondereffekte wie niedrige Zinsen und ein niedriger Ölpreis bei. Der lange Zeit niedrige Eurokurs ist ja bereits passé. Auch der Ölpreis steigt wieder.

Digitaler Strukturwandel: das Ischgl-Modell

Die hessische Wirtschaft ist herausgefordert. Stetig erhöht sich das Tempo des digitalen Strukturwandels, der unser Wirtschaften, Arbeiten und Leben in den nächsten beiden Dekaden gewaltig verändern wird: Hier liegen riesige Wachstumschancen für unsere dynamische Wirtschaft, wenn wir aus den Daten unserer Produkte und Prozesse nutzbringende Geschäfte machen.

Unser Präsidiumskollege Uwe Bartmann von der Siemens AG beschreibt das eingängig als „Ischgl-Modell“: Wer sich wundert, warum dort die Hänge für alle Ski- und Snowboard-Fahrertypen, zu jeder Zeit und bei jedem Wetter ideal angelegt und künstlich beschneit sind, der erlebt unbewusst Smart Data. Nämlich den Zusammenfluss aller relevanten Daten aus Tourismusstatistik, Sportmedizin und -gewohnheiten über den Tagesverlauf, Gastronomie und Hotellerie, Meteorologie und vieler anderer mehr. Alle diese Daten werden kompakt nutzbringend auf eine einzige Anwendung konzentriert und immer live zusammengestellt. „Ischgl“ ist nur ein kleines Beispiel von vielen Millionen möglichen, aus Daten Kundenzufriedenheit und damit Gold zu machen. Je mehr und besser wir in Hessen diese Chance nutzen, desto besser wird es uns, unseren Kindern und Enkelkindern auch in Zukunft gehen.

Wachstumsbremse Fachkräftemangel

Wir laufen in Deutschland aber leider auf eine sich stetig vergrößere Wachstumsbremse zu: den demografischen Wandel. Er führt uns, wenn wir nicht gegensteuern, in erhebliche Fachkräfte-Engpässe, die unser Wachstum abwürgen. Hierauf gibt unsere Denkfabrik, das IW Köln, mit einem Gastbeitrag Perspektive 2035 einige lösungsorientierte Antworten aus volkswirtschaftlicher Sicht.



Politisch mehr Wirtschaft und Zukunft wagen!

Geopolitisch verändert sich gerade die **Tektonik der drei großen Weltmärkte**. Die USA und China verschärfen den Protektionismus in Richtung Handelskrieg. Das schadet dem Wohlstand schaffenden Freihandel im Allgemeinen und dem Europäischen Binnenmarkt, der Exportnation Deutschland sowie der hessischen Wirtschaft im Besonderen.

Darauf müssen unsere Unternehmen strategische Antworten finden. Und wir müssen für sie auf der europäischen und deutschen Ebene politisch für die richtigen Rahmenbedingungen arbeiten.

Wir haben eine **neue Bundesregierung**, eine Neuauflage der Großen Koalition aus CDU, CSU und SPD, bekommen. In ihrem Koalitionsvertrag sehen wir eine erhebliche Schlagseite zu noch mehr sozialer Umverteilung, obwohl heute schon ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts, nämlich eine Billion Euro, in den Sozialetat fließen. Und wir vermissen konkrete Ansatzpunkte zur Zukunftsgestaltung: zur Meisterung des Strukturwandels. Was nottäte haben wir im Sommer 2017 in unseren „Erwartungen“ niedergelegt. Die schöne Erfahrung in diesem Wahlkampf war, dass unsere Seite der Wirtschaft so geschlossen aufgetreten ist wie noch nie, mit einer Stimme sprach und alle namhaften Organisationen auf Bundes- und Länderebene dieselbe Botschaft verkündet haben: Es ist höchste Zeit „Mehr Wirtschaft zu wagen!“ statt die Umverteilungsspirale über die Leistungsgrenze einer Volkswirtschaft hinaus weiter nach oben zu treiben.

Nun stehen wir vor einer **Landtagswahl in Hessen**. Wir haben im März dazu die gemeinsam mit unseren Mitgliedsverbänden erarbeiteten Erwartungen der hessischen Wirtschaft an die Politik vorgestellt. Wir haben sie überschrieben mit „Mehr Zukunft wagen. Der nächsten Generation bessere Chancen geben!“ Und wir haben im April die Diskussion mit den staatstragenden Parteien begonnen: im jährlichen Kabinettsgespräch, auf unserem Jahrestreffen Politik und Wirtschaft und in vielen Events in den Regionen. Diesen Dialog werden wir gemeinsam mit unseren Mitgliedern intensivieren. An unseren Erwartungen werden wir natürlich Parteiprogramme messen und bewerten. Und für ihre Umsetzung arbeiten.

Willkommenskultur für Kinder und Familie!

Wenn wir Politik eher aus den Freuden als aus den Ängsten der Menschen schöpfen wollen, dann muss uns allen eine Willkommenskultur für Kinder und Familien sehr am Herzen liegen. Nur so werden wir es schaffen, dass der Generationenvertrag hält.

Wir sollten mit einer Willkommenskultur für Kinder und Familien mehr Zukunftsorientierung wagen: Denn Kinder sind der realste Ausdruck von Vertrauen in die Zukunft einer Gesellschaft. Unsere niedrige Geburtenrate ist Ergebnis des fehlenden Zukunftsvertrauens der Babyboomer-Generation. Heute sollen junge Frauen und Männer in ihren freien Lebensentscheidungen häufiger „Ja zum Kind“ sagen können.

Zu einer Willkommenskultur für Kinder und Eltern gehören, die Ehe und die Familie als Fundamente unserer Gesellschaft zu stärken und als fundamentale Solidargemeinschaften viel besser wertzuschätzen. Wir wollen eine Drehung der Gesellschaft in Richtung Kinder- und Familienfreundlichkeit. Ein Umparken im Kopf, einen grundsätzlichen politischen Vorrang für Maßnahmen zugunsten dieser Solidargemeinschaften Ehe und Familie.

Die Stimme der Unternehmer

Auch Unternehmen sind Solidargemeinschaften – viele nach familiären Werten geführte Familienunternehmen natürlich, aber nicht nur diese, sondern alle wertegeführten Unternehmen. Sie sind betriebliche Bündnisse im Interesse der entscheidenden ‚Stakeholder‘, zu denen eben nicht nur die Anleger, sondern die Mitarbeiter, die Kunden und die Lieferanten gehören. Ihnen geht es eben nicht nur um den Gewinn, den jedes Unternehmen braucht, um seine Existenz zu sichern, und den Shareholder Value, der die Finanzierung vieler Unternehmen sichert. Sondern es geht auch um verantwortliche und langfristige Sicherung des Wachstums, guter Kundenbeziehungen, der Qualität der Produkte und Arbeitsbedingungen, und der verantwortlichen Sorge um die erforderlichen Fachkräfte und ihre Arbeitsplätze. Deshalb gelingt Integration – z. B. von Langzeitarbeitslosen, Behinderten und Flüchtlingen – am besten in den Betrieben.

Aber das öffentlich gemalte Bild der deutschen Wirtschaft ist ein völlig anderes. Je mehr sie leistet, umso kritischer wird es in den Medien, ganz zu schweigen von den „sozialen Medien“. Viele Deutsche, die von den Leistungen der Wirtschaft selbst profitieren, sehen nur ihr hässliches Gesicht: Unternehmensvertreter und Führungsfiguren getrieben von Gier, Ellbogenmentalität, mit überzogenen Gehältern, und hohen Abfindungen selbst im Versagensfall, denen Gemeinsinn und Transparenz fehlen. Dieselben Deutschen nehmen es aber mit großer Selbstverständlichkeit hin, dass z. B. ihre eigenen Einkommen stetig steigen, das Bruttoinlandsprodukt trotz der Finanzkrise deutlich gestiegen ist. Dass die Arbeitslosigkeit, die man lange für eine unvermeidbare Begleiterscheinung der Globalisierung angesehen hatte, von Jahr zu Jahr sinkt. Woher kommt denn unser wachsender Wohlstand, um den uns andere Länder sehr beneiden, wenn alle Unternehmer profitgierige Egomanen wären? Eine leistungsfähige Wirtschaft, geführt von verantwortlichen Unternehmern, schafft überhaupt erst die Grundlage unseres Wohlstands und unseres Sozialstaats.

Wir als Verbändefamilie VhU sind die Stimme der Unternehmer in Hessen. Wir verteidigen ihre Gemeinwohlorientierung als Arbeitgeber, als Zukunft erschließende Innovatoren, als wettbewerbsorientierte Mehrer von Wachstum für mehr Wohlstand aller in Hessen. Und zwar gegen überdehnte und leistungsfeindliche, teilweise planwirtschaftliche Umverteilung und verzerrende, klassenkämpferische Unternehmer-Karikaturen des populistischen Zeitgeists.

Liebe Mitglieder!

Mit dem VhU-Bericht 2018 wollen wir Ihnen sowohl eine Standortbestimmung als auch perspektivische Orientierungen bieten. Es ist kein klassischer Geschäftsbericht für den Zeitraum 2016 - 1. Halbjahr 2018 geworden. Eher eine Mischung aus Zukunftsprojektion und Erwartungsmanagement für die Jahre 2018 bis 2023 mit integriertem Leistungsbericht.

- Der 1. Teil „**Was wir wollen**“ ist mit den beiden Erwartungen an die Bundes- und Landespolitik für die aktuellen Legislaturen deutlich größer geworden.
- Diese Erwartungen werden vor dem Hintergrund unserer bisherigen Arbeit beglaubigt, über die wir hier im 2. Teil berichten: „**Was wir tun, fordern und erreichen**“.
- Erstmals berichten wir im 3. Teil „**Wo wir sind. Überall vor Ort.**“ ausführlich über die Arbeit in unseren VhU-Geschäftsstellen. Auch wenn die hessische Politik in Wiesbaden gemacht wird, gelebt und um sie gerungen wird genauso leidenschaftlich in Kassel, Wetzlar, Fulda, Frankfurt, Hanau und Darmstadt und ihren Umgebungen.
- Und schließlich bietet der 4. Teil „**Wer wir sind. Unsere Mitglieder und unsere Organisation**“ einen ausführlichen Überblick über das „Who is Who“ der hessischen Verbändelandschaft.

Die Herausforderungen haben wir beschrieben. Unsere Ziele und Aktivitäten haben wir erläutert. Nun laden wir Sie herzlich zur Diskussion und Zusammenarbeit ein.



Wolf Matthias Mang



Dirk Pollert

Frankfurt am Main, im Juli 2018



Unser Selbstverständnis:
**VhU – die Stimme der
Unternehmer in Hessen**

Die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) vertritt die **branchenübergreifenden Interessen von 80 Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden** in Hessen, in denen 150.000 Unternehmen mit 1,5 Millionen Beschäftigten Mitglied sind. Alle Unternehmensgrößenklassen und alle Branchen sind dabei: Von Landwirtschaft und Rohstoffen über Industrie, Handel und Energie bis zu Handwerk, Verkehr, Banken, Versicherungen und weiteren Dienstleistungen.

Die VhU ist **die Stimme der freiwillig organisierten hessischen Wirtschaft**. Sie bündelt die gemeinsamen politischen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände. Sowohl für die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) als auch für den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) ist die VhU die Landesvertretung in Hessen.

Auf der Grundlage eines **ordoliberalen Verständnisses der sozialen Marktwirtschaft** und einer Verantwortung für den Heimatstandort Hessen verdeutlicht die VhU die politischen Anliegen der hessischen Wirtschaft gegenüber Entscheidern in Wiesbaden, Berlin und Brüssel.

Unser Ziel ist es, die **Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Hessen zu steigern**. Positionen der VhU berücksichtigen stets die Sicht der Anbieter und der Nachfrager nach Gütern und Dienstleistungen.

Die Arbeit der VhU erfolgt **sachlich-konstruktiv** und auf Basis von **Praxisbeispielen** aus hessischen Betrieben. Die VhU ist **überparteilich** und arbeitet eng mit anderen großen gesellschaftlichen Organisationen wie Kirchen, Kammern, Gewerkschaften, Parteien, Sozial- und Umweltverbänden zusammen.

Wir sind **die Stimme der Unternehmer in Hessen** – und verteidigen ihre Gemeinwohlorientierung als Arbeitgeber, als Zukunft erschließende Innovatoren, als wettbewerbsorientierte Mehrerer von Wachstum und Wohlstand aller in Hessen. Und zwar gegen überdehnte und leistungsfeindliche, teilweise planwirtschaftliche Umverteilung und verzerrende, klassenkämpferische Unternehmer-Karikaturen des Zeitgeists.



Stabwechsel der Hauptgeschäftsführer

Dirk Pollert vertritt seit 2017 die Interessen der hessischen Wirtschaft

Dirk Pollert ist zum 1. Januar 2017 als neuer Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände gestartet. Das hatte das VhU-Präsidium auf seiner Herbstsitzung 2016 beschlossen. Zuvor schon hatte ihn der Vorstand des Arbeitgeberverbands HESSENMETALL zum Hauptgeschäftsführer bestellt.



Dirk Pollert (Mitte) mit VhU-Präsident Wolf Matthias Mang und Vizepräsident Hartmut Erlinghagen auf dem Kabinettsgespräch mit der VhU

„Wir freuen uns, in Dirk Pollert eine vielseitige Führungspersönlichkeit gewonnen zu haben, die über große Erfahrung in der politischen Interessenvertretung, in der Mitgliederbindung und -pflege und über umfassende Kompetenz im Arbeitsrecht verfügt. Deshalb ist er bestens geeignet, den Unternehmen und Verbänden über die VhU als Stimme der hessischen Wirtschaft Gehör zu verschaffen und ihre Interessen zu vertreten“, kommentierte der VhU-Präsident Wolf Matthias Mang.

Der Jurist Pollert war seit 2004 stellvertretender Hauptgeschäftsführer der branchenübergreifenden Interessenvertretung Vereinigung der bayerischen Wirtschaft vbw sowie der bayerischen Verbände bayme vbm – Die bayerischen Metall- und Elektro-Arbeitgeber mit Sitz in München.

Vor seinem Wechsel in die Zentrale der bayerischen Verbände war Pollert drei Jahre lang Geschäftsführer ihrer mittelfränkischen Geschäftsstelle in Nürnberg.

Die Seite der Unternehmen ist ihm bestens vertraut aus seiner Zeit als Leiter Personalgrundsatzfragen und Prokurist der Mannesmann Sachs AG in Schweinfurt, eines mittlerweile in den ZF-Konzern integrierten Automobilzulieferers mit damals weltweit über 20.000 Beschäftigten.

Auch als Autor arbeitsrechtlicher Fachliteratur z. B. zu Zeitarbeit oder mobilem Arbeiten hat Pollert sich einen Namen gemacht. Seit 2011 ist er ehrenamtlicher Richter am Bundesarbeitsgericht.

Großer Bahnhof zum Abschied von Volker Fasbender

Es war ein „großer Bahnhof“ geworden: 350 Gäste waren am 13. Januar 2017 zur Verabschiedung von Volker Fasbender (71) ins Kurhaus nach Wiesbaden gekommen. Der ehemalige Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände und des Arbeitgeberverbands HESSENMETALL hatte die Führung beider Verbände zum Jahreswechsel an Dirk Pollert (48), den bisherigen stellvertretenden Hauptgeschäftsführer der bayerischen Schwesterverbände, übergeben.

Fasbender hatte 43 Jahre für die VhU und HESSENMETALL in verschiedenen Funktionen gearbeitet und die Verbände über 21 Jahre geführt.



Sein Lebenswerk würdigten Ministerpräsident Volker Bouffier, BDA-Präsident Ingo Kramer und Wolf Matthias Mang, der HESSENMETALL-Vorsitzende und VhU-Präsident.

HESSEN. ERWARTUNGEN AN DIE LANDESPOLITIK. Mehr Zukunft wagen. Der nächsten Generation bessere Chancen geben!



Mit mehr Wachstumspolitik der nächsten Generationen bessere Chancen geben – das erwartet die hessische Wirtschaft von der Politik in Hessen nach der Landtagswahl 2018. Präsident Wolf Matthias Mang hatte Anfang März 2018 die Erwartungen der VhU an die Politik nach der Landtagswahl in Hessen vorgestellt, mit denen dieses Ziel erreicht werden kann.



Samstag, 9. Juni 2018

THEMA INTERVIEW ZUR FINANZPOLITIK

„Rücklagen wecken die Phantasie der Politik“

Hessischer Unternehmerpräsident Mang fordert, Sozialabgaben und Steuern rasch zu senken

FRANKFURT/FULDA

Bei der Steuer- und Abgabenlast liegt die Bundesrepublik gemeinsam mit Belgien an der Spitze in Europa. Die Steuer-schätzer melden, dass die Zahlungen von Bürgern und Betrieben an den Staat und die Sozial-kasse noch weiter wachsen. „Das darf nicht so bleiben“, sagt Wolf Matthias Mang (60), Präsi-dent der Vereinigung hessischer Unternehmer-verbände (VhU).

Von unserem Redaktionsmitglied VOLKER NIES

Hier Mang, die Kassen des Staates und der Sozialversi-cherungen sind gut gefüllt. Das ist doch ein gutes Zei-chen.

In der Tat, denn es zeigt, dass die Unternehmen in unserem Land gute Arbeit leisten. Wir dürfen deshalb auch die nicht vergessen, die das Geld erarbei-ten, nämlich die Unterneh-men mit ihren Arbeitneh-



versicherung sind zuletzt deut-lich verbessert worden, etwa durch Einbeziehung von De-menkranken. Schon dies hat zu erheblichen Beitragssatz-erhöhungen geführt. Weiter werden folgen, wenn wir nicht endlich gegensteuern. Die Fi-nanzierung der Pflegeversi-cherung sollte umgestellt werden auf ein Pflegeprämienmodell mit steuerfinanzierten Aus-gleich für sozial Schwache. Ein erster Schritt könnte die Einführung eines rasch durch Versicherten finanzierten Z-satzbeitrags sein.

Die Rentenversicherung verfügt zwar über eine Rücklage von 20 Milliarden Euro, aber Mitte der 2020er-Jahre gehen ja geburtenstarken Jahrgän-ge in Rente. Könnte man die Überschüsse für diese Ja-hre nicht ansparen?

Auch in der Rentenver-sicherung verbietet sich eine große Rücklage. Gerade hi-nauf die Generationen mit der abschla-genden Rente ab 63 Gezeleb-ten der jüngsten Genera-tion. Das muss geste-dert, weil wir die jün-gere Generation noch et-was brauchen – in der A- und als Beitragszah-

ZUR PERSON

Diplom-Kaufma-nn Wolf Matthias Mang

Unsere Erwartungen

Finanzen: Konsolidieren und investieren!

Mehr Generationengerechtigkeit

Hessen muss Steuermehreinnahmen u.a. zum Schuldtilgen und für höhere Rücklagen für Pensionen verwenden, damit Lasten nicht länger auf kommende Generationen verschoben werden.

Den Wirtschaftsstandort attraktiver machen

Land und Kommunen sollen ihre Investitionen in öffentliche Infrastruktur erhöhen und sobald möglich Grunderwerbsteuer, Gewerbesteuer und Grundsteuer senken.

Bildung: Mehr individuelles Profil sowie duale Ausbildung stärken!

Mehr Wettbewerb, mehr Profilbildung, alle Potenziale heben

Vielfalt und Qualität im Bildungswesen erfordern mehr Profilbildung, eine noch stärkere Professionalisierung und auch mehr Wettbewerb öffentlicher und privater Bildungseinrichtungen.

Um für die Fachkräftesicherung alle Potenziale zu heben, muss Bildung noch stärker auf jeden Einzelnen ausgerichtet werden. Frühkindliche Bildung eröffnet dabei die größten Chancen und Perspektiven.

Duale Ausbildung stärken und Gleichwertigkeit mit akademischer Bildung herstellen

Der Modellversuch zum erleichterten Hochschulzugang ist im Hochschulgesetz zu verankern, stärker zu bewerben und über den Bundesrat zum nationalen Standard zu machen.

Vollschulische Umgehungswege ohne beruflicher Praxis sind zu reduzieren. Mehr Berufsschullehrer und bessere Ausstattung der Berufsschulen, vor allem digital, gehören zu den wichtigsten Aufgaben.

Wissenschaft: Qualität statt Masse!

Genügend Studienplätze bei hoher Studienqualität

Neben der Versorgung mit Studienplätzen angesichts der anhaltend hohen Nachfrage benötigt der Wirtschaftsstandort Hessen im Wettbewerb vor allem eine hohe Qualität von Lehre und Forschung.

Digitalisierung nutzen, Forschung vernetzen

Die Chancen der Digitalisierung sind mehr zu nutzen, Standards für das Qualitätsmanagement zu entwickeln und wirtschaftsnahe Verbünde beim Forschungs- und Wissenstransfer auszubauen.

Wirtschaft: Wettbewerb schützen, Wachstum unterstützen!

Private Investitionen am Heimatstandort erleichtern

Um unseren Wohlstand zu erhalten, müssen die Betriebe mehr investieren. Eine effizientere Verwaltung, E-Government-Services, Bürokratieabbau und schnellere Genehmigungen sind nötig.

Wettbewerb auf Märkten schützen

Wo immer möglich ist Wettbewerb als Entdeckungsverfahren zu schützen. Wirtschaftsförderung muss technologieoffen sein. Der Vorrang „Privat vor Staat“ ist grundsätzlich zu gewährleisten.

Verkehr: Innovationen statt Verbote!

Investitionen in vernetzte Mobilität erhöhen

Verbote vermeiden! Nicht Verkehr an sich, sondern Lärm und Abgase sind durch Innovationen zu begrenzen. Investitionen in Straßen und Schienenwege sind zu erhöhen

Planungskapazitäten langfristig ausbauen

Um wichtige Verkehrsprojekte schneller zu realisieren, muss das Land höhere Planungskapazitäten in den Verkehrsbehörden sicherstellen und sich für vereinfachte Planungsprozesse einsetzen.

Bau: Mehr günstiger Wohnraum!

Mehr Bauland ausweisen

Das Land sollte die Kommunen unterstützen, mehr Bauland auszuweisen, damit das Wohnungsangebot steigt. Das dämpft die Preise. Und erleichtert es den Betrieben, neues Personal zu finden.

Bauvorschriften entrümpeln

Das Land sollte sich in der Energieeinsparverordnung, im Baurecht und in kommunalen Satzungen für Deregulierung einsetzen.

Energie und Klima: Ökoplanwirtschaft beenden!

Staatliche Stromkostenverteuerung beenden

Die Stromkosten in Deutschland sind zu hoch und müssen gesenkt werden. Ökostromanlagen sollten keine weiteren Förderzusagen gemacht werden.

Klimaschutz geht günstiger

Anstelle der bisherigen kleinteiligen Regulierung sollte eine marktwirtschaftliche Klimapolitik treten. CO₂-Deckel für Hauswärme und Straßenverkehr sollten die bisherigen Instrumente ersetzen.

Umwelt: Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie verbessern!

Im Vollzug des Umweltrechts weiter auf Kooperation statt Konfrontation setzen

Bei neuen Gesetzen und Verordnungen der EU, des Bundes und des Landes sollten Anliegen der Wirtschaft besser berücksichtigt werden gegenüber denen des Umwelt- und Naturschutzes.

Digitalisierung: Chancen des Internets der Dinge und Dienste nutzen!

Strukturwandel hin zur Gigabit-Gesellschaft konstruktiv begleiten

Die Digitalisierung der Wertschöpfungsprozesse und Arbeitsabläufe bietet große Chancen. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen einen offenen Dialog über die gesellschaftlichen Folgen starten.

Tempo beim Breitbandausbau steigern

Spätestens 2025 sollten Gigabit-Infrastrukturen überall bedarfsgerecht geschaffen sein. Die Politik sollte Investitionsanreize setzen und fairen Investitions- und Infrastrukturwettbewerb sichern.

Arbeit: Arbeitskräfte mobilisieren!

Abschlagfreie Frührente beenden und längeres Erwerbsleben ermöglichen

Der Fachkräfte-Aderlass durch die abschlagfreie Rente mit 63 bzw. 65 muss umgehend beendet werden, um Standort und Finanzierbarkeit der Sozialsysteme zu sichern.

Um Gesundheit zu erhalten: freiwillige betriebliche Gesundheitsförderung durch Steuerfreibeträge unterstützen. Beschäftigungsbarrieren abbauen: wie z.B. Wegfall sachgrundloser Befristung für erwerbswillige Ältere.

Arbeitslosengeld-II-Bezieher in Vollzeitarbeit

Das hessische Sozialministerium, das die kommunalen Jobcenter beaufsichtigt, muss dafür sorgen, dass die Jobcenter Langzeitleistungsbezieher systematisch in Vollzeitarbeit aktivieren.

Arbeitsrecht: Schnelle Arbeitsgerichtsbarkeit und flexibles Arbeitszeitgesetz!

Für zügige Entscheidungen in gerichtlichen Auseinandersetzungen

Eine schnelle Arbeitsgerichtsbarkeit muss zeitnahe Entscheidungen in den Auseinandersetzungen zwischen Unternehmen und Betriebsräten sichern. Zügige Festsetzung und zügige Erledigung der Güte- und Kammertermine über alle Instanzen hinweg!

Ein flexibles, familien- und unternehmensfreundliches Arbeitszeitgesetz im Bund durchsetzen

Über Bundesrat modernes flexibles Arbeitszeitgesetz, Anpassung der Mitbestimmung und gesetzliche Regelung des Arbeitskampfrechts anschieben.

Soziales: Gesamtsozialversicherungsbeitrag unter 40 % halten

Rente: Aktive Generation nicht überfordern

Über Bundesrat modernes flexibles Arbeitszeitgesetz, Anpassung der Mitbestimmung und gesetzliche Regelung des Arbeitskampfrechts anschieben.

Gesundheitssystem: gut, aber zu teuer

Das Hessische Sozialministerium muss dafür sorgen, dass überflüssige Krankenhausstandorte geschlossen werden. Das spart Geld, verringert den Personalnotstand steigert die Qualität.

**Mehr Zukunft wagen!
Der nächsten Generation
bessere Chancen geben!**

Wachstumsfreundliche Stimmung schaffen

Rahmen setzen und Infrastruktur bereitstellen

Generationenvertrag durch familienfreundliche Haltung sichern

**Den Jungen durch gute Bildung richtigen
Berufseinstieg ermöglichen**

**Solide Staatsfinanzen: Der nächsten Generation
weniger Schulden und eine moderne Infrastruktur
hinterlassen**

**Demografiefestes Sozialsystem: Älteren
längeres Erwerbsleben ermöglichen**

**Günstiger Wohnraum, gute Verkehrsverbindungen
und Ende der staatlichen Stromverteuerung**

ERWARTUNGEN AUCH
ALS „SPICKZETTEL“
ERHÄLTlich

Energie und Klima (Klimaschutz ist oberste Priorität)
Hessische Staatsministerien werden aufgefordert, die Klimaziele zu erreichen und die Klimapolitik zu stärken. Die Klimapolitik muss mit den anderen Politikfeldern abgestimmt werden.

Wirtschaft geht plant
Die Wirtschaft muss durch gezielte Maßnahmen gefördert werden. Die Wirtschaftspolitik muss mit den anderen Politikfeldern abgestimmt werden.

Arbeitsrecht: schnelle Arbeitsgerichtsbarkeit und flexibles Arbeitszeitgesetz!
Die Arbeitsgerichtsbarkeit muss schneller entscheiden und das Arbeitszeitgesetz muss flexibler werden.

Soziales: Gesamtsozialversicherungsbeitrag unter 40 % halten!
Der Gesamtsozialversicherungsbeitrag muss unter 40 % gehalten werden.

Wachstumsfreundliche Stimmung schaffen
Die Stimmung muss wachstumsfreundlich werden.

Rahmen setzen und Infrastruktur bereitstellen
Die Rahmenbedingungen und die Infrastruktur müssen bereitgestellt werden.

Generationenvertrag durch familienfreundliche Haltung sichern
Der Generationenvertrag muss durch familienfreundliche Haltung gesichert werden.

Den Jungen durch gute Bildung richtigen Berufseinstieg ermöglichen
Den Jungen muss durch gute Bildung ein richtiger Berufseinstieg ermöglicht werden.

Solide Staatsfinanzen: Der nächsten Generation weniger Schulden und eine moderne Infrastruktur hinterlassen
Solide Staatsfinanzen, weniger Schulden und eine moderne Infrastruktur müssen hinterlassen werden.

Demografiefestes Sozialsystem: Älteren längeres Erwerbsleben ermöglichen
Ein demografiefestes Sozialsystem, das Älteren ein längeres Erwerbsleben ermöglicht, muss geschaffen werden.

Günstiger Wohnraum, gute Verkehrsverbindungen und Ende der staatlichen Stromverteuerung
Günstiger Wohnraum, gute Verkehrsverbindungen und das Ende der staatlichen Stromverteuerung müssen erreicht werden.

Mehr Zukunft wagen! Der nächsten Generation bessere Chancen geben!
Die Politik muss mehr Zukunft wagen und der nächsten Generation bessere Chancen geben.

Wachstumsfreundliche Stimmung schaffen
Die Stimmung muss wachstumsfreundlich werden.

Rahmen setzen und Infrastruktur bereitstellen
Die Rahmenbedingungen und die Infrastruktur müssen bereitgestellt werden.

Generationenvertrag durch familienfreundliche Haltung sichern
Der Generationenvertrag muss durch familienfreundliche Haltung gesichert werden.

Den Jungen durch gute Bildung richtigen Berufseinstieg ermöglichen
Den Jungen muss durch gute Bildung ein richtiger Berufseinstieg ermöglicht werden.

Solide Staatsfinanzen: Der nächsten Generation weniger Schulden und eine moderne Infrastruktur hinterlassen
Solide Staatsfinanzen, weniger Schulden und eine moderne Infrastruktur müssen hinterlassen werden.

Demografiefestes Sozialsystem: Älteren längeres Erwerbsleben ermöglichen
Ein demografiefestes Sozialsystem, das Älteren ein längeres Erwerbsleben ermöglicht, muss geschaffen werden.

Günstiger Wohnraum, gute Verkehrsverbindungen und Ende der staatlichen Stromverteuerung
Günstiger Wohnraum, gute Verkehrsverbindungen und das Ende der staatlichen Stromverteuerung müssen erreicht werden.

DEUTSCHLAND. ERWARTUNGEN AN DIE BUNDESPOLITIK. Mehr Wirtschaft wagen. Mehr Freiheit leben!



Das Präsidium der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) hat die Erwartungen der hessischen Wirtschaft an die Politik nach der Bundestagswahl im Juni 2017 beschlossen. Im Juli haben wir „Die Erwartungen der hessischen Wirtschaft an die Politik nach der Bundestagswahl“ an die Bundestagskandidaten aus Hessen geschickt und öffentlich vorgestellt. VhU-Präsident **Wolf Matthias Mang** brachte es den Punkt: „Die Politik soll mehr Wirtschaft wagen, die Arbeitszeit modernisieren, Sozialabgaben bei 40 Prozent deckeln und alle Steuerzahler entlasten.“

Im weiteren Verlauf haben wir die politische Diskussion gezielt mit großen Exklusiv-Interviews des Präsidenten, des Hauptgeschäftsführers und der Ressortgeschäftsführer im Fernsehen und den wichtigen Tageszeitungen begleitet, mit Pressemitteilungen und über eine kleine Twitterkampagne ein stetiges Grundrauschen aufrechterhalten.

Die Jamaika-Sondierungs- und Koalitionsgespräche für die Große Koalition haben wir medial intensiv begleitet. Und schließlich haben wir die Schlagseite des Koalitionsvertrags in Richtung zu viel Umverteilung und zu wenig konkrete Zukunftsgestaltung bewertet – und in den Erwartungen an die Landespolitik übernommen, wo wir ihre Hilfestellung im Bund erwarten.



Die Erwartungen

In den „Erwartungen“ beschreibt die VhU in 15 Politikfeldern, was sich angesichts der gewaltigen Veränderungen der Wettbewerbsbedingungen ändern muss, damit es uns in Deutschland und Hessen weiterhin gut geht.

„Die hessische Wirtschaft ist in die Umsetzung der digitalen Transformation gestartet. Zur Bewältigung dieser zentralen Herausforderung braucht sie die Unterstützung durch eine Politik, die mehr Wirtschaft wagt, die Arbeitszeit modernisiert, die Arbeitsmarktreformen bewahrt, alle Steuerzahler entlastet, die Sozialabgaben bei 40 Prozent deckelt sowie der Altersversorgung eine neue Zukunft gibt“, resümierte VhU-Präsident Mang.

Für immer mehr Unternehmen über alle Branchen hinweg bedeutet **Wirtschaft 4.0** inzwischen eine zwingend erforderliche Weiterentwicklung. Um die digitale Transformation zu meistern, braucht es enorme Investitionen und hohes Tempo. Betroffen sind Produkte und Geschäftsmodelle ebenso wie Qualifikationen und Berufsbilder. Neue Tätigkeiten entstehen, alte verändern sich oder verschwinden. Deshalb müssen wir die Chancen dieses Strukturwandels nutzen und unsere Wettbewerbsfähigkeit gezielt weiter entwickeln“, so der VhU-Präsident. Dazu wünscht sich die Wirtschaft eine Politik, die anerkennt, „dass wirtschaftliches Wachstum, nicht staatliche Umverteilung die Grundlage von Wohlstand und sozialer Sicherheit ist. Dass diese Sicherheit erarbeitet werden muss – und zwar gemeinsam von Unternehmen und ihren Mitarbeitern mit Mut zum Risiko. Dass aber eine überdehnte Sicherheitsfixierung und angstgetriebene Überregulierung zu Lasten der Chancen-Nutzung geht, die den Kuchen vergrößert, den man verteilen möchte.“

Die VhU fordert eine „aktive“ **Außenwirtschaftspolitik** Deutschlands in der EU. Die Bundesregierung muss weiter für Freihandel und eine Vollendung des EU-Binnenmarkts eintreten, etwa bei Energie und Digitalisierung. Den „Globalisierungskritikern muss schärfer widersprochen werden“, sagte Mang. Wirtschaft und Politik sollen die Chancen der Globalisierung verdeutlichen – gerade für die vielen Jobs, die es dank „Made in Germany“ gibt.

In der **Arbeitsmarktpolitik** sollt der boomende Arbeitsmarkt dazu genutzt werden, noch mehr Menschen am Erwerbsleben zu beteiligen. Die Zahl der Personen ohne Schul- und Berufsbildungsabschluss muss reduziert und der harte Kern der Langzeitarbeitslosen durch neue Anrechnungsregeln beim Arbeitslosengeld II in Vollzeitarbeit gebracht werden. Viel mehr Migranten müssen einen Berufsabschluss machen, vor allem in der betrieblichen Ausbildung.

Im **Arbeitsrecht** erwartet die VhU ein neues Arbeitszeitgesetz, das die Arbeitszeit flexibel gestaltet. Die bisherige tägliche Höchstarbeitszeitdauer von acht Stunden und die ununterbrochene Ruhezeit von mindestens elf Stunden passen nicht mehr zur modernen Balance von Leben und Arbeiten. Wir brauchen eine wöchentliche Höchstarbeitszeit, wie durch das Europarecht geboten und eine auf neun Stunden verkürzte ununterbrochene Ruhezeit sowie eine moderne Arbeitsdefinition, die kurzfristige Unterbrechungen zulässt.

Von der **Baupolitik** erwartet die VhU, dass Bauen und Wohnen nicht länger verteuert werde: „Die Verschärfungen der Energieeinsparverordnung müssen korrigiert und die Mietpreisbremse abgeschafft werden“, sagte Mang. Um Investitionen in Wohnungen zu stimulieren, sollen die lineare Abschreibung für Wohngebäude von 2 auf 4 Prozent erhöht und die Grunderwerbsteuer bundesweit gesenkt werden.

Die **berufliche Bildungspolitik** muss das duale Ausbildungssystem für Jugendliche attraktiv halten. Dazu ist eine bundesweit einheitliche Regelung des Hochschulzugangs für Absolventen der dualen Berufsausbildung notwendig. Die duale Berufsausbildung muss mit vollschulischen Ausbildungen und dem Abitur gleichgestellt werden. Damit leistungsstarke Absolventen der dualen Berufsausbildung (Abschluss mit 2,5 oder besser) ohne Hindernisse studieren können. Auch das duale Studium und berufsbegleitende Studiengänge sollten ausgeweitet werden. „Die Verbindung von Theorie und Praxis gleichermaßen bei Facharbeiter und Hochschulabsolventen entspricht den künftigen Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt.“

Hauptanliegen in der **Energiepolitik** ist das Ende der Förderzusagen für neue Ökostromanlagen: „Die Politik muss die teure und ökologisch unwirksame EEG-Planwirtschaft beenden. Für neue Anlagen zur Stromerzeugung aus Wind, Biomasse und Photovoltaik sollten keine Einspeisevergütungen mehr zugesagt werden – auch nicht via Ausschreibungen. Die jährlich sinkende EU-weite CO₂-Obergrenze reicht aus, um den Treibhausgasausstoß in Stromerzeugung und Industrie zu verringern.“

In der **Finanzpolitik** lehnt die VhU Steuererhöhungen ab und fordert, Bürger und Betriebe zu entlasten. Die Haushaltsspielräume sollten teils für höhere Investitionen, teils für den Nettoschuldenabbau und teils für steuerliche Entlastungen genutzt werden. Der Soli sollte so rasch wie möglich und ausnahmslos für alle Steuerzahler abgeschafft werden.

In der **Gesellschaftspolitik** fordert die VhU „mehr Freiheit für Bürger und Unternehmer“ ein. Sie wirbt für mehr Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie und für die internationale Verflechtung Deutschlands. Um die „demographische Talfahrt zu stoppen“, sind mehr Geburten und auch „eine Willkommenskultur für Kinder und Eltern“ nötig, wozu alle relevanten Gruppen beitragen müssen. Ehe und Familie bedürfen einer höheren Wertschätzung und sollen als Fundamente einer pluralen Gesellschaft gestärkt werden.

In der **Klimapolitik** muss der „teure und ineffiziente Instrumentenkasten ausgemistet“ werden. Die Politik soll sich ausschließlich auf das Ziel konzentrieren, die CO₂-Emissionen zu senken. Vorbild ist der EU-weite CO₂-Deckel in Industrie und Stromerzeugung. In den Bereichen Hauswärme und Straßenverkehr sollen zwei weitere CO₂-Deckel eingeführt werden und die meist unwirksamen und teuren Einzelregulierungen ersetzen.

Die **Schulpolitik** muss im Kern Ländersache bleiben. Eine Mischfinanzierung durch Bund und Länder darf nur in begrenzten Sachfeldern erfolgen, die wegen hoher finanzieller Investitionen einen Schulterabschluss erfordern. Dazu gehören Gebäudeoptimierung und Digitalisierung von Schulen, vom Netzanschluss über die technische Grundausstattung bis hin zur hochschulischen Lehrerbildung. Den weiteren Ausbau von Ganztagschulen sollen Länder und Schulträger dagegen allein und schrittweise nach jeweils lokalem Bedarf und verfügbaren

Ressourcen vornehmen. Das Grundmodell von Schule in ganz Deutschland wird noch lange die gute Halbtagschule sein. .

In der **Sozialpolitik** muss die Belastung der Löhne mit Beiträgen dauerhaft unter 40 Prozent gehalten werden. Um die gesetzliche Rente zu entlasten, muss das Renteneintrittsalter von 67 Jahren bis 2029 konsequent durchgesetzt und später an die steigende Lebenserwartung angepasst werden. Teure Rentengeschenke, wie die Rente mit 63, die zu Lasten der jüngeren Generationen gehen, sollen abgeschafft werden – und keinesfalls dürfen neue hinzukommen. Die kapitalgedeckte Altersvorsorge – betrieblich und privat – muss noch weiter verbreitet werden.

In der **Umweltpolitik** erwartet die VhU, dass Belange der Wirtschaft stärker als bisher gegenüber Umwelt-, Natur- und Artenschutz gewichtet werden. Insbesondere soll mehr Raum für industrielle Aktivitäten gelassen werden. Die Verhältnismäßigkeit des Mitteleinsatzes im Umwelt-, Natur- und Artenschutz muss verbessert werden. Zudem sollen Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden.

In der **Verkehrspolitik** soll der erfreuliche Anstieg der Investitionen des Bundes in Verkehrswege verstetigt werden, um Straßen, Schienen- und Wasserwege für Personen- und Güterverkehre massiv auszubauen. Der Luftverkehr muss von nationalen Wettbewerbsnachteilen befreit werden. Neue Umweltzonen und eine ‚blaue Plakette‘ lehnt die VhU ab und setzt auf einen besseren Verkehrsfluss und einen ÖPNV-Ausbau.

In der **Wirtschaftspolitik** sieht die VhU den „Schutz der Ordnung des Wettbewerbs als oberste Staatsaufgabe“ an. Sie möchte, dass die Politik die Wirtschaftsordnung „freiheitlicher und marktwirtschaftlicher“ gestaltet, den Grundsatz „Privat vor Staat“ besser beachtet, für effektivere Regulierungen sorgt und Bürokratie weiter abbaut.

In der **Zuwanderungspolitik** erwartet die VhU, dass für Qualifizierte der Zuzug attraktiver gestaltet wird. „Mit einem Zuwanderungsgesetz sollen die Möglichkeiten der Arbeitszuwanderung in Deutschland transparenter gemacht und die Verwaltungsverfahren vereinfacht und gestrafft werden. Deutlich zu trennen ist die gesteuerte Fachkräftezuwanderung von der Asylmigration, bei der wir Menschen aus humanitären Gründen aufnehmen. An dieser gewaltigen Integrationsaufgabe beteiligt sich die Wirtschaft mit großem Engagement, muss sich aber auch darauf verlassen können, dass Integrierte dann bleiben dürfen“, so Mang abschließend.

UNTERNEHMER: Die Hessischen Unternehmertage HUT



Der Hessische Unternehmertag (HUT) ist die Spitzenveranstaltung der VhU. Im beeindruckenden Ambiente des Wiesbadener Kurhauses setzen wir jedes Jahr vor 1.000 Entscheidern aus Wirtschaft, Politik und Medien Themen auf die Agenda, die uns besonders bewegen.

DIE HESSISCHEN UNTERNEHMERTAGE 2008-18

Jahr	Thema	Impulsredner
2008	Made in Germany heute	Klaus-Peter Müller, AR-Vorsitzender der Commerzbank
2009	Perspektiven für die deutsche Wirtschaft	Prof. Dr. Dieter Hundt, BDA-Präsident
2010	Die Dynamik des aktivierenden Sozialstaats	Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, ifo-Präsident
2011	Chancen für Deutschland – Chance Europa	Günter H. Oettinger, EU-Kommissar
2012	Investieren in Deutschland – Globale Herausforderung	Dr. Christoph Franz, CEO Lufthansa
2013	Deutschland und Hessen – nach den Wahlen	Dr. Karl-Ludwig Kley, CEO Merck KGaA
2014	Universitäten als Investition und Innovationstreiber	Brigitta Wolff Präsidentin der Goethe-Universität Frankfurt
2015	Investieren in Bildung	Ingo Kramer, BDA-Präsident
2016	Deutschland und Europa	Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio, Richter des Bundesverfassungsgerichts a. D.
2017	Globale Unternehmen, Krisen in der Welt und der Standort Hessen	Michael Lohscheller, CEO, Opel Automobile GmbH
2018	Hessen, Finanzplatz Deutschland, Deutsche Börse – Erfolgsfaktoren für Europa	Dr. Theodor Weimer, Vorstandsvorsitzender Deutsche Börse AG

COMING
SOON

2016: Deutschland und Europa

„Europa ist eine Insel der Freiheit, des Friedens und des Rechts in einem Meer von viel Korruption, Gewalt, Diktatur und Krieg. Wir sollten alles tun, unseren Kindern diese Insel zu bewahren. Natürlich ist die Europäische Union kein Paradies, aber – allen Herausforderungen zum Trotz – ein besserer Teil der Welt.“ Mit diesen Worten eröffnete VhU-Präsident Wolf Matthias Mang den 25. Hessischen Unternehmertag, der sich dem Thema: „Deutschland und Europa“ widmete. „Für mich geht es in der EU um eine Partnerschaft, die ebenso solidarisch wie pragmatisch sein muss. Und um handfeste Vorteile für alle in einem Netzwerk vielfältigen Nutzens. Wachstum und Wohlstand



VhU-Präsident Wolf Matthias Mang

kann ein freiheitsorientiertes Europa nur mit einem funktionierenden Binnenmarkt schaffen. Dazu müssen wir ihn ausdehnen auf Energie und Digitalisierung und auf freie Handelsabkommen mit Staaten außerhalb stützen. Mehr sozialen Ausgleich erzielen wir eher mit verbesserten Bildungschancen als mit Sozialtransfers.“

Hessen stützt und braucht ein starkes Europa

„Auch 60 Jahre nach der Gründung ist die Europäische Gemeinschaft die Basis für ein starkes Deutschland und ein starkes Hessen. Der Sinn besteht darin, Interessen im Inneren auszugleichen und im Äußeren gemeinsam die Belange Europas in einer zunehmend globalisierten Welt zu vertreten. Die Europäische Union ist eine Erfolgsgeschichte, natürlich ökonomisch, aber sie war und ist auch ein Garant für Frieden und Freiheit. Unser Land ist selbst ein wichtiger Standort in der EU, mit starken wirtschaftlichen Verflechtungen unserer Unternehmen, gehen doch nahezu zwei Drittel der hessischen Exporte in die

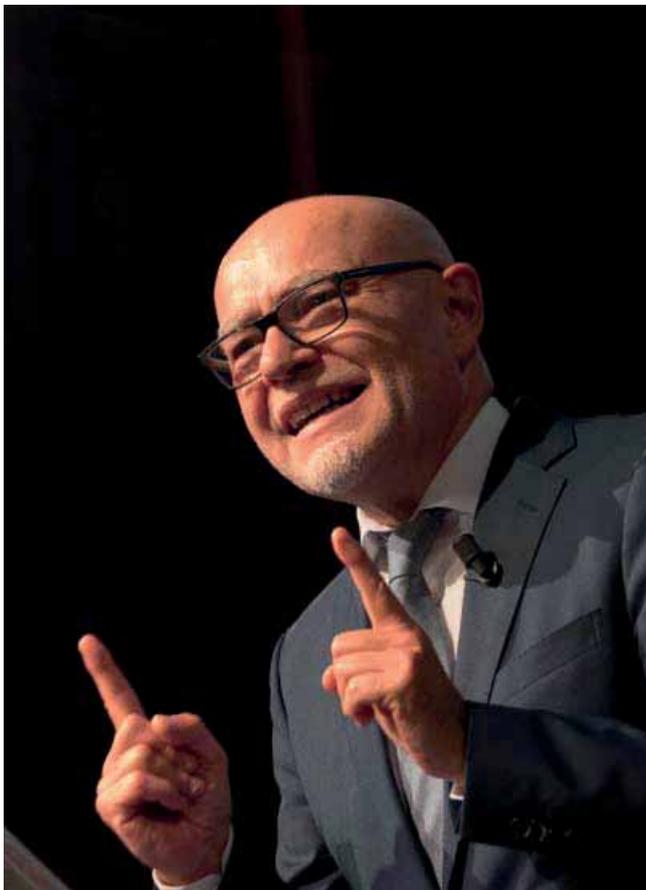


Volker Bouffier, Ministerpräsident Hessen

Staatengemeinschaft“, sagte der Hessische Ministerpräsident Volker Bouffier. „Ein starkes Hessen braucht und stützt ein starkes Europa – das ist unsere Herausforderung. Deshalb müssen wir alles tun, um zu verhindern, dass in der Europäischen Gemeinschaft nationale Egoisten überhand nehmen und Populisten oder gar Extremisten Einfluss erhalten.“

Europa – verschiedene Nationen suchen eine verbindende Idee

„Europa wird sich in Vielfalt neu erfinden. Errungenschaften wie Binnenmarkt und gemeinsame Handels- und Außenpolitik müssen gestärkt und auch dort rekonstruiert werden, wo Überregulation und Fehlentwicklungen entstanden sind“, erläuterte Udo Di Fabio, Bundesverfassungsrichter a. D. und Rechtsprofessor an der Universität Bonn. „Gemeinsame Interessen müssen neu verhandelt werden und die Stabilität der Mitgliedstaaten – wirtschaftlich, sozial, rechtsstaatlich und demokratisch – als ernste Herausforderung begriffen werden: weniger Hochglanzprospekte und Versprechungen, dafür mehr Ehrlichkeit und Augenmaß für das, was möglich und nötig ist.“



Udo Di Fabio, Bundesverfassungsrichter a. D. und Rechtsprofessor an der Universität Bonn

2017: Globale Unternehmen und der Standort Hessen

„Globale Unternehmen, Krisen in der Welt und der Standort Hessen“ war das Thema **des 26. Hessischen Unternehmertags 2017**. Wir wollten wissen, wie eine kluge zukunftsorientierte Standortpolitik aussehen muss. Rund 1.000 Gäste hörten im Kurhaus Wiesbaden die Impulsvorträge des Opel-Chefs **Michael Lohscheller** und des Stv. Ministerpräsidenten **Tarek Al-Wazir**, der den in den Sondierungsgesprächen gebundenen Ministerpräsidenten Volker Bouffier vertrat. Lohscheller skizzierte, wie „die Automobilindustrie jetzt die Zukunft gestalten muss“. Al-Wazir beschrieb, was Hessen als Standort auch in Zukunft attraktiv macht.



Willkommenskultur für Kinder

Da wir die Krisen in der Welt nicht beeinflussen können, müssen wir unsere Hausaufgaben am Standort machen. Wenn wir als Gesellschaft eine ausgeglichene Balance zwischen jüngeren und älteren Menschen und einen stabilen Generationenvertrag wollen, dann stehen wir alle gemeinsam vor der Herausforderung, die demografische Talfahrt umzukehren,“ mit diesen Worten eröffnete VhU-Präsident **Wolf Matthias Mang** den 26. HUT. „Wir sind eine schrumpfende Gesellschaft. Aber das ist kein Naturgesetz. Wir können diesen Trend umkehren: mit einer Willkommenskultur für Kinder. Sie soll zu einer höheren Geburtenrate beitragen. Diese ist in Deutschland nach Jahrzehnten des Rückgangs 2015 von 1,4 auf 1,5 Kinder pro Frau gestiegen. Bis wir allerdings bei deutlich über 2 Kinder angelangt sein könnten dauert mindestens eine Generation. Aber lieber spät als nie.“ Zu dieser Willkommenskultur für Kinder und Eltern gehört, die Ehe und die Familie als Fundamente unserer Gesellschaft zu stärken. Beide brauchen als fundamentale Solidar-Gemeinschaften viel mehr Wertschätzung.



Hessen attraktiv für globale Unternehmen

„Hessen ist ein attraktiver Standort für internationale Unternehmen und wie keine andere Region in Mitteleuropa mit der weltwirtschaftlichen Entwicklung verflochten“, sagte der Stellvertretende Hessische Ministerpräsident **Tarek Al-Wazir**. „Wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung und leben in nie gekanntem Wohlstand. Um dies im Zeitalter der Globalisierung und Digitalisierung zu bewahren, müssen wir manches verändern. Gleichzeitig haben viele Menschen das Gefühl, dass sie von der Teilhabe an diesem Wohlstand ausgeschlossen sind. Wir alle müssen aber ein Interesse daran haben, dass die ganze Gesellschaft wieder überzeugt werden kann, dass Leistung sich lohnt und gesellschaftlicher Aufstieg möglich ist. Bei dieser Aufgabe sind Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gleichermaßen gefordert. Es ist vor allem die Verantwortung der Wirtschaft, auch in einer digitalisierten Welt gute und sichere Arbeitsplätze zu bieten.“



Stellv. Hessischer Ministerpräsident Tarek Al-Wazir



Michael Lohscheller, CEO, Opel Automobile GmbH

Mehr Globalisierung wagen!

Hessen ist in der Mitte Deutschlands und Europas ein in besonderer Weise internationales Bundesland. Umso mehr müssen wir uns für den globalen Wettbewerb rüsten, der um die digitale Transformation entbrannt ist. Wie sehr das nicht nur die Technik, sondern auch die Geschäftsmodelle beeinflusst, hat uns **der neue Opel-Chef Michael Lohscheller** vor Augen geführt. Moderne Mobilitätsanbieter, die vier Megatrends – „Connected“, „Autonomous“, „Sharing“ und „Electric“ – bewältigen wollen, setzen im Unterschied zu traditionellen Autoherstellern nicht mehr primär auf Autokäufer und Absatz, sondern auf gefahrene Kilometer, Mobilitätsnutzer und deren Bedürfnisse. Was – wie er uns vorgerechnet hat – dann auch das Marktvolumen auf 10 Billionen US-Dollar versechsfacht.



CASE: Vier Mega-Trends werden die Zukunft der Automobilindustrie bestimmen:

- C** onnected: Alle Fahrzeuge sind jederzeit vernetzt
- A** utonomous: Robotaxis beherrschen das Straßenbild
- S** haring: Individuelle Mobilität erfordert kein eigenes Auto
- E** lectric: Der Antriebsstrang der Zukunft ist elektrisch

HESSEN CHAMPIONS 2017



Der Innovations- und Wachstumspreis
des Landes Hessen

WELTMARKTFÜHRER



Nord-Micro GmbH & Co. oHG,
Frankfurt

2017

JOBMOTOR



Lampenwelt GmbH,
Vogelsberg

2017

INNOVATION



OptoTech Optikmaschinen GmbH,
Wettenberg

2017

HESSEN-CHAMPIONS – Hall of Fame

Seit 1999 werden einmal im Jahr die hessischen Unternehmen für herausragende Leistungen vom Ministerpräsidenten, dem Wirtschaftsminister und dem VhU-Präsidenten ausgezeichnet. Sie werden gefeiert von den 1.000 Gästen des Hessischen Unternehmertags – weithin sichtbar und mit großem Medienecho.

Die „Hessen-Champions“ sind Hessens renommiertester Unternehmenswettbewerb. Der Wettbewerb wird veranstaltet vom hessischen Wirtschaftsministerium, der VhU und der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Hessen, durchgeführt von der Hessen Trade & Invest (HTAI). Schirmherr ist der hessische Wirtschaftsminister.

Hessen-Champions Weltmarktführer (seit 1999):

★ 2017	Nord-Micro GmbH & Co. oHG, Frankfurt
2016	ESM Energie- und Schwingungstechnik Mitsch GmbH, Rimbach
2015	JUMO GmbH & Co. KG, Fulda
2014	JOST-Werke GmbH, Neu-Isenburg AuPairWorld, Kassel (a.n.d. Internet Services GmbH & Co. KG)
2013	Ondal Medical Systems GmbH, Hünfeld
2012	Schunk Group, Heuchelheim
2011	Dipl.-Ing. W. Bender GmbH & Co. KG, Grünberg
2010	Josef Wiegand GmbH & Co. KG, Rasdorf
2009	Sell GmbH, Herborn
2008	Schenck Process GmbH, Darmstadt

Hessen-Champions Jobmotor (seit 2004):

★ 2017	Lampenwelt GmbH, Vogelsberg
2016	papperts GmbH & Co. KG, Poppenhausen
2015	EDAG Engineering GmbH, Wiesbaden
2014	FingerHaus GmbH, Frankenberg/Eder
2013	B.Braun Melsungen AG, Melsungen Beckl Karosserie und Lack, Langenselbold
2012	Fritz Winter Eisengießerei GmbH & Co. KG, Stadtallendorf
2011	EOL Group GmbH, Fernwald
2010	ADTECH AG, Dreieich
2009	SMA Solar Technology AG, Niestetal
2008	R+S solutions Holding AG, Fulda

Hessen-Champions Innovation (seit 2001):

★ 2017	OptoTech Optikmaschinen GmbH, Wettenberg
2016	Jöst GmbH, Wald-Michelbach
2016	SMINNO GmbH, Kassel
2015	TEXMER GmbH & Co. KG, Fulda
2014	EDAG Engineering GmbH, Wiesbaden
2013	Stallbau Iris Weiland e.K., Bad Sooden-Allendorf

Jahresgespräche VhU-Präsidium mit dem Hessischen Kabinett

Einmal im Jahr treffen sich VhU-Präsidium und hessisches Kabinett, um ein drängendes Zukunftsthema zu besprechen. Im April 2018 ging es um: „Erfolgreich mit starken Belegschaften – wie in Hessen die Fachkräftesicherung für den digitalen Strukturwandel gelingen kann.“



Jahresreffen Politik-Wirtschaft

Einmal im Jahr treffen sich auf Einladung der VhU die Mitglieder des hessischen Landtags mit den Vorsitzenden und Hauptgeschäftsführern der VhU-Mitgliedsverbände sowie ausgewählten Gästen zu einem lockeren überwiegend bilateralen Meinungsaustausch ohne jegliche Themenbeschränkung. Auch wenn 2018 natürlich die Erwartungen der VhU zur Landtagswahl von Ministerpräsident Bouffier und VhU-Präsident zur Einführung kurz gestreift wurden, stand und stehen in diesem Format immer die persönlichen Gespräche ganz im Vordergrund: Jeder nutzt das Treffen, um seine Themen mit den relevanten Gesprächspartnern zu erörtern.



ÖKONOMISCHE PERSPEKTIVE 2035: Wohlstand trotz demografischen Wandels



Dr. Hans-Peter Klös, Institut
der deutschen Wirtschaft

Die Herausforderungen und eine kombinierte Anpassungsstrategie für Beschäftigung, Investitionen und Technologietransfer

Die neue Legislaturperiode wird aller Voraussicht nach die letzte sein, die sich demografisch gesehen in der besten aller Welten bewegen kann. Die Generation der Baby-Boomer wird noch ganz überwiegend im Arbeitsleben stehen, die Beschäftigung bewegt sich auf Rekordniveau, die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung, die öffentlichen Haushalte erzielen gesamtstaatliche Überschüsse, die Staatsverschuldung bildet sich leicht zurück und die Sozialversicherungen verzeichnen dank der Beschäftigungszunahme Einnahmenrekorde.

Doch diese scheinbar so makellose Bilanz ist nur eine Momentaufnahme. Denn für ihre Fortschreibung gibt es gleich eine ganze Reihe von Herausforderungen:

- Die **Digitalisierung der Wirtschaft** schreitet mit großer Geschwindigkeit voran und erfasst immer mehr Felder unseres täglichen Lebens. Verbunden damit ist ein hoher gesamtwirtschaftlicher Investitions- und Modernisierungsbedarf.
- Die **Internationalisierung wirtschaftlicher Prozesse** geht einher mit einer zunehmenden Mobilität von Sachkapital, Finanzkapital und von Personen. Migration wird zu einer ständigen Begleiterscheinung wirtschaftlichen Austauschs.

- Starke **demografische und migrationsbedingte Veränderungen** der Bevölkerungszahl und vor allem deren altersstrukturelle und qualifikatorische Zusammensetzung verändern den längerfristigen Wachstumspfad unserer Volkswirtschaft und die Entwicklung der Pro-Kopf-Einkommen.
- Die demografische Entwicklung stellt die **öffentlichen Haushalte vor große Herausforderungen**. Die Einnahmen aus der Einkommensteuer werden demografiebedingt langsamer wachsen, die Ausgaben in der Gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung deutlich ansteigen.

Anders als früher vermutet, wird Deutschland aufgrund der Rekordzuwanderung des Jahres 2015 nicht mehr schrumpfen, sondern die Wohnbevölkerung wird bis zum Jahr 2035 um 1,2 Millionen auf über 83 Millionen steigen. Unverändert bleibt es jedoch bei der starken Alterung der deutschen Wohnbevölkerung, wenn auch aufgrund der Zuwanderung in vermindertem Tempo. Das hat auch Auswirkungen auf den zukünftigen Wachstumspfad: Nach einer IW-Wachstumsrechnung würde sich das jährliche Potenzialwachstum in Deutschland demografiebedingt bis zum Jahr 2035 auf nur noch rund einen ¾-Prozentpunkt vermindern und damit gegenüber den beiden zurückliegenden Dekaden mehr als halbieren.

Dies liegt in erster Linie am Rückgang der Erwerbsbevölkerung, denn trotz einer weiter zunehmenden Arbeitsmarktpartizipation wird das wachstumsrelevante Arbeitsvolumen ab Mitte der 2020er Jahre merklich sinken und damit auch die Wachstumsmöglichkeiten bremsen. Auch die Wachstumsbeiträge der Kapitalbildung und des technischen Fortschritts können die negativen Arbeitsangebotseffekte nicht mehr vollständig kompensieren, wenn sich an den längerfristigen Trends nichts ändert.

Soll sich also das BIP-Wachstum in den nächsten 20 Jahren nicht halbieren, bedarf es einer klaren demografiepolitischen Wachstumsvorsorge. Der Wachstumseinbruch kann durch umfangreichen Maßnahmen zur Steigerung der Beschäftigung („Beschäftigungsszenario“), der Investitionen und des technischen Fortschritts („Technologieszenario“) oder gar einer Kombination aus beiden Pfaden („Kombinationsszenario“) ausgeglichen werden. Folglich sind für die neue Legislatur die drei Handlungsfelder Arbeit, Investitionen und Produktivität zentral, um die negativen Folgen der Alterung für das zukünftige Pro-Kopf-Einkommen zu vermeiden (Übersicht).

Handlungsfelder, Ziele und Politikmaßnahmen für mehr Wachstum

HANDLUNGSFELD	ZIELE	POLITIKMASSNAHMEN
Arbeit	Höhere Jahresarbeitszeit	<ul style="list-style-type: none"> • Arbeitszeiträumen anpassen • Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern
	Längere Lebensarbeitszeit	<ul style="list-style-type: none"> • Gesetzliches und effektives Renteneintrittsalter erhöhen • Langzeitkonten stärken
	Höhere Erwerbsbeteiligung	<ul style="list-style-type: none"> • Betreuungsinfrastruktur ausbauen • Erwerbsanreize für Frauen verstärken
Investitionen	Höhere Kapitalintensität	<ul style="list-style-type: none"> • Infrastrukturinvestitionen verstärken • Standortqualität verbessern
	Bessere Verfügbarkeit von Wagniskapital	<ul style="list-style-type: none"> • Unternehmensfinanzierung sichern • Gründungsfinanzierung ausbauen
Produktivität	Bessere Humankapitalausstattung	<ul style="list-style-type: none"> • Schülerkompetenzen erhöhen • MINT-Fachkräfteangebote¹⁾ steigern
	Beschleunigter technischer Fortschritt	<ul style="list-style-type: none"> • Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) erhöhen • Steuerliche Forschungsförderung einführen

¹⁾ Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik. Quelle: IW-Zusammenstellung

Handlungsfeld Arbeit

Eine weitere Ausweitung der Erwerbstätigkeit ist notwendig, um das Lebenseinkommen auch für die durchschnittliche höhere Lebenserwartung in einer alternden Gesellschaft erwirtschaften und den negativen Altersstruktureffekt ausgleichen zu können. Dazu gehört erstens eine höhere Jahresarbeitszeit, denn die tarifliche Jahressollarbeitszeit für Vollzeitarbeitnehmer ist in Deutschland unterdurchschnittlich. Zweitens ist der geltende Arbeitszeitrahmen weiter zu flexibilisieren, denn mit der zunehmenden Verbreitung von digitalen Kommunikationsmitteln steigt der zeitliche Flexibilitätsbedarf von Unternehmen und Beschäftigten. Drittens bedarf es einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Die Einführung der Rente mit 63 war demografisch ein großer Rückschritt, daher führt an einer weiteren Erhöhung des gesetzlichen und auch effektiven Renteneintrittsalters kein Weg vorbei, wenn extreme Anpassungen im Rentenniveau oder beim Beitragsatz vermieden werden sollten. Viertens muss der mit der Steigerung der Erwerbsquoten verbundene Hebel zu einem höheren Arbeitsvolumen durch den weiteren Ausbau vereinbarkeitsförderlicher Leistungen und Maßnahmen gestärkt werden.

Handlungsfeld Investitionen

Ein erhöhter Kapitaleinsatz durch Investitionen kann den geringeren Arbeitseinsatz infolge einer zurückgehende Erwerbsbevölkerung teilweise ersetzen. Investitionen sind die Grundlage zukünftiger Erträge und damit auch zukünftigen Wohlstands. Daher ist erstens in die Qualität der öffentlichen Infrastrukturen zu investieren. Eine Vermehrung des staatlichen Infrastrukturbestands um rund 10 Milliarden Euro würde das BIP dauerhaft um rund 2,5 Milliarden Euro erhöhen. Zweitens ist die digitale Dateninfrastruktur dringend an internationale Spitzenstandards wie etwa in Schweden heranzuführen. Vor allem die geringe Verbreitung von Glasfaseranschlüssen kann sich als Wachstumsbremse erweisen. Drittens schafft eine bessere Verfügbarkeit von Wagniskapital zusätzliche Investitionen und Marktchancen. Viertens sollten Existenzgründungen namentlich im Hochtechnologiebereich höher priorisiert werden: Deutschland liegt im internationalen Vergleich der Gründungsraten allenfalls auf einem mittleren Platz, das Gründungsgeschehen ist im Trend rückläufig. Deshalb ist fünftens die Stärkung der Gründungsfinanzierung im Allgemeinen und der Venture Capital-Basis im Besonderen erforderlich, um den Kapitalbedarf für innovative Gründer zu decken. Der Mangel an Risikokapital erweist sich vielfach für junge und innovative Unternehmen noch als eine Innovationsbarriere.

Handlungsfeld Produktivität

Eine höhere Produktivität und ein beschleunigter technischer Fortschritt sind starke Hebel zur Steigerung des Wohlstands bei gegebenem Arbeits- und Kapitalangebot. Erstens können durch eine gute Ausbildung sowohl der inländischen Bevölkerung als auch der steigenden Zahl von Zuwanderern zusätzliche Potenziale für Innovation und Wachstum entwickelt und die drohenden Engpässe des deutschen Arbeitsmarktes bei qualifizierten Mitarbeitern geschlossen werden. Zweitens sind zielgruppengenaue Bildungsinvestitionen in die Erhöhung der Schülerkompetenzen zur Verminderung oder Vermeidung von Bildungsarmut prioritär. Der Kompetenzerwerb von jungen Menschen steht im Zentrum der Humankapitalausstattung einer Volkswirtschaft im demographischen Wandel. Die Schaffung von Bildungschancen ist vor allem angesichts der großen Integrationsherausforderungen der Flüchtlingsmigration von besonderer Bedeutung. Drittens sind auch die erreichten Fortschritte bei der Steigerung des technischen MINT-Fachkräfteangebots sowohl auf der beruf-

lichen wie auf der akademischen Ebene weiter zu verstetigen. Viertens sollten die FuE-Ausgaben bis 2025 auf wenigstens 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung erhöht werden. Dazu müssten aber pro Jahr mindestens 15 Milliarden Euro zusätzlich an Forschungsmitteln aufgebracht werden. Umso wichtiger ist es daher fünftens, dass in der neuen Legislaturperiode endlich eine steuerliche Forschungsförderung eingeführt wird.

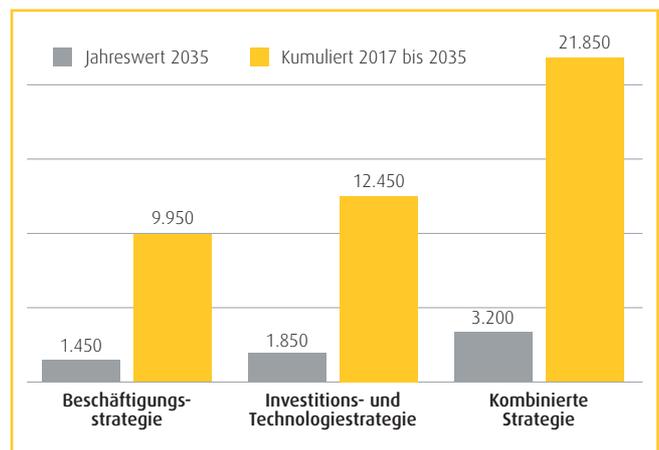
Demografievorsorge lohnt sich

Werden die genannten Maßnahmenbündel ergriffen, kann das BIP-Wachstum nach einer Schwächephase wieder auf das bisher gewohnte Durchschnittsniveau von knapp unter 1 ½ Prozent zurückgebracht werden. Das wirkt sich auch konkret auf das durchschnittliche Einkommen der Wohnbevölkerung aus (Grafik):

- **Im Beschäftigungsszenario wird das Arbeitsvolumen gegenüber dem Trend gesteigert. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt bis zum Ende des Projektionszeitraums kumuliert um knapp 10.000 Euro höher als im Basisfall.**
- **Werden im Technologieszenario der Kapitaleinsatz und das technologische Wissen forciert, dann beläuft sich die kumulierte Handlungsdividende bis zum Jahr 2035 auf 12.500 Euro je Einwohner.**
- **Bei einem Kombinationsszenario im Sinne einer umfassenden Anpassungsstrategie an den demografischen Wandel kann sogar eine Handlungsdividende von kumuliert rund 22.000 Euro je Einwohner bis zum Jahr 2035 realisiert werden.**

Handlungsdividenden im Vergleich

Differenz des Pro-Kopf-Einkommens zwischen den Alternativstrategien und dem Basiszenario im Jahr 2035 und kumuliert 2017 bis 2035, in Euro



Auf Basis des preisbereinigten BIP je Einwohner, Werte auf 50 Euro gerundet. Quellen: IW-Berechnungen

A woman's profile is shown in the foreground, looking towards the right. In the background, a futuristic white robot with glowing blue eyes and hands is visible. The scene is overlaid with a blue-tinted cityscape and digital data points connected by thin white lines, suggesting a connection between human thought and artificial intelligence.

Teil 2

WAS WIR TUN,
FORDERN UND ERREICHEN.



ARBEITSMARKTPOLITIK

Erwerbsbeteiligung erhöhen – Zugangsschranken abbauen

EHRENAMT



Roland Walter

Vorsitzender des VhU-Fachbeirats Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Präsidiumsmitglied der VhU, Vorsitzender Verband Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitende Unternehmen Mitte, Geschäftsführer Walter Verpackungen GmbH

ANSPRECHPARTNER



Dr. Stefan Hoehl

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik
Tel: 069 95808-200
E-Mail: SHoehl@vhu.de



Jan-Patrick Harms

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik
Tel: 069 95808-203
E-Mail: JHarms@vhu.de

Die VhU setzt sich für einen starken und flexiblen Arbeitsmarkt ein, von dem Unternehmen und Arbeitnehmer gleichermaßen profitieren. Der aktuelle Boom am Arbeitsmarkt mit inzwischen über 44 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland und 3,4 Millionen in Hessen muss so lange wie möglich fortgesetzt werden. Alle erwerbsfähigen Menschen sollen die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben aus eigener Kraft und ohne Abhängigkeit von Fürsorgeleistungen erhalten. Dazu brauchen wir eine Arbeitsmarktpolitik, die Zugangsschranken abbaut: Lohnzusatzkosten bei 40 Prozent begrenzen, Überregulierung und Bürokratie zurückdrängen.

Agenda 2010: Arbeitsmarktreformen weiterentwickeln

Die Reformen der Agenda 2010 sind mit die wichtigste Grundlage für mehr Beschäftigung. Die Erleichterungen bei Zeitarbeit, Minijobs und Befristungen haben unseren Arbeitsmarkt deutlich flexibler gemacht. In der Folge ist die Zahl der sozialversichert Beschäftigten in Hessen von 2 Mio. auf stolze 2,5 Mio. gestiegen. Das Risiko, entlassen zu werden, ist heute so niedrig wie nie seit der Wiedervereinigung. Auch die Zahl der Arbeitslosen ist so niedrig wie zuletzt vor über einem Vierteljahrhundert.

Die VhU kämpft gegen anhaltende Bestrebungen von Gewerkschaften und Teilen der Politik, diese wichtigen Reformen zurückzudrehen: z. B. die Zeitarbeit noch weiter einzuschränken, Minijobs und sachgrundlose Befristung abzuschaffen. Stattdessen fordern wir die Politik auf, jetzt offensiv die Chance auf Vollbeschäftigung zu nutzen. Im Kern also die Belastungen für Arbeitgeber weiter zu reduzieren. Und von Arbeitslosigkeit betroffene Gruppen müssen von den Jobcentern noch erfolgreicher in Arbeit gebracht werden, vor allem Niedrigqualifizierte und Personen mit Migrationshintergrund.

Langzeitarbeitslose in Beschäftigung bringen

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen in Hessen hat sich zwar seit 2004 um fast ein Viertel auf noch rund 60.000 verringert. In den letzten Jahren ist der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit jedoch ins Stocken geraten. Dies spricht dafür, dass der harte Kern der Langzeitarbeitslosen erreicht ist. Im November 2016 hat die VhU daher ein 15-Punkte-Papier mit konkreten Vorschlägen veröffentlicht, wie für noch mehr Langzeitarbeitslose ein selbstbestimmtes Leben mit Arbeit möglich wird.

Die VhU fordert hierzu u. a. die Zahl der Schulabbrecher und Personen ohne Berufsabschluss zu reduzieren und den falschen Anreiz durch den zu hohen Freibetrag für Kleinstbeschäftigungen bei gleichzeitigem Arbeitslosengeld-II-Bezug zu beenden.



#mehrwirtschaftwagen

Der aktuelle Boom am Arbeitsmarkt muss fortgesetzt werden. Hierzu muss die Belastung der Löhne unter 40% bleiben & neue Bürokratie vermieden werden. Flexible Beschäftigungsformen tragen zur guten Entwicklung bei & dürfen nicht eingeschränkt werden.

Roland Walter
Vorsitzender des Fachbeirats
Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik



Flüchtlinge in Arbeitsmarkt und Gesellschaft integrieren

In den Jahren 2015 bis 2017 sind rund 120.000 Flüchtlinge nach Hessen gekommen. Dem VhU-Fachbeirat Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik erläuterte Sozialminister Stefan Grüttner auf einer Sitzung im November 2015 die Aktivitäten des Landes Hessen zur Erstaufnahme und Krisenbewältigung. Der Minister dankte vor allem auch den hessischen Unternehmen. Denn viele ihrer Arbeitnehmer haben als ehrenamtliche Helfer dazu beigetragen, eine schnelle Aufnahme Geflüchteter zu gewährleisten, und wurden dadurch stark beansprucht.



VhU-Fachbeirat Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bei Sozialminister Stefan Grüttner



Informationsveranstaltung der VhU im Juli 2017 zur Beschäftigung von anerkannten Flüchtlingen

Mit einem Positionspapier hat die VhU bereits im September 2015 Stellung zu der Frage bezogen, wie die Neuankömmlinge in Arbeitsmarkt und Gesellschaft integriert werden können und welche konkreten rechtlichen Änderungen hierfür notwendig sind. Erfreulicherweise hat die Politik inzwischen eine große Anzahl dieser Vorschläge umgesetzt. Beispielsweise wurde die Sprachförderung in Hessen massiv ausgebaut. Die Vorrangprüfung und damit auch das Zeitarbeitsverbot für Asylbewerber und Geduldete ist für zunächst drei Jahre befristet ausgesetzt. Um die Gesellschaft nicht zu überfordern, fordert die VhU jedoch weiterhin, den Zustrom von Migranten wirksam zu reduzieren und Personen ohne Bleiberecht konsequent in ihre Herkunftsländer zurückzuführen.

Unternehmensvertreter konnten sich auf einer Informationsveranstaltung der VhU im Juli 2017 zur Beschäftigung von anerkannten Flüchtlingen, Asylbewerbern und Geduldeten informieren. Experten der Ausländerbehörde und der Arbeitsagentur Frankfurt gaben den Teilnehmern einen Überblick über die rechtlichen Rahmenbedingungen.

Im Februar 2017 informierte der hessische Innenminister Peter Beuth die VhU-Geschäftsführerkonferenz zu den Auswirkungen des starken Zuzugs von Migranten für die Sicherheit der Wirtschaft und stellte die Strategie des Landes Hessen zur Extremismusprävention vor.

> Zu den jährlichen IntegrationsCamps und den vorgeschalteten Pressekonferenzen berichten wir auf S. 34.

Hessisches Schwerbehinderten-Arbeitsmarktprogramm: Auf Förderung und Beratung, nicht auf Geldprämien setzen

Menschen mit Behinderung sind richtig eingesetzt wertvolle Mitarbeiter, die den hessischen Unternehmen sehr willkommen sind. Rund 110.000 schwerbehinderte Menschen arbeiten in Hessen, die meisten davon in der privaten Wirtschaft: Die Beschäftigungsquote Schwerbehinderter bei privaten Arbeitgebern liegt bei 4,7 Prozent. Kein anderes Bundesland hat eine höhere.

Um noch mehr Menschen mit Behinderung beschäftigen zu können, benötigen die Arbeitgeber vor allem unkomplizierte Beratung über Fördermöglichkeiten aus einer Hand. Denn noch viel zu häufig sind diese über verschiedene Träger verstreut und den Arbeitgebern nicht bekannt. Deshalb hat sich die VhU mit einer Stellungnahme gegenüber dem Hessischen Sozialministerium und dem Landeswohlfahrtsverband für einen radikalen Perspektivwechsel des Hessischen Arbeitsmarktprogramms für Schwerbehinderte eingesetzt. Das Programm sollte sich viel stärker auf Förderung und Beratung von Arbeitgebern und schwerbehinderten Arbeitnehmern konzentrieren und möglichst eine gemeinsame (ggf. virtuelle) Ansprechstelle dafür einrichten. Bislang setzt es jedoch auf Geldprämien für die Einstellung Schwerbehinderter – mit dem Risiko von Mitnahmeeffekten.

Endlich umsetzen muss das Integrationsamt des Landeswohlfahrtsverbands auch die Forderung der VhU, Rechenschaft über den Erfolg des eingesetzten Geldes abzulegen. Denn schließlich wird das 15 Millionen Euro schwere Programm allein aus der Arbeitgeber-Ausgleichsabgabe finanziert.

Kein Arbeitslosengeld Q: Es würde nur Arbeitslosigkeit verfestigen

Im März 2017 hat die SPD den Vorschlag für ein sogenanntes Arbeitslosengeld Q vorgestellt. Arbeitslose sollen nach drei Monaten Arbeitslosigkeit einen Anspruch auf Weiterbildung erhalten. Während der Weiterbildung soll dann das sogenannte Arbeitslosengeld Q an die Stelle des Arbeitslosengelds treten. Im äußersten Fall kann ein Arbeitsloser so bis zu vier Jahre Arbeitslosengeld beziehen. Die VhU hat deutlich gemacht, dass diese Vorschläge mit einer Mehrbelastung von bis zu 17 Mrd. Euro nicht nur teuer sind, sondern auch Arbeitslosigkeit verfestigen würden, anstatt sie zu bekämpfen. Mit einem generellen Anspruch auf Weiterbildung würde ein Hebel für Arbeitslose geschaffen, ihren Leistungsbezug selbst zu verlängern. Außerdem geht Weiterbildung außerhalb der Unternehmen oft am Bedarf vorbei.

Ehrenamt fördern: Dabei Belastungen für Arbeitgeber in Grenzen halten!

Die hessischen Unternehmen unterstützen das ehrenamtliche Engagement in freiwilliger Feuerwehr und Hilfsorganisationen wie dem Technischen Hilfswerk, indem sie Arbeitnehmer für ehrenamtliche Tätigkeiten freistellen. Übrigens in großem Stil auch 2015 für die Erstversorgung der Flüchtlinge. Die VhU gehört deshalb zu den Unterzeichnern der gemeinsamen Erklärungen zur Bedeutung des Ehrenamts in den freiwilligen Feuerwehren und Hilfsorganisationen in Hessen. Gerade kleine Betriebe werden jedoch oftmals stark belastet, wenn dringend benötigte Fachkräfte zu einem Einsatz oder einer Fortbildung gerufen werden. Wie von der VhU gefordert, werden deshalb die Fortbildungen gestrafft und die frühzeitige Rückkehr vom Einsatz an den Arbeitsplatz von den Einsatzleitern im Auge behalten.



Die hessischen Unternehmen unterstützen das ehrenamtliche Engagement in freiwilliger Feuerwehr und Hilfsorganisationen wie dem Technischen Hilfswerk, indem sie Arbeitnehmer für ehrenamtliche Tätigkeiten freistellen.



ARBEITS- UND SOZIALRECHT

An neue Herausforderungen
anpassen!



ANSPRECHPARTNER



Prof. Dr. Franz-Josef Rose
Arbeitsrecht
Tel: 069 95808-170
E-Mail: frose@vhu.de



Dr. Daniela Hansen, LL.M.
(Int. Law)
Arbeitsrecht, Arbeitsschutz
Tel: 069 95808-183
E-Mail: dhansen@vhu.de



Der Strukturwandel – hervorgerufen durch die digitale Transformation – verändert die Arbeitswelt rapide: Er erfordert ein Umdenken bei Arbeitszeit, Arbeitsschutz, Datenschutz und bei vielem anderen mehr. Unternehmen in Hessen und ihre Beschäftigten erleben gegenwärtig, dass die rechtlichen Grundlagen die Anforderungen der Zukunft nicht nur nicht ausreichend berücksichtigen, sondern in vielen Fällen geradezu behindern. Unternehmen müssen jedoch die zahlreichen Chancen, die die Digitalisierung bietet, für sich und ihre Mitarbeiter optimal nutzen können. Deshalb steht ein gewaltiger Modernisierungsprozess an, der das Arbeits- und Sozialrecht an die neuen Herausforderungen anpasst und Hemmnisse gezielt abbaut.

Dabei setzt sich die VhU rechtspolitisch für einen fairen Ausgleich von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerinteressen durch die Herstellung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Gestaltungsspielräumen für die Beschäftigten und den betrieblichen Belangen ein. Maßgeblich bleiben dabei immer die Forderungen und Vorstellungen der Kunden und Geschäftspartner. Zu den sich daraus ergebenden arbeitsrechtlichen Fragestellungen informiert und berät die VhU die Mitgliedsverbände kontinuierlich. Sie unterstützt die Mitgliedsverbände durch Informations- und Vortragsveranstaltungen sowie ausführliche Schulungsmaterialien. Sie arbeitet aktuelle arbeitsrechtliche Themen auf und bietet Hilfe bei der Beratung und Prozessvertretung vor den Arbeitsgerichten an.

Arbeitszeit flexibel gestalten: Arbeitszeitgesetz modernisieren

Insbesondere das Arbeitszeitgesetz mit viel zu starren zeitlichen Höchstgrenzen und anderen beschränkenden Regelungen wird dem digitalen Zeitalter nicht mehr gerecht. Die Arbeit entkoppelt sich aufgrund neuartiger Tätigkeitsmöglichkeiten bzw. Tätigkeitsschwerpunkte immer mehr von fest vorgegebenen Arbeitszeiten. Flexibilität im Arbeitszeitrecht sowohl der Unternehmen als auch der Beschäftigten stößt an Grenzen, wenn die aktuellen Regeln mit einer täglichen Höchstarbeitszeitdauer von acht Stunden und der Notwendigkeit einer ununterbrochenen Ruhezeit von mindestens elf Stunden weiter von Bestand sind. Der Tagesbezug ist abzuschaffen und durch eine auch aus dem Europarecht gebotene wöchentliche Höchstarbeitszeit zu ersetzen. Die im Gesetz weiter verankerte ununterbrochene Ruhezeit muss auf neun Stunden verkürzt werden und eine Definition von kurzfristigen Tätigkeiten, die nicht als Unterbrechung der Ruhezeit zu bewerten sind, erfolgen.

(Beschäftigten-) Datenschutz mit Augenmaß umsetzen

Aus Big Data Smart Data zu machen, aus riesigen Datenmengen kundenrelevante Daten zu erzeugen - diese Kernaufgabe der Digitalisierung verstärkt die datenschutzrechtlichen Herausforderungen und erhöht die Anforderungen an die IT-Sicherheit in den Unternehmen enorm. Die VhU berät die Mitgliedsverbände bei allen Fragen zur rechtlichen Umsetzung der EU-Datenschutzgrundverordnung sowie zum nationalen Beschäftigtendatenschutzgesetz und deren Zusammenwirken. Rechtspolitisch setzt sich die VhU dafür ein, die digitale Entwicklung nicht durch ein überbordendes Datenschutzrecht zu bremsen, das den Missbrauch als Normalfall seiner Geschäftsgrundlage begreift.

Arbeitsschutz 4.0: Dosierte Regulierung

Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz der Mitarbeiter sind entscheidende Erfolgsfaktoren für die Unternehmen. Deshalb ist das Schutzniveau in Deutschland bereits enorm hoch. Auch die Kernelemente des Arbeitsschutzes 4.0 werden durch bereits bestehende gesetzliche Regelungen erfasst. Die VhU setzt sich dafür ein, den Arbeitsschutz mit Bedacht weiter zu entwickeln. Neue regulative Konkretisierungen im Bereich des Arbeitsschutzrechtes dürfen allenfalls mit Augenmaß und für die Betriebe der Mitgliedsverbände praktisch leicht umsetzbar ausgestaltet werden. Arbeitsschutzrechtliche Regelungen müssen insbesondere für kleine und mittelständische hessische Betriebe erfüllbar sein.

Die Digitalisierung eröffnet zudem immer mehr Möglichkeiten mobil zu arbeiten, also die Arbeitsleistung räumlich und zeitlich flexibel außerhalb des direkten Einflussbereichs des Arbeitgebers zu erbringen. Damit werden die Weichen zur Gesunderhaltung der Beschäftigten weit überwiegend in den privaten Bereich verlagert. Die VhU leistet Hilfe auf der Suche nach sinnvollen und passgenauen Angeboten, die den Unternehmen der Mitgliedsverbände den größtmöglichen Nutzen bringen und dabei die Eigenverantwortung der Beschäftigten in der Praxis - wie bereits im Arbeitsschutzgesetz vorgesehen - stärken.

Nützliche Erfahrungsaustausche

Die Rechtsprechung erfolgt aus gutem Grund durch hauptamtliche Richter, denen ehrenamtliche Richter zur Seite stehen, um aus ihrer Praxiserfahrung bei der Rechtsanwendung pragmatisch zu beraten. Die VhU organisiert die Benennungen der vielen ehrenamtlichen Arbeits- und Sozialrichter in ganz Hessen. Und sie sorgt mit regelmäßigen Erfahrungsaustauschen zwischen Richtern und Unternehmen für Aktualisierung der Informationsstände.



BAU- UND IMMOBILIENPOLITIK

Immobilienmärkte deregulieren,
Bauinvestitionen ankurbeln!

EHRENAMT



Thomas M. Reimann
Vorsitzender VhU-Bau- und
Immobilienausschuss,
Vorstandsvorsitzender ALEA
Hoch- und Industriebau AG

ANSPRECHPARTNER



Dr. Clemens Christmann
Wirtschafts- und Umweltpolitik
Tel: 069 95808-220
E-Mail: CChristmann@vhu.de



Jens Jacobi
Referent für Bau- und
Immobilienpolitik
Tel: 069 95808-228
E-Mail: JJacobi@vhu.de

Im VhU-Bau- und Immobilienausschuss formuliert die VhU ihre bau- und immobilienpolitischen Positionen. Diesem branchen- und regionenübergreifenden Gremium gehören 42 Vertreter aus Unternehmen und Verbänden an. Die Ausschussmitglieder erarbeiten Stellungnahmen zu aktuellen Themen und führen Gespräche mit politischen Entscheidern in Wiesbaden und Berlin. Mit öffentlichen Foren und Medienarbeit beteiligt sich die VhU an bau- und immobilienpolitischen Debatten. Er drängt vor allem auf die Ausweisung von mehr Bauland, um den Mangel an günstigen Wohnungen im Ballungsraum zu reduzieren. Weitere Themen sind die Hessische Bauordnung, die Reform der Grundsteuer, die Senkung der Grunderwerbsteuer sowie das Dauerthema Energieeinsparverordnung.

Bau- und Immobilienmärkte deregulieren

In Hessen gibt es zu wenig günstigen Wohnraum. Insbesondere in der Metropolregion Frankfurt Rhein-Main und in einigen Städten im übrigen Hessen machen die Wohnkosten mehr als ein Drittel des Nettoeinkommens der Haushalte aus. Wer sich das nicht leisten kann, muss fernpendeln: Zehntausende Bürger bringen täglich viel Zeit und Geld für die Fahrt zur Arbeit auf und stehen mit dem Auto im Stau oder in überfüllten Bussen und Bahnen. So vergrößert der Mangel an günstigem Wohnraum die Schwierigkeit von Unternehmen, offene Stellen zu besetzen. Klar ist: Der Wirtschaftsstandort Hessen kann umso mehr prosperieren, je schneller die Probleme des Wohnstandorts Hessen gelöst werden. Die Probleme sind Folgen des starken Zuzugs in die Städte, der Überregulierung von Bauen, Vermieten und Wohnen sowie der ungenügenden Ausweisung von Bauland.



Steffen Kanitz MdB (CDU) (2. v. r.) zu Gast bei einer Ausschusssitzung im Haus der Wirtschaft Hessen



Steffen Kanitz MdB (CDU) (links) und Jörg-Uwe Hahn MdL (FDP) (2. v. r.) bei der ALEA Hoch- und Industriebau AG in Bad Vilbel.

Bauinvestitionen ankurbeln

Die hohe Nachfrage nach günstigem Wohnraum in vielen Städten sollte durch eine Erhöhung des Angebots befriedigt werden. Die Kommunen müssen mehr Bauland ausweisen, und das Land darf nicht über den Landesentwicklungsplan die Flächeninanspruchnahme unangemessen beschränken. Nötig ist ferner, die Regelungen des Bauordnungs- und des Baunebenrechts sowie die hessische Bauordnung und die kommunalen Satzungen, z. B. für Stellplätze, auf kostentreibende Standards zu überprüfen.

Bei der Planung neuer Wohnungen sollten die Möglichkeiten wirtschaftlicher und ökologischer Vorteile modularer Bauweisen im Vergleich zu konventioneller Bauweise besser genutzt werden. Durch optimierte Planungs- und Vorfertigungsprozesse kann serielles Bauen zu einer verkürzten Bauzeit und somit auch zu weniger Lärmbelastung beitragen. Skaleneffekte können die Baukosten erheblich senken. Nachrüstungen kostenintensiver Gebäudekomponenten und Außenanlagen, wie z. B. Aufzüge, sollten erleichtert werden. Die notwendigen Flächen könnten geplant, der Einbau der Anlagen dann aber zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt werden. Auch computergestützte Planungsmethoden, wie Building Information Modeling, können Kostenvorteile und Zeitersparnisse bei Planung und Ausführung von Bauvorhaben zur Folge haben, wenn sie richtig genutzt werden.

EnEV-Verschärfungen zurücknehmen

Ein Kostentreiber für Bauen und Wohnen ist die Energieeinsparverordnung (EnEV). Seit 2000 wurden die Anforderungen der EnEV vier Mal erhöht, mit dem Ergebnis, dass die Kosten deutlich anstiegen. Die seit Januar 2016 geltenden energetischen Anforderungen führen noch einmal zu Kostenerhöhungen um rund 7 Prozent. Die Grenze der wirtschaftlichen Vertretbarkeit ist aus Sicht der VhU insbesondere für den mehrgeschossigen Wohnungsbau mit der EnEV 2014 erreicht.

Vorschriften wie die Zwangsbelüftung in Bauwerken kosten viel Geld und bringen oft keinerlei ökologischen Mehrwert. Nutzungszwänge für erneuerbare Energien sollten abgeschaft und die Mindeststandards bei Neubau und Sanierung abgesenkt werden. Die Reduktion von Treibhausgasen in Gebäuden sollte über eine jährlich sinkende CO₂-Obergrenze und nicht durch teure Einzelregulierungen erfolgen.



Ulli Nissen MdB (SPD) (mittig) zu Gast bei einer Ausschusssitzung im Haus der Wirtschaft Hessen

„Mietpreisbremse“ abschaffen

Die sog. „Mietpreisbremse“ sollte abgeschafft werden. Solch eine staatliche Marktintervention ist unwirksam, weil der Anstieg der Mieten durch Angebot und Nachfrage bestimmt ist. Sie hemmt Investitionen in neue und bestehende Wohnungen statt sie zu befördern. Gerade im unteren Preissegment ist das Verhältnis zwischen Baukosten und erzielbaren Mieten meist nicht mehr rentabel.

Um Investitionen in Wohnungen zu stimulieren, sollte die lineare Abschreibung für Wohngebäude von 2 auf 4 Prozent erhöht werden. Ferner sollte der Bund mit den Ländern eine Absenkung der Grunderwerbsteuer vereinbaren.



#mehrwirtschaftswagen

Die Verschärfungen der Energieeinsparverordnung müssen korrigiert werden. **Mietpreisbremse abschaffen!**



#mehrwirtschaftswagen

Entsorgungsprobleme müssen gelöst werden, um Kostensteigerungen zu vermeiden. In der Gewerbeabfallverordnung und im Umweltrecht sind Regelungen nötig, die für die Praxis sinnvoll und mit vertretbarem Aufwand umsetzbar sind.

Jörg Brömer
Stv. Vorsitzender VhU-
Bauausschuss Geschäftsführer
Brömer & Sohn GmbH,
Wiesbaden



1. VhU-BauForum
Kostengünstiger Wohnraum
durch serielles Bauen
30. Mai 2016



Alle wollen mehr Investitionen

Mehr der Unternehmen VhU sind sich bewusst, dass Investitionen und Schulden zu vermeiden sind.

Ohne neue Schulden

Hessen nimmt noch mehr ein als erwartet

Durch die gute Konjunktur kann Hessen mit mehr als 900 Millionen Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen rechnen. Das hat Finanzminister Thomas Schäfer (CDU) am Dienstag mitgeteilt.

Zugleich ließ er wissen, dass davon lediglich 350 Millionen Euro für Hessen zur Verfügung stehen. Etwa 600 Millionen Euro würden an arme Bundesländer abgeführt, wie es der Länderfinanzausgleich vorsieht.

Schäfer rechnet nun damit, auch in den Jahren 2017 und 2018 keine neuen Schulden aufnehmen zu müssen, wie dies 2006 erstmals nach fast 50 Jahren gelungen war. Bisher hatte er für 2013 trotz guter Einnahmen noch damit gerechnet, Schulden von 350 Millionen Euro aufnehmen zu müssen. Minister Schäfer mahnte, die im Bundestagswahlkampf diskutierten Steuererleichterungen würden Hessen rund 500 bis 600 Millionen Euro kosten.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) fordert, die zusätzlichen Einnahmen „für dringende notwendige Investitionen“ zu verwenden. Bedarf gebe es etwa bei Straßen, Brücken und Schulgebäuden, sagte die hessische DGB-Vorsitzende Gabriele Kallig. Herrin stimmt sie mit den Untersuchungen überein. Auch dessen Verband VhU plädiert dafür, Mehrerlöse in Investitionen zu stecken.

VhU-Hauptgeschäftsführer Erik Polfert warf zudem dafür, die Grunderwerbsteuer zu senken. Dies würde mehr günstigen Wohnraum ermöglichen, argumentierte Polfert. Die schwarz-grüne Koalition hatte diese Steuer auf Grundstücks- und Immobilienkäufe 2014 von fünf auf sechs Prozent erhöht.

„Schulden tilgen reicht nicht“

HAUSHALT Wirtschaft fordert höhere Investitionen und Senkung der Grunderwerbsteuer



BERUFLICHE BILDUNG

Fachkräfte sichern!

EHRENAMT



Dominique Döttling
Vorsitzende des
VhU-Berufsbildungsausschusses,
Adam Opel AG

ANSPRECHPARTNER



Sebastian-Frederik Kühnel
Berufliche Bildung und
Fachkräftesicherung
(ab 1.10.2018)

Berufliche Bildung: Fachkräfte sichern!

Die duale Berufsausbildung ist wettbewerbsentscheidend. Sie ist für die Wirtschaft die wichtigste Quelle für die Gewinnung von Facharbeitern und wird dies auch in Zukunft bleiben. Sie muss gestärkt und ausgebaut werden und alle Potenziale heben.

Das berufliche Schulsystem hat sich in einigen Zweigen (Fachoberschule, zweijährige höhere Berufsfachschule) zum Konkurrenzsystem für die duale Berufsausbildung entwickelt. Hier werden alternative Wege an die Hochschulen angeboten, die jedoch gleichzeitig nicht ausreichend auf ein Studium vorbereiten. Da Hessen den direkten Hochschulzugang für Facharbeiter geöffnet hat und damit die Gleichwertigkeit des beruflichen Bildungsweges mit dem Gymnasium bei einem vergleichbaren Leistungsniveau garantiert, sollte die duale Berufsausbildung Priorität vor vollschulischen Bildungsgängen an beruflichen Schulen haben. Dazu muss die Beratung der Jugendlichen ebenso wie das Angebot an Bildungsgängen umgestellt werden. Das hessische Modellprojekt zum direkten Hochschulzugang für qualifizierte Facharbeiter, an dem bereits über 300 Studierende teilnehmen, ist ein weiterer wichtiger Schritt zur Stärkung der dualen Berufsausbildung und der Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung.

Bisher fehlen die für die Digitalisierung dringend nötigen strategischen landesweiten Konzepte für die Entwicklung der beruflichen Schulen. Bei einem planmäßigen Einsatz digitaler Medien



Handwerkskunst geflüchteter Frauen führt zur Wiederbelebung der Produktion von Musterkollektionen in Deutschland (Unternehmen 'Stitch', Frankfurt).

und der Nutzung der erweiterten Kommunikationsmöglichkeiten können im Bildungssystem Ressourcen frei werden und für eine bessere Betreuung und individuelle Förderung von Schülern genutzt werden. Dazu bedarf es jedoch insbesondere bei den Berufsschulen als Teil der dualen Ausbildung einer landesweit langfristigen Strategie der gleichzeitigen Implementierung von Technologie und neuen Lernformaten.

IntegrationsCamp der Wirtschaft: Fachkräftepotenzial Geflüchteter heben

Die Integration von Geflüchteten ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die Jahre in Anspruch nehmen wird. Deutschland hat über eine Million Menschen mit sehr unterschiedlichem kulturellen Hintergrund aufgenommen. Die Wirtschaft sieht gute Chancen, diese Gruppen, die überwiegend sehr jung sind, also noch eine Ausbildung absolvieren müssen oder gerade am Beginn ihres Berufslebens stehen, in Arbeit und Ausbildung zu integrieren. Es gibt aber einige Hürden: Das Erlernen der deutschen Sprache, ein überwiegend niedrigeres Bildungsniveau oder durch die Flucht unterbrochene Bildungsbiografien, ein unterschiedliches Verständnis für die Bedeutung von formalen Abschlüssen und Unkenntnis des deutschen Berufsbildungssystems auf Seiten der Geflüchteten.



VhU-HGF Dirk Pollert mit Dr. Frank Martin, Chef der Regionaldirektion Hessen, bei der Pressekonferenz zum IntegrationsCamp 2018

Unternehmer: Neue Koalition erschwert die Integration

Die hessische Wirtschaft berichtet stolz, wie Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt eingebunden werden. Es gebe aber viele ungelöste Probleme, berichten Praktiker.

FRANKFURT • Die Einbindung von Flüchtlingen in den hessischen Arbeitsmarkt kommt voran. „Aktuell 1600 Flüchtlinge in Ausbildung oder Einsteigsqualifizierung, ein Anstieg um 41 Prozent gegenüber dem Vorjahr“, meldet die Bundesagentur für Arbeit. „Die Zahl der in Ausbildung oder in der ersten Ausbildungsstelle Beschäftigten ist um 1600 auf 16.000 gestiegen.“

Knapp 20 000 Flüchtlinge in Arbeit

Vor allem Handwerk profitiert von Azubis

Die Bemühungen, geflüchtete Menschen in Hessen in Arbeit zu bringen, zeigen Wirkung. So sind aus den acht Asylherkunftsländern Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien aktuell 19.977 Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, sagt Frank Martin, Leiter der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit.

1600 Auszubildende

Mit Blick auf den Ausbildungsstellenmarkt sagte er, „Flüchtlinge werden in den nächsten Jahren definitiv zur Entlastung beitragen, das ist jetzt so“. So hätten im vergangenen Jahr 1600 Geflüchtete in Ausbildung oder in der ersten Ausbildungsstelle Beschäftigten gefunden.

Die hessische Wirtschaft berichtet stolz, wie Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt eingebunden werden. Es gebe aber viele ungelöste Probleme, berichten Praktiker.

von den Teilnehmern...
gen und koordiniert. Wie...
gründe, lange zu le...
eine „Innovationsin...
klappi die Motivatio...
schon einmal eine An...
chen leben, will eine...
„Ich habe 40 Jahre lang...
arbeitet, selbst ich...
Mitarbeiterausbildung...
schwer“, berichtet...
stellte für Maßnahmen...
trainsprechende.

Als Projekt, so...
was am Geld, das z...
gibt nicht mehr. W...
tion, Abstimmung...
sehe viele Töpfe, in...
die keine Synergien...
rinder Arbeitsagen...
ve Kopfstücken. Jed...
surrealsten Hürde...
samtliche Exist...
terwillige Jugend...
Die Hürden wie...
lagt VhU-Haupt...
Ive geht es man...
kritisch. „Das kö...
konnen abbauen, ...
ing zu versuchen...
Integration. Die...
Berlin will die...
auf 2,5 Prozent...
18 Monate begr...
Doch nicht die...
erhalten. Vor z...
Integrationscamp...
schafft, wagen...
kommen, viele...
Doomsday sind...
Continentalein...
rung zu selbst...
dein“, das ge...
sondern gar...
sagt ein...
Dass die...
gelungen zu...
rechnet Ar...
Knapp 40 U...
Agentur in...
würden ab...
tend zuge...
Ausbildung...
linge den...
ge, zum g...
Wet-

Die VhU bietet seit 2016 jährlich das IntegrationsCamp der Wirtschaft an, auf dem die gesamte Bandbreite vom Social Startup-Unternehmen zur Beschäftigung und Ausbildung von Geflüchteten bis zur Berufsorientierung und Einstiegsqualifizierung im Unternehmen behandelt werden. Die „Integration“ ist und bleibt in einer globalisierten Wirtschaft auch unabhängig von Flucht und Vertreibung ein wichtiges Thema. Deutschland ist auch in Zukunft auf Zuwanderung angewiesen und wird immer wieder neue Gruppen auf Dauer oder vorübergehend integrieren müssen. Das IntegrationsCamp der Wirtschaft leistet dabei einen wichtigen Beitrag für das Verständnis und die Bewältigung der Aufgaben, die auf Unternehmen zukommen.

Fachkräfte für die Industrie 4.0 – Für eine Neuorientierung im Bildungssystem

Die duale Berufsausbildung hat durch die Kombination von Theorie und Praxis und die Ausrichtung der Ordnungsverfahren auf die aktuellen Qualifikationsanforderungen in den Unternehmen seit ihrer Entstehung im Zuge der Industrialisierung alle technologischen Entwicklungen zügig integriert. Die Digitalisierung war seit den 80er-Jahren bis heute in all ihren Entwicklungsstufen Teil der betrieblichen Ausbildung: Cyber-physikalische Systeme und das Internet of Things sind bereits in die industriellen Berufe integriert. Ein aktueller Schritt ist die Implementierung eines agilen Verfahrens zwischen den verantwortlichen Ministerien und den Sozialpartnern um sicherzustellen, dass Aus- und Weiterbildungsordnungen ständig und mit der inzwischen nötigen Geschwindigkeit überprüft und angepasst werden können.

Die Neuauflage unserer Broschüre enthält bereits die geplanten Schritte bis zum Jahr 2019.





BILDUNGSPOLITIK

Mehr Potenziale heben!

EHRENAMT



Dr. Michael Hann
Vorsitzender des Fachbeirats
Bildungs- und Gesellschaftspolitik,
Geschäftsführer Personal und
Arbeitsdirektor DFS Deutsche
Flugsicherung GmbH

ANSPRECHPARTNER



Jörg Feuchthofen
Bildungs- und Gesellschaftspolitik
Tel: 069 95808-210
E-Mail: JFeuchthofen@vhu.de



Matthias Rust
LAG SCHULEWIRTSCHAFT Hessen
Tel: 069 95808-255
E-Mail: rust.matthias@bwhw.de



Gute Bildung ist nicht nur die Basis für wirtschaftlichen Erfolg und gesellschaftlichen Wohlstand. Sie ist auch vorsorgend die wirksamste und nachhaltigste Sozialpolitik. Die größten Bildungserfolge können dann erreicht werden, wenn sie sich am einzelnen Schüler orientieren. Deshalb sind Investitionen in Bildung unverzichtbar. Schulen und Hochschulen sind die Plattform und Basis eines lebenslangen Bildungswegs, von dessen jeweiligem Erfolg der Einzelne, die Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft profitieren.

Die zentralen Herausforderungen für das Bildungssystem mögen regional in ihrer Bedeutung unterschiedlich ausgeprägt sein. Sie bestimmen aber die Bildungspolitik in allen Bundesländern und in der Zusammenarbeit mit dem Bund. Internationaler Konkurrenzdruck und zunehmender Nachwuchsmangel erfordern, alle Begabungspotenziale zu heben und die Qualität der Grundbildung zu verbessern. Nach den Jahren der Umstellung der Bildungsziele auf eine stärkere Kompetenzorientierung neben den Inhalten gewinnt eine weitere Herausforderung an Gewicht. Die Digitalisierung und ihre Auswirkungen für Arbeit und Wirtschaft erzeugen Qualifikationsbedarf für neue Formen und Inhalte des Wissenstransfers, der Zusammenarbeit und der Vernetzung. Schulen müssen diesen Bedarf bereits in der Grundbildung berücksichtigen, Hochschulen darauf aufbauen.

Kompetenzorientierung, Qualitätsentwicklung und Digitalisierung

Die Einführung der Kompetenzorientierung als Ziel der Wissensvermittlung war ein zukunftsweisender Ansatz im Schulwesen, der nunmehr überprüft werden muss. Dabei gilt es, das Verhältnis von Kompetenzziele und fachlichen Lehrinhalten ausgewogen auszurichten.

Die Ergebnisse im Bildungssystem zeigen, dass die Qualität dort besonders hoch ist, wo Verantwortung vor Ort angelegt ist. Neben klaren Qualitätsstandards ist daher die Selbstständigkeit von Schulen weiter auszubauen.

Mit dem Ausbau von Selbstständigkeit wächst in gleichem Maß die Verantwortung vor Ort. Das setzt ein ausgebautes System im Qualitätsmanagement voraus, das von der externen über die interne Evaluierung bis hin zur Personalentwicklung reicht und über Kennzahlen für den Leistungserfolg verfügt.

Die Beherrschung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und die Nutzung ihrer Netzwerke ergänzen in der Schul- und auch Hochschulbildung die traditionellen Kulturtechniken. Digitale Bildung muss sowohl inhaltlich vermittelt werden als auch Instrument des Lernens im Bildungsprozess sein. Lerninhalte behalten dabei ihren hohen Stellenwert – auch künftig für den Arbeitsprozess bei einer Weiterentwicklung Künstlicher Intelligenz (KI).

Angesichts begrenzter Ressourcen und einer sich schnell verändernden Gesellschaft müssen sich Schulen noch mehr für die Außenwelt öffnen. Strategische und praxisnahe Partnerschaften weisen den Weg.

Die VhU bietet hierzu mit ihren Verbänden und dem Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT zahlreiche Möglichkeiten der Kooperation. Wir arbeiten mit der Politik an modernen Rahmenbedingungen und für das gemeinsame Ziel, jedem Bildungsteilnehmer gute Startchancen, eine für ihn optimale Bildung und einen passenden Anschluss in weiterführende Bildungswege zu ermöglichen.

Modernes Schulgesetz setzt auf Berufsorientierung und Kooperationen mit Wirtschaft

Mit der grundlegenden Novelle des Hessischen Schulgesetzes in der laufenden Legislaturperiode wurden zentrale Ziele der Wirtschaft einbezogen. Die schulische Berufs- und Studienorientierung ist nunmehr für alle Schulformen verpflichtend und bezieht auch die gymnasialen Bildungsgänge mit ein. Von der VhU mitgetragene Maßnahmen wie das Gütesiegel Berufs- und Studienorientierung flankieren und unterstützen den neuen Bildungsauftrag. Mit der Stimme der VhU konnte zudem ein umfassendes Werbeverbot an Schulen mit der Ausnahme von Sponsoring abgemildert werden. Künftig können Unternehmen wie bisher mit Schulen zusammenarbeiten, wenn Sie auf direkte Werbung verzichten.

VhU-Bildungsforen sind zur Traditionsplattform für den Dialog mit der Politik geworden

Mit unseren knapp 40 Bildungsforen identifizieren und diskutieren wir die Schulthemen der Zukunft im direkten Gespräch mit den Fachleuten und der Landespolitik. In den vergangenen zwei Jahren reichte die Themenbreite von der Schule von morgen mit Kultusminister Prof. Lorz über den sinkenden Stellenwert von Schulzeugnissen bis zur Bildung digital und der Zukunft des digitalen Bildungspakts von Bund und Ländern.

Rechnen, Schreiben und Lesen als Basis-Kulturtechniken stärken

Nicht nur ausbildende Unternehmen, sondern auch Hochschulen beklagen eine stetig abnehmende Vermittlung bzw. Beherrschung der zentralen Kulturtechniken Rechnen, Schreiben, Lesen. Die VhU hat daher die Ankündigung des Kultusministers und der Regierungsfractionen unterstützt, beginnend in der Grundschule konkrete Vorgaben für Lernziele im Fach Deutsch vorzugeben. Dazu gehören ein Grundwortschatz und Kenntnisse in Rechtsprechung und Grammatik, die mit jedem Schuljahr gesteigert werden müssen.



Kultusminister Prof. Dr. Alexander Lorz mit Matthias Rust und Jörg Feuchthofen beim VhU-Bildungsforum im Haus der Wirtschaft Hessen

Wirtschaft kritisiert Abbau des verpflichtenden externen Qualitätsmanagements

Die VhU hat sich immer wieder für den Aufbau eines professionellen Qualitätsmanagements an Schulen eingesetzt. Deshalb unterstützen wir aktiv das hessische Gütesiegel für Berufs- und Studienorientierung BSO. Umso mehr kritisieren wir die deutlichen Rückschritte bei der Evaluation hessischer Schulen durch die Abwertung der externen Schulinspektion in ein fast ausschließlich internes Instrument ohne regelmäßige Intervalle.



Personalentwicklung: Manager und Schulleitungen tauschen sich aus

Zur Unterstützung des Führungskräfte Know-hows führt die Landesarbeitsgemeinschaft **SCHULEWIRTSCHAFT** seit über zehn Jahren das Personalentwicklungsprojekt „Partners in Leadership“ durch. Es bringt Führungskräfte der beteiligten Unternehmen mit den Leitungskräften hessischer Schulen zusammen. Unterdessen starteten die Kultusbehörden jüngst ein von der VhU begrüßtes Pilotprojekt zur systematischen Schulleitungsqualifizierung.

Schülerwettbewerb mit hoher Aufmerksamkeit

Um das Interesse an wirtschaftspolitischen Themen zu steigern, gestalten wir als VhU und LAG gemeinsam mit der **Frankfurter Rundschau** den erfolgreichen Wettbewerb „präsentieren & gewinnen“. Seit 2006 beteiligen sich zahlreiche Oberstufenkurse mit bemerkenswerten Ausarbeitungen zu ökonomischen Themen. Jedes Jahr dürfen neun Schülerinnen und Schüler in drei Gewinnerteams ihre Reflexion aktueller wirtschaftspolitischer Themen vor einem Fachpublikum mit Gästen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft präsentieren. Die Frankfurter Rundschau begleitet diese Schülerforen mit einer umfassenden Berichterstattung.





Graphic Recording-Protokoll der LAG-Jahrestagung 2016

SCHULEWIRTSCHAFT: Ein Netzwerk für den Dialog zweier Welten

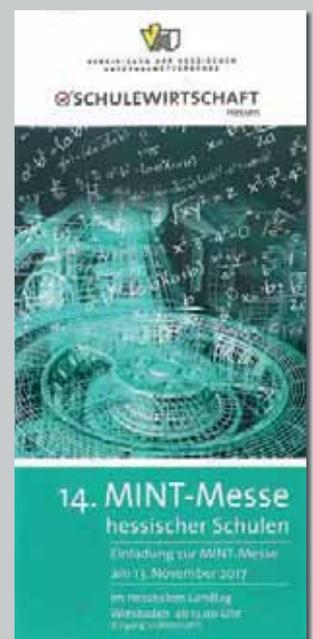
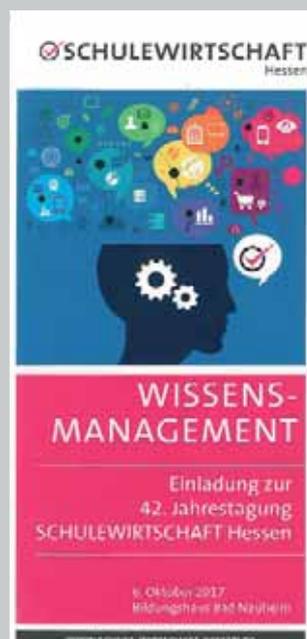
Schule und Wirtschaft erscheinen häufig wie zwei voneinander getrennte Welten: personell, strukturell und weitgehend unabhängig voneinander. Die für die Berufsorientierung, die ökonomische Bildung und die MINT-Förderung wichtigen Brücken baut **SCHULEWIRTSCHAFT**: Das Netzwerk für Schule und Wirtschaft.

Mit vielfältigen Ansätzen unterstützen wir Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Schulleitungen in der anspruchsvollen Welt der Schule. Gleichzeitig soll Schule sich stärker öffnen und auf die Arbeitswelt vorbereiten. Die im Zuge der Digitalisierung und durch Wirtschaft 4.0 sich rasant entwickelnden Veränderungen der Arbeitswelt haben notwendige Auswirkungen auf das Lehren und Lernen von heute und morgen. Diese Chancen und Lösungsansätze für künftige Herausforderungen eröffnen wir den Schulgemeinden. Unsere Angebote reichen von Arbeitskreisen in allen Regionen Hessens über Ferienakademien zur Lehrkräftefortbildung bis zu Großveranstaltungen, wie die jährliche MINT-Messe oder den Schule-Wirtschaft-Kongress. Leitfäden und Broschüren, wie Checklisten für das Betriebspraktikum, Praxisbeispiele gelingender Elternarbeit oder zur inklusiven Gestaltung der Berufs- und Studienorientierung sind praktische Hilfsmittel.

Eine individuelle Reflexion des Betriebspraktikums fördert eine bessere berufliche Orientierung. Deshalb führen die SCHULEWIRTSCHAFT-Regionen den Wettbewerb „Bester Praktikumsbericht“ durch. Eine Breitenwirkung erzielen wir durch regionale Siegerehrungen mit Event-Charakter. Zusätzlich werden die besten Praktikumsberichte landesweit ermittelt und die Schülerinnen und Schüler prämiert.



Schulterschluss von Bildungspolitikern bei unserer MINT-Messe im hessischen Landtag. Landtagspräsident Kartmann (3.v.r.) mit Christoph Degen, dem bildungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion (l.), Hans-Jürgen Irmer von der CDU-Landtagsfraktion (2.v.r.) und dem Landtagsvizepräsidenten Wolfgang Greilich, FDP (r.), mit Schülern an dem Stand einer ausstellenden Schule





EHRENAMTLICHE RICHTER & SOZIALE SELBSTVERWALTUNG

Arbeitgeber entscheiden mit!

ANSPRECHPARTNER



Prof. Dr. Franz-Josef Rose
Arbeitsrecht
Tel: 069 95808-170
E-Mail: frose@vhu.de



Dr. Stefan Hoehl
Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik
Tel: 069 95808-200
E-Mail: SHoehl@vhu.de



Jan-Patrick Harms
Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik
Tel: 069 95808-203
E-Mail: JHarms@vhu.de



Sozialversicherung aktiv mitgestalten

Arbeitgeber und Versicherte finanzieren mit ihren Beiträgen das Sozialversicherungssystem in Deutschland zum überwiegenden Teil (2017: rund 650 Mrd. Euro). Die Beitragszahler bestimmen deshalb auch in den Selbstverwaltungsgremien der Sozialversicherungsträger mit über die Verwendung der Beitragsmittel und treffen wesentliche Organisationsentscheidungen, z.B. die Bestellung der Geschäftsführung. Für die Sozialwahl 2017 hat die VhU mit tatkräftiger Hilfe ihrer Mitgliedsverbände die Arbeitgebervertreter für die Gremien der Deutschen Rentenversicherung (DRV) Hessen und der AOK Hessen benannt – diese verwalten mit über 10 bzw. rund 7 Mrd. Euro den zweit- bzw. drittgrößten öffentlichen Haushalt in Hessen.

Bei der DRV Hessen engagieren sich in den nächsten sechs Jahren 30 Arbeitgebervertreter in der Vertreterversammlung, 12 im Vorstand und 37 in den Widerspruchsausschüssen. Bei der AOK Hessen sind es 30 Arbeitgebervertreter im Verwaltungsrat und 72 Mitglieder in den Widerspruchsausschüssen. Mit ihrem ehrenamtlichen Einsatz im Interesse aller hessischen Arbeitgeber gestalten die arbeitgeberseitigen Selbstverwalter die Sozialversicherung aktiv mit.



Praxiswissen der Arbeitgeber für Arbeits- und Sozialgerichte

In der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit stehen den hauptamtlichen Richtern jeweils ein ehrenamtlicher Richter der Arbeitgeber und Versicherten zur Seite. So wird sichergestellt, dass Erfahrungen aus der Praxis in die Rechtsanwendung bei Gericht einfließen. Umgekehrt gewinnen aber auch Praktiker wertvolle Erkenntnisse durch ihr ehrenamtliches Richteramt. Die VhU und ihre regionalen Geschäftsstellen benennen mit Hilfe ihrer Mitgliedsverbände insgesamt rund 1.400 arbeitgeberseitige ehrenamtliche Richter (924 Arbeitsrichter, 455 Sozialrichter) in Hessen.

Informationen für ehrenamtliche Richter

Die VhU informiert die von ihr benannten ehrenamtlichen Richter einmal zu aktuellen Themen des Arbeits- bzw. Sozialrechts. So beleuchtete die Vorsitzende Richterin am Landesarbeitsgericht, Heike Jansen, im September 2015 den arbeitsrechtlichen Beschäftigungsanspruch. Im September 2016 gab der Vorsitzende Richter am Arbeitsgericht Wiesbaden, Dr. Jörg Krampe, einen Überblick über die Auswirkungen des Mindestlohns. Im Jahr 2017 ging es dann um das Thema Mediation – vorgestellt von Frau Dr. Frauke Denecke, Richterin am Arbeitsgericht Frankfurt am Main.



Für die ehrenamtlichen Sozialrichter war im Oktober 2015 Dr. Matthias Röhl, Richter am Bundessozialgericht, im Haus der Wirtschaft Hessen zu Gast und stellte das Revisionsverfahren in der Sozialgerichtsbarkeit vor. Im Oktober 2016 besuchten die ehrenamtlichen Sozialrichter die Berufsgenossenschaftliche Unfallklinik Frankfurt am Main und erhielten vor Ort einen Einblick in die Notfallversorgung und das Rehabilitationsverfahren. Im September 2017 gab das Jobcenter Frankfurt am Main im neuen Berufs-Informations-Zentrum (Main-BIZ) einen Einblick in das Widerspruchsverfahren.

Besuch der hauptamtlichen Richter bei Ferrero und Leica

Dem Austausch mit hauptamtlichen Richtern des Hessischen Landesarbeitsgerichts sowie der hessischen Arbeitsgerichte dient eine jährlich von der VhU organisierte Unternehmensbesichtigung. Im Jahr 2015 besuchten die Richter das Familienunternehmen Ferrero in Stadtallendorf und im Jahr 2016 öffnete die Leica Camera AG im Leitz Park Wetzlar ihre Pforten für uns.



Richter besuchen den neu eröffneten Leitz Park in Wetzlar



ENERGIEPOLITIK

Staatliche Stromverteuerung stoppen!

EHRENAMT



Peter Bartholomäus
Vorsitzender VhU-Energieausschuss,
Vorsitzender der Geschäftsleitung
der InfraServ GmbH & Co.
Wiesbaden KG

ANSPRECHPARTNER



Dr. Clemens Christmann
Wirtschafts- und Umweltpolitik
Tel: 069 95808-220
E-Mail: CChristmann@vhu.de



Dr. Vladimir von Schnurbein
Energie-, Umwelt- und Klimapolitik
Tel: 069 95808-222
E-Mail: VvonSchnurbein@vhu.de



Die Energiepolitik ist einer der thematischen Schwerpunkte der VhU. Denn neben den weltweit höchsten Arbeitskosten sind die staatlich in die Höhe getriebenen Stromkosten ein zweiter Wettbewerbsnachteil für die heimische Wirtschaft im Standortvergleich.

Im VhU-Energieausschuss formuliert die VhU ihre energiepolitischen Positionen. Diesem branchen- und regionenübergreifenden Gremium gehören 55 Vertreter aus Unternehmen und Verbänden an. Die Ausschussmitglieder erarbeiten Stellungnahmen zu aktuellen Themen und führen Gespräche mit politischen Entscheidern in Wiesbaden, Berlin und Brüssel. Mit öffentlichen VhU-Energieforen und Medienarbeit beteiligt sich die VhU an den Debatten.

Politik muss EEG-Planwirtschaft beenden. Für neue Anlagen sollten keine Einspeisevergütungen mehr zugesagt werden. EU-weite CO₂-Obergrenze reicht aus, um Treibhausgasausstoß zu verringern.

Peter Bartholomäus
Vorsitzender VhU-Energieausschuss

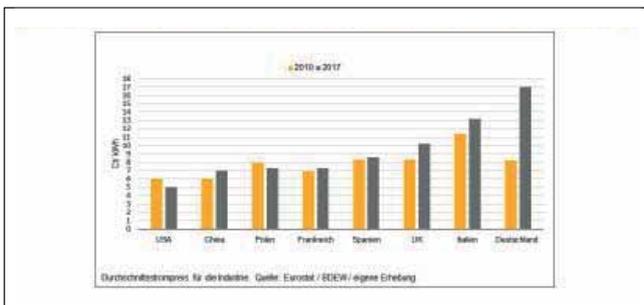


Die Wirtschaft benötigt eine jederzeit sichere Versorgung mit Energie in Form von Elektrizität und Brenn- und Kraftstoffen, die umweltverträglich und zu möglichst geringen Kosten bereitgestellt werden müssen. Doch in der Realität hat das energiewirtschaftliche Dreieck einer sicheren, günstigen und ökologischen Versorgung eine Delle: Es gibt ein gewaltiges, staatlich verursachtes Kostenproblem bei Strom: Umlagen und Steuern verteuern Strom und belasten industrielle, gewerbliche und private Kunden. Die Exportwirtschaft erleidet Wettbewerbsnachteile. Der Produktionsstandort Deutschland wird weniger attraktiv. Aus Sicht der VhU hat die Energiepolitik der letzten 20 Jahre einen Scherbenhaufen hinterlassen.

CO₂-Emissionen bei Strom und Industrie zu setzen. Er garantiert die ökologische Zielerreichung zu geringsten Kosten dank Wettbewerb und Technologieneutralität. Rund ein Drittel des Stroms in Deutschland wird bereits regenerativ erzeugt. Durch die jährliche Absenkung des CO₂-Deckels wird der Ökostrom-Anteil stetig steigen. Es ist unverständlich, warum einige Politiker den ökologischen Erfolg dieses EU-Instruments ignorieren und den Emissionshandel schlechtreden.

Energiewendekosten aus dem Bundeshaushalt finanzieren

Der Umbau des Stromversorgungssystems lässt sich nur ökologisch rechtfertigen. Er ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Diese Aufgabe sollte nicht länger nur zu Lasten des Produktionsfaktors Strom finanziert werden. Die Kosten für den Umbau sollten von der gesamten Gesellschaft und nicht nur von den Stromverbrauchern getragen werden. Die Kosten für Einspeisevergütungen für Strom aus Anlagen der regenerativen Stromerzeugung sowie für eine strategische Kraftwerksreserve zur Gewährleistung der Stromversorgungssicherheit und für den Bau neuer Übertragungsleitungen sollten zumindest teilweise aus dem Bundeshaushalt finanziert werden. Die Politik sollte prüfen, wie dies ohne Steuererhöhungen und unter Einhaltung der Schuldenbremse möglich ist.



Teurer Industriestrom: Standortnachteil für Deutschland



Explodierende Stromnetzentgelte – VhU-Energieforum mit Dr. Constantin Alsheimer, Dr. Hermann-Otto Solms und Klaus-Peter Willsch MdB



VhU-Energieforum am 20.02.2016 im Haus der Wirtschaft Hessen mit Angela Dorn MdL und Stefan Grüger MdL

Keine neuen Subventionszusagen für Ökostromanlagen geben

Bisher verursacht der planwirtschaftliche Ansatz der deutschen Energiepolitik allein durch die EEG-Umlage Kosten von rund 25 Milliarden Euro pro Jahr. Wird das bald enden? Dazu hat die VhU mit Partnern eine Studie beim IW Köln beauftragt. Antwort: Auch nach den Verbesserungen des EEG 2017 drohen die EEG-Förderkosten weiter anzusteigen – auf bis zu 33 Milliarden Euro im Jahr 2025. Nötig ist eine Exit-Strategie: Für neue Ökostromanlagen sollten ab sofort keine Förderzusagen mehr gegeben werden. Es reicht, allein auf den EU-weiten Deckel für

Stromnetze ausbauen

Der Bau von Stromtrassen für die Hochspannungsübertragung zwischen Nord- und Süddeutschland ist einer von mehreren Eckpfeilern für eine sichere Stromversorgung. Daneben müssen auch die Chancen dezentraler Ansätze genutzt werden. Das Verteilnetz ist auszubauen, um eine sichere Versorgung bei zunehmend volatiler Einspeisung zu gewährleisten und um die dezentrale, lastnahe Einspeisung aus EEG-Anlagen zu ermöglichen. Die Wirtschaft erwartet von Politik und Vorhabenträgern, dass sie den Ausbau der Netze insgesamt der Bevölkerung überzeugend erklären und zügig und kosteneffizient umsetzen.



FINANZPOLITIK

Neue Handlungsspielräume
schaffen und nutzen!

ANSPRECHPARTNER



Dr. Clemens Christmann
Wirtschafts- und Umweltpolitik
Tel: 069 95808-220
E-Mail: CChristmann@vhu.de

Solide Staatsfinanzen sind die Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum, dauerhaft hohe Beschäftigung und Generationengerechtigkeit. Viele Staatsschuldenkrisen zeigen: Nur mit soliden Finanzen kann ein Gemeinwesen handlungsfähig bleiben. Deshalb hat die VhU die Schuldenbremse im Grundgesetz stets unterstützt und gemeinsam mit den Kammern erfolgreich für eine Verankerung der Schuldenbremse in der Landesverfassung geworben. Zudem hat die VhU durch intensives Lobbying dazu beigetragen, dass der Landtag einen verbindlichen Abbaupfad für das strukturelle Defizit von 2015 bis 2019 gesetzlich verankert hat. Vorteil für Hessen: Das Land gilt noch mehr als bisher als Top-Schuldner und muss geringere Zinsen zahlen als andere.

Der Abbau der strukturellen Defizite im Bund und im Landesetat Hessen sowie in vielen hessischen Kommunen ist mittlerweile gut vorangekommen und zum Teil schon erreicht. Dabei geholt haben die Niedrigzinspolitik der EZB, günstige Ölpreise und eine starke Wirtschaft.

Haushaltskonsolidierung muss weiter gehen

Mit öffentlichen Veranstaltungen wie den VhU-Finanzforen, mit Stellungnahmen und Medienarbeit wirbt die VhU weiterhin für Haushaltskonsolidierung. Denn die großen finanzpolitischen Herausforderungen sind noch längst nicht gelöst. Dies zeigt der Geschäftsbericht des Landes Hessen mit seiner transparenten Darstellung der riesigen Schuldenberge am Kreditmarkt (44 Milliarden Euro Ende 2016) und an Verpflichtungen für Pensionen und Beihilfen (78 Milliarden Euro Ende 2016). Das Land Hessen muss nicht nur strukturelle Defizite vermeiden, sondern jedes Jahr haushaltspolitische Spielräume planen und auch erzielen. Dank hoher erwarteter Steuererhöhungen erscheint dies realistisch. Die Haushaltsspielräume sollten gleichmäßig in folgenden vier Bereichen genutzt werden:

Schulden netto tilgen, um das Risiko steigender Zinsen zu begrenzen.

Trotz Niedrigzinsen muss Hessen in 2018 und 2019 immer noch eine Milliarde Euro Zinsen pro Jahr zahlen. Die massive Geldflut der EZB wird irgendwann gestoppt werden – ja, gestoppt werden müssen. Wohlstand wird nicht mit der Notenpresse gedruckt, sondern hart erarbeitet. Der Staat sollte sich darauf vorbereiten, dass eines Tages die Zinswende kommt, was den Schuldendienst und Investitionen verteuert. Die VhU fordert einen verbindlichen Schuldentilgungsplan.

Investitionen erhöhen: Infrastruktur und Wirtschaftsstandort stärken.

Der Defizitabbau darf nicht zu Lasten des staatlichen Sachvermögens erfolgen. Seit Jahren sinkt der Wert öffentlicher Gebäude und Verkehrswege. Hauptgrund sind zu geringe Investitionen. Der Anstieg der konsumtiven Ausgaben muss daher noch weiter verlangsamt werden. Der für 2018 und 2019 geplante Anstieg der Investitionen auf netto über 1,4 Mrd. Euro pro Jahr muss auch tatsächlich realisiert werden, nachdem es in den vergangenen drei Jahren eine Stagnation unter 1,2 Mrd. Euro gab.

Rücklagen für Pensionen steigern

Rücklagen für die wachsenden Verpflichtungen für Beamtenpensionen und Beihilfen steigern, damit wir nicht heute auf Kosten unserer Kinder leben. Jede Generation muss „ihren Bierdeckel selber bezahlen“. Die VhU fordert, die automatischen altersstufenbezogenen Gehaltssteigerungen für die

Beamten abzuschaffen. Der entstehende finanzielle Spielraum könnte zur Hälfte für Leistungsanreize der Beamten und zur Hälfte zur Steigerung der Rücklagen verwendet werden. Zudem sollte – wie bei den Rentnern – ein Nachhaltigkeitsfaktor zur Dämpfung der Pensionen eingeführt werden.

Steuern senken

Auch die Steuern sollten sinken, um Impulse für private Investitionen zu schaffen. Beispielsweise haben die Erhöhungen der Grunderwerbsteuer in Hessen von 3,5 auf 6 Prozent Investitionen verteuert und dem Ziel entgegen gewirkt, mehr günstigen Wohnraum zu schaffen. Sie sollte deshalb schrittweise wieder abgesenkt werden. Steuererhöhungen dagegen würden Innovations- und Investitionsanreize verringern, die Leistungsbeurteilung senken und Arbeitsplätze und Wachstum gefährden. Die VhU lehnt deshalb auch ständig steigende Hebesätze der Grund- oder Gewerbesteuer in den Kommunen ab.



Haushaltsüberschüsse für Investitionen, Nettoschuldenabbau sowie steuerliche Entlastungen nutzen. Soli abschaffen!

Dirk Pollert
Hauptgeschäftsführer VhU



3. VhU-Finanzforum – Dr. Hubertus Bardt IW Köln am 16.01.2017



3. VhU-Finanzforum in Frankfurt bei der Deutschen Bank am 16.01.2017



SOZIALE SICHERHEIT & SOZIALPOLITIK

Beiträge begrenzen und länger arbeiten!

EHRENAMT



Roland Walter

Vorsitzender des VhU-Fachbeirats Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Präsidiumsmitglied der VhU, Vorsitzender Verband Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitende Unternehmen Mitte, Geschäftsführer Walter Verpackungen GmbH

ANSPRECHPARTNER



Dr. Stefan Hoehl

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik
Tel: 069 95808-200
E-Mail: SHoehl@vhu.de



Jan-Patrick Harms

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik
Tel: 069 95808-203
E-Mail: JHarms@vhu.de



Deutschland hat eines der stärksten sozialen Netze der Welt, allerdings auch mit enormen Ausgaben (2016: ca. 920 Mrd. €), die zu einem erheblichen Teil über lohnabhängige Beiträge finanziert werden. Um die Sozialsysteme demografiefest zu machen und die aktive und zukünftige Generationen nicht zu überfordern, brauchen wir deshalb dringend strukturelle Reformen in allen Zweigen der Sozialversicherung.

Soziale Sicherheit: Beiträge bei 40 % halten

Steigende Beiträge zur Sozialversicherung bedeuten weniger Netto für den Arbeitnehmer und höhere Lohnzusatzkosten für den Arbeitgeber. Damit schaden sie der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und vernichten letztlich Arbeitsplätze oder verhindern neue. Für die hessischen Unternehmen ist ein stabiler Gesamtsozialversicherungsbeitrag in der Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung unterhalb 40 Prozent deshalb von enormer Bedeutung. In unserer immer älter werdenden Gesellschaft müssen jedoch Lösungen her, wie dieses Ziel dauerhaft erreicht werden kann.

Sozialsysteme mit Strukturreformen zukunftsfest machen

Anstatt die sozialen Sicherungssysteme fit für den demografischen Wandel zu machen, hat die große Koalition in der vergangenen Legislaturperiode leider zahlreiche Leistungsausweitungen beschlossen, die die Beitragszahler jährlich zusätzlich rund 20 Milliarden Euro kosten werden. Zum 1. Januar 2017 addierten sich die Beitragssätze in der Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung bereits auf 39,95 Prozent. Sie liegen somit nur noch knapp unter der 40-Prozent-Grenze.

Dringend notwendig ist deshalb, den Arbeitgeberbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung bei 7,3 Prozent eingefroren zu lassen und das tatsächliche Renteneintrittsalter schrittweise auf 67 Jahre anzuheben. Diese Maßnahmen dürfen daher auf keinen Fall zurückgedreht oder durch Ausnahmeregelungen verwässert werden. Notwendig sind vielmehr echte strukturelle Reformen. So sollten Überkapazitäten bei den Krankenhäusern abgebaut und die Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung vom Faktor Arbeit abgekoppelt werden.

Fokusthema Demografie und Sozialversicherung auf dem VhU-Berlin-Tag

Die Zukunft der Altersvorsorge und des Gesundheitssystems in einer älter werdenden Gesellschaft war eines der Schwerpunktthemen des VhU-Berlin-Tags am 22. Juni 2016 in der Hessischen Landesvertretung in der Bundeshauptstadt. Arbeitgebervereine diskutierten mit dem Sozialpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, über verschiedene Reformkonzepte zur Bewältigung des demografischen Wandels.



Dr. Stefan Hoehl und Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn

Rente: Länger arbeiten und zusätzlich sparen

Besonders die gesetzliche Rentenversicherung wird vom demografischen Wandel vor große Herausforderungen gestellt. Denn früher standen einem Rentner noch sechs Beitragszahler gegenüber, heute sind es nur noch zwei und das Verhältnis wird sich weiter verschlechtern.

Der VhU-Fachbeirat Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik tagte im November 2016 bei der Deutschen Rentenversicherung Hessen, um Konzepte für eine auskömmliche Altersversorgung ohne Überforderung der aktiven Generation zu erarbeiten. Im Mai 2017 stellten VhU-Präsident Wolf Matthias Mang und der Vorsitzende des VhU-Fachbeirats Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Roland Walter, in Wiesbaden das rentenpolitische Grundsatzpapier der VhU vor. Die gesetzliche Rente muss durch ein längeres Erwerbsleben stabilisiert werden. Ausnahmen wie die abschlagsfreien Rentenzugänge mit 63 oder 65 sollten so schnell wie möglich abgeschafft werden und versicherungsfremde Leistungen wie die Mütterrente nicht länger aus Beitragsmitteln bezahlt werden. Außerdem setzt sich die VhU dafür ein, dass die gesetzliche und private Vorsorge als zweite und dritte Säule der Altersvorsorge gestärkt werden.



Fachbeirat vor der Frankfurter Skyline

4. VhU-Sozialforum: Altersvorsorge in Deutschland

Die Frage „Wie bleibt die Rente finanzierbar“ stand auch im Mittelpunkt des 4. VhU-Sozialforums am 24. April 2017 im Haus der Wirtschaft Hessen. Karsten Wendorff, Abteilungsleiter Öffentliche Finanzen bei der Deutschen Bundesbank, machte deutlich, dass die demografische Entwicklung Anpassungen bei der gesetzlichen Rente und Erhöhungen des Renteneintrittsalters unvermeidlich mache. Zudem unterstrich er, dass das absinkende Gesamtversorgungsniveau mit ausreichend privater Vorsorge aufgehalten und sogar erhöht werden kann. Anschließend diskutierte der Hessische Finanzminister Dr. Thomas Schäfer (CDU) mit Dr. Hermann Otto Solms (FDP) und Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen) über die Konzepte der Parteien für eine zukunftsfähige Altersvorsorge in Deutschland.



TARIFPOLITIK & TARIFRECHT

Arbeitszeit zeitgemäß
gestalten!

ANSPRECHPARTNER



Peter Hampel
Tarifwesen und
Arbeitswissenschaft
Tel: 069 95808-160
E-Mail: phampel@vhu.de



Isabelle Krafczyk
Tarifwesen und
Arbeitswissenschaft
Tel: 069 95808-163
E-Mail: IKrafczyk@vhu.de

Viele Branchen benötigen angesichts einer zunehmend digitalisierten und globalisierten Wirtschaftswelt flexiblere Arbeitszeiten. Die Arbeit in fristgebundenen Projekten sowie über mehrere Zeitzonen hinweg machen es erforderlich, dass die Mitarbeiter zur kundenorientierten Fertigstellung der Projekte und Sicherstellung des Austauschs mit den Kollegen in anderen Zeitzonen zeitlich flexibler arbeiten können.

Hierzu ist die Flexibilisierung starrer Tarifregelungen durch die Tarifparteien erforderlich, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Hessen zu erhalten. Begrenzend für eine solche zeitgemäße Arbeitszeitpolitik stehen aber nicht nur tarifliche Regelungen, sondern vorrangig die Vorgaben des Arbeitszeitgesetzes. Diese basieren auf der Vorstellung einer Arbeitswelt, in der weit überwiegend regional und in festen, planbaren Schichtsystemen gearbeitet wird. In der Welt der Arbeit 4.0 hingegen werden viele Arbeitsplätze, z. B. durch die Möglichkeiten des mobilen Arbeitens, nicht mehr statisch ausgestaltet sein, und auch hinsichtlich des Zeitpunkts der Erledigung der Aufgaben werden sich für die Beschäftigten häufig neue Möglichkeiten ergeben.

Modernisierung des Arbeitszeitgesetzes

Der Gesetzgeber ist hier gefordert, z. B. bei der Höchstarbeitszeit von der aktuellen Tages- hin zu einer Wochenbetrachtung zu wechseln. Und auch die heute bestehende Ruhezeitvorgabe von 11 Stunden bedarf der Flexibilisierung und möglichen Ausweitung, insbesondere, wenn der Beschäftigte die zeitliche Lage der Arbeitszeit selbst disponieren kann und in vertretbaren Zeiträumen insgesamt für entsprechende Erholzeiten gesorgt ist.

Auf der Basis solcher modifizierter gesetzlicher Arbeitszeitregelungen können dann die Tarifvertragsparteien der einzelnen Branchen branchenspezifische und passgenaue Arbeitszeitregelungen schaffen, die Beschäftigten und Arbeitgebern in einer modernen Arbeitswelt gleichermaßen zugutekommen.

Vorteile der Tarifbindung

Die Tarifautonomie ist einer der Erfolgsfaktoren der deutschen Wirtschaft. Das Verhandeln von Arbeitsbedingungen im Flächentarifvertrag bewirkt die Schaffung einheitlicher Wettbewerbsbedingungen bei den Arbeitskosten; die Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Lage im Rahmen der Tarifverhandlungen führt regelmäßig zu einem fairen Ausgleich der Interessen von Arbeitgebern und Beschäftigten. Und bei wirtschaftlichen Schieflagen kann durch tarifliche Sonderregelungen im Einzelfall ein tragbarer Kompromiss gefunden werden.

Ein weiterer großer Vorteil der Tarifbindung ist, dass der Streit über sensible Themen wie das Gleichgewicht von Leistung und Gegenleistung in Form von Arbeitszeit und Entgelt aus den einzelnen Betrieben herausgehalten wird und letztendlich unter Anlegung eines objektiven, branchenweiten Maßstabs die Waage ins Lot gebracht wird.

Und ganz wichtig: Branchenweite Flächentarifverträge schaffen Planungssicherheit und sorgen für störungsfreie Lieferbeziehungen, z. B. im Verhältnis von OEM und Zulieferern.

Wie die Vielzahl gesetzlicher Öffnungsklauseln zu Gunsten von Tarifverträgen in Gesetzen zeigt, traut der Gesetzgeber letztendlich nur den Tarifparteien die Schaffung gesetzesändernder Regelungen der Arbeitsbeziehungen in wichtigen Kernfragen zu.

Schlussendlich steigert die Tarifbindung als Gütesiegel für die gewährleisteten Arbeitsbedingungen das Vertrauen der Belegschaft auch in die innerbetriebliche Lohngerechtigkeit und sorgt somit nicht nur für Betriebsfrieden, sondern die Zufriedenheit der Beschäftigten, ein in Zeiten des Fachkräftemangels nicht zu unterschätzender Vorteil.

Arbeitskreis Tarifpolitik und Verhandlungen

Der neue Arbeitskreis Tarifpolitik und Verhandlungen hat am 3. Mai 2017 und am 4. Dezember 2017 getagt. Der Arbeitskreis trifft sich fortan zweimal jährlich, wobei neben einem gesetzten Schwerpunktthema allgemeine tarifpolitische und tarifrechtliche Fragestellungen besprochen werden. Schwerpunktthema der 2. Sitzung in 2017 waren beispielsweise tarifliche Regelungen zur Begleitung der demografischen Entwicklung. Ziel des Arbeitskreises ist der Austausch der Tarifpolitiker aus den Mitgliedsverbänden zu aktuellen tarifpolitischen Fragestellungen, die häufig alle Branchen gleichermaßen betreffen. Hier können Synergie-Effekte durch das Voneinander-Lernen der verschiedenen Branchen erzielt werden. Häufig werden sich auch für eine Branche auf tarifliche Fragestellungen gefundene Antworten ähnlich auf entsprechende Fragestellungen in anderen Branchen übertragen lassen.

Durch den regelmäßigen Austausch der VhU-Tarifpolitiker untereinander können zudem frühzeitig thematische Trends, die sich aus Gesetzesänderungen oder Gewerkschaftswünschen ergeben, identifiziert und Reaktionsmöglichkeiten darauf erörtert werden.

Ein weiteres wichtiges Aufgabenfeld des Arbeitskreises ist die Beobachtung zur Entwicklung von Allgemeinverbindlichkeitsurteilen. Solche ergehen regelmäßig für den Bereich eines Bundeslandes und können auch Indizwirkung für andere Branchen haben.



Immer wieder gerne erklären wir der IG Metall unsere Positionen, z. B. wie hier vor dem Haus der Wirtschaft Hessen.



Mehr Investitionen in den Strukturwandel statt überzogener Lohnforderungen.



UMWELTPOLITIK

Wirtschaftliche Belange
mehr beachten!

EHRENAMT



Dr. Daniele Bruns
Vorsitzende des VhU-Arbeits-
kreises Umweltschutz,
Senior Director Sicherheit
und Umwelt Merck KGaA

ANSPRECHPARTNER



Dr. Clemens Christmann
Wirtschafts- und Umweltpolitik
Tel: 069 95808-220
E-Mail: CChristmann@vhu.de



Dr. Vladimir von Schnurbein
Energie-, Umwelt- und Klimapolitik
Tel: 069 95808-222
E-Mail: VvonSchnurbein@vhu.de



Die deutsche Wirtschaft ist beispielgebend für umwelt- und klimaverträgliche Produktion und Produkte. Beträchtliche Fortschritte wurden erzielt – in Betrieben und auch in der Politik. Gleichwohl bleibt die Industrie im Fokus ambitionierter Umwelt- und Klimapolitik, obwohl sie nicht mehr führender Verursacher jeglicher Umweltbeeinträchtigung ist und maßgeblich zur CO₂-Vermeidung beiträgt. Die Politik sollte einen gesellschaftlichen Dialog anstoßen, wie sich im besten Sinne der Nachhaltigkeit und mit Augenmaß anspruchsvolle und verlässliche Umwelt- und Klimaziele mit Wirtschaftswachstum und Wohlstand verbinden lassen.

Im Arbeitskreis Umweltschutz und in den drei Ausschüssen für Bau- und Immobilienpolitik, für Energiepolitik und für Verkehrspolitik formuliert die VhU Positionen zur Umwelt- bzw. Klimapolitik. Dem AK Umweltschutz gehören 25 Vertreter aus Unternehmen und Verbänden an. Die Ausschussmitglieder erarbeiten Stellungnahmen und unterstützen die Arbeit der VhU durch Praxisbeispiele und in der Umwelt Allianz Hessen.

Kooperation statt Konfrontation in der Umweltpolitik

In der Umweltpolitik lautet ein zentrales Anliegen: Die auf dem Prinzip Kooperation statt Konfrontation beruhende Zusammenarbeit im praktischen Vollzug des Umweltrechts zwischen Landesregierung, Kommunen und Behörden einerseits und Wirtschaft andererseits sollte erhalten bleiben. Hingegen sollten Anliegen der Wirtschaft beim Formulieren neuer Gesetze und Verordnungen auf Ebene der EU, des Bundes und des Landes besser berücksichtigt werden – insbesondere gegenüber denen des Umwelt-, Natur- und Artenschutzes. Die Steigerung der Akzeptanz von industriellen Vorhaben, Rohstoffgewinnungs- und Bergbauaktivitäten wie auch Verkehrs- und Energieinfrastrukturprojekten ist und bleibt eine Herausforderung für Politik und Wirtschaft. Die Verhältnismäßigkeit des Mitteleinsatzes im Umwelt-, Natur- und Artenschutz sollte verbessert werden. Die Landesregierung muss sich in den Gremien des Bundes mehr als bisher dafür einsetzen, dass nationale Sonderwege im Umweltrecht, die den heimischen Wirtschaftsstandort benachteiligen, künftig unterbleiben.



Gegen planwirtschaftliche Klimapolitik – Marie-Louise Dött MdB zu Besuch beim VhU-Energieausschuss

Rechtsrahmen der Kreislaufwirtschaft muss verbessert werden: Politik muss den Betrieben ermöglichen, ein nachhaltiges & wirtschaftliches Abfallmanagement zu betreiben. Produktverantwortung & Wettbewerb müssen gestärkt werden!

Dr. Daniele Bruns
Vorsitzende des VhU-Arbeitskreises Umweltschutz



Gegen planwirtschaftliche Klimapolitik – Dr Anja Weisgerber MdB mit Vertretern des VhU-Energieausschusses

REACH erhalten, Rohstoffversorgung sichern, EU-Recht nicht verschärfen

Die REACH-Verordnung sollte unverändert bleiben. Kleine und mittlere Unternehmen sollten bei der REACH-Registrierung besser unterstützt und der REACH-Zulassungsprozess vereinfacht werden. Die Bundespolitik muss mit verlässlichen Rahmenbedingungen eine sichere Rohstoffsicherung ermöglichen, denn Rohstoffe stehen am Anfang jeder Wertschöpfungskette von Gütern. Dies gilt insbesondere auch für die mineralischen Rohstoffe, deren heimische Gewinnung zu erhalten ist. Die Umsetzung von EU-Recht muss ohne nationale Verschärfung erfolgen – also 1:1, z.B. bei Emissionsgrenzen für Luftschadstoffe (NERC), mittelgroßen Feuerungsanlagen (MCP) und BVT-Schlussfolgerungen.

Klimaschutz geht günstiger

Klimapolitik muss verhältnismäßig sein und ökologische, ökonomische und soziale Belange gleichermaßen beachten. Das heißt u.a.: Der Wirtschaft dürfen keine relevanten internationalen Wettbewerbsnachteile entstehen. An die Stelle der bisherigen Planwirtschaft sollte eine Klimapolitik treten, die den zulässigen CO₂-Ausstoß von Jahr zu Jahr sicher senkt und dabei die Entscheidung über die Art und Weise der CO₂-Reduktion technologieoffen dem Markt überlässt. Die Landesregierung sollte sich auf Ebene des Bundes und der EU dafür einsetzen, dass für die Bereiche Hauswärme und Verkehr EU-weite CO₂-Deckel eingeführt werden. Landespolitische Regulierungen sollten weiter unterbleiben. Das Land muss klimapolitische PR-Maßnahmen der Exekutive beenden, die versuchen, Bürger politisch zu beeinflussen oder gar zu erziehen, oder die den Parteienwettbewerb verzerren.



VERKEHRS- & LOGISTIKPOLITIK

Mehr und bessere
Mobilität!

EHRENAMT



Dr.-Ing. Jochen Knake
Vorsitzender
VhU-Verkehrsausschuss,
Geschäftsführer NOLTA GmbH

ANSPRECHPARTNER



Dr. Clemens Christmann
Wirtschafts- und Umweltpolitik
Tel: 069 95808-220
E-Mail: CChristmann@vhu.de



Anna von Gruenewaldt
Verkehrs- und Logistikpolitik
Tel: 069 95808-223
E-Mail: AvonGruenewaldt@vhu.de



Hessen ist eine Verkehrsdrehscheibe in Deutschland und Europa mit großen Chancen für den Wirtschaftsstandort. Hessens Unternehmen sind auf gute Verkehrswege und gute Mobilitätsdienstleistungen angewiesen – auf Straße und Schiene, in der Luftfahrt und im Schiffsverkehr. Dank des Weltflughafens Frankfurt ist Hessens Wirtschaft besonders erfolgreich in der Außenwirtschaft.

Im VhU-Verkehrsausschuss formuliert die VhU ihre verkehrspolitischen Positionen. Diesem branchen- und regionenübergreifenden Gremium gehören 73 Vertreter aus Unternehmen und Verbänden an. Die Ausschussmitglieder erarbeiten Stellungnahmen zu aktuellen Themen und führen Gespräche mit politischen Entscheidern in Wiesbaden, Berlin und Brüssel. Mit öffentlichen VhU-Verkehrsforen und Medienarbeit beteiligt sich die VhU an verkehrspolitischen Debatten. Ziel ist **gute Mobilität und Logistik in Hessen**.



Florian Rentsch MdL (FDP) (3. v.l.), Angela Dorn MdL (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) (Mitte) sowie Prof. Dr.-Ing. Matthias Klingner (3. v. r.) vom Fraunhofer-Institut für Verkehrs- und Infrastruktursysteme IV in Dresden beim Verkehrsforum am 8. Mai 2017.



Bettina Stark-Watzinger, Generalsekretärin der FDP Hessen und MdB

Investitionen steigern

Leider wird die öffentliche Hand ihrer Verantwortung für die Verkehrsinfrastruktur nicht gerecht, obwohl das Verkehrsaufkommen wächst. Damit der Werteverzehr der Infrastruktur gestoppt wird, muss mehr investiert werden: Der Anstieg der Investitionen des Bundes in Straßen, Schienen- und Wasserwege sollte weiter erhöht und verstetigt werden. In Hessen muss das Schienennetz für den Personen- und Güterverkehr sowie für den Nah- und Fernverkehr massiv ausgebaut werden. Die wichtigsten Autobahnprojekte sind die A44, die A49 und der Ausbau rund um Frankfurt.

Werteverzehr stoppen

Im Vergleich zum Bund ist der Nachholbedarf von Land und Kommunen noch größer. Um den Werteverzehr der Landesstraßen zu stoppen, muss der Landesstraßenbauetat von 99 Mio. Euro (2017) im kommenden Jahrzehnt verdoppelt werden. Denn allein die jährlichen Abschreibungen laut Geschäftsbericht des Landes Hessen liegen bei 184 Mio. Euro. Das Land Hessen sollte dringend die notwendigen Planungskapazitäten schaffen und Erhalt, Aus- und Neubau der Infrastruktur insgesamt einen höheren Stellenwert einräumen. Hinzu kommt der Mehrbedarf für Investitionen im ÖPNV, um gerade im Rhein-Main-Gebiet die Staus zu reduzieren. Entsprechend müssen auch die Kommunen viel mehr in ihre Verkehrswege investieren.

3 Infrastrukturvermögen, Natürgüter und Kulturgüter

Ansatz: 11.563,6 Mio. € (11.635,8 Mio. €)

Unter diesem Posten sind folgende Anlagegegenstände zusammengefasst.

in Mio. €	31.12.2015	31.12.2014
Infrastrukturvermögen	4.233,4	4.327,8
Kulturgüter und Sammlungen	4.762,5	4.759,1
Natürgüter	2.567,7	2.548,9
Summe	11.563,6	11.635,8

Das Infrastrukturvermögen umfasst das Landesstraßennetz mit seinen Straßen, Radwegen, Brücken, sonstigen Ingenieurbauwerken sowie die Straßenausstattung.

Geschäftsbericht 2015 Land Hessen, S. 94.

Innovative und nachhaltige Mobilitätskonzepte

Die VhU setzt sich für effiziente, innovative und nachhaltige Mobilitäts- und Logistiksysteme ein. Digitalisierung bietet riesige Chancen. Auch emissionsarme Mobilitätskonzepte wie Car-Sharing und Lang-LKW sollten stärker unterstützt werden. Weitere Lang-LKW-Strecken in Hessen sollten in den Regelbetrieb aufgenommen werden.

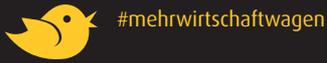
Die VhU teilt das Ziel, Feinstaub- und Stickoxidwerte in Innenstädten nachhaltig zu verringern und die Bevölkerung vor gesundheitlichen Schäden zu schützen. Jedoch sind Umweltzonen und Fahrverbote nicht zielführend – sowohl aus wissenschaftlich-ökologischen als auch aus wirtschaftlichen Erwägungen. Anzustreben ist die Optimierung des Verkehrsflusses durch moderne Verkehrsleitsysteme. Mit Forschungsförderung sollte die Entwicklung innovativer Antriebstechniken besser unterstützt werden.

Um den Treibhausgasausstoß im Verkehr zu reduzieren, tritt die VhU für eine jährlich sinkende, technologieneutrale CO₂-Obergrenze bei Benzin und Diesel ein – anstelle der teuren und ökologisch wenig wirksamen bisherigen Einzelregulierungen wie CO₂-Grenzwerten für Neuwagen oder Subventionen für Elektrofahrzeuge.

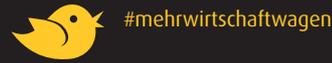
Großraum- und Schwertransporte spielen für die Wertschöpfung in Hessen und Deutschland eine große Rolle, denn viele Branchen brauchen große Anlagen und Maschinen für ihre Produktionen. Die VhU setzt sich dafür ein, dass die Genehmigungszeiten für Schwerlastverkehre von 5 Wochen auf 5 Tage reduziert werden.

Luftverkehrsstandort stärken

Vom starken Luftverkehrsstandort Hessen profitieren nahezu alle anderen Branchen in der Metropolregion und darüber hinaus. Die VhU fordert, nationale Wettbewerbsnachteile zu beseitigen: Die Luftverkehrsteuer muss abgeschafft werden, da der Bundeshaushalt weitestgehend konsolidiert ist. An den Kosten für die Flughafensicherheit sollte sich der Bund stärker beteiligen. Die EU-weite CO₂-Begrenzung darf heimische Airlines nicht benachteiligen. Zudem darf eine Lärmobergrenze am Flughafen Frankfurt den Betrieb und die Entwicklungschancen im Rahmen des Planfeststellungsbeschlusses zum Ausbau des Flughafens nicht beeinträchtigen.



Die Rahmenbedingungen für innovative Mobilitäts- und Logistiksysteme müssen optimiert werden. Stabile Finanzierungskreisläufe sind herzustellen, in denen **Nutzerentgelte** zweckgebunden in **Infrastrukturinvestitionen** fließen.



Effizienz bei Planung, Bau und Betrieb von Verkehrswegen erhöhen! Doppelprüfungen im Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren sind zu beseitigen.

Dr.-Ing. Jochen Knake
Vorsitzender VhU-Verkehrsausschuss



Herrn Minister
Tarek Al-Wazir
Hessisches Ministerium für Wirtschaft,
Energie, Verkehr und Landesentwicklung
Kaiser-Friedrich-Ring 75
65185 Wiesbaden

Bundesfachgruppe
Schwertransporte und Kranarbeiten e.V.
Hauptgeschäftsführer
Wolfgang Draef
Breitenbachstraße 1
60407 Frankfurt am Main

Nachrichtlich:
Herrn Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt,
Frau Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries,
Geschäftsstelle der Verkehrsministerkonferenz – Herrn Ministerialrat Dr. Krieger

13. Oktober 2017

Großraum- und Schwertransporte

Gemeinsames Schreiben mit 30 Bundes- und Landesverbänden an die 16 Verkehrsminister/innen und -senatoren/innen zum Thema „Großraum- und Schwertransporte“

HOHE MEDIENRESONANZ AUS DEN AKTIVITÄTEN

DER AUSSCHÜSSE ENERGIE & VERKEHR

VhU: Markt vor Staat

„Kosteneffizienz wurde fahrlässig vernachlässigt“
UNTERNEHMERVERBAND über Verlässlichkeit, Ökologie und Folgen

Vor dem Energiegipfel: Streit um die Ko

Zu Lasten Dritter

Wiesbaden
Unternehmer
lehnen AI-Wazirs
Windkraft-Ideen ab

Klimaschutz geht günstiger“
Teurer, aber ohne Klimateffekt
VhU kritisiert Erhöhung
der EEG-Umlage

**Kritik an
AI-Wazir**

Unternehmerverband: Nackenschlag

Teurer Industriestrom in Deutschland

„Keine Politik gegen die Interessen der Wirtschaft

**Unternehmer treten
AI-Wazir entgegen**

Süßes Gift

Wirtschaft kritisiert
Klimaschutzpolitik

Opfer der Energiewende

Von Manfred Köhler

Stromkosten als Investitionshindernis

Gute Mobilität in Nordhessen!

Millionen für Verkehr angemahnt

Unternehmer und Gewerkschaften fordern deutliche Aufstockung für Planung und Bau

Unternehmer fordern
neue Rheinbrücken

AI-Wazir
enttäuscht
Unternehmer

**„Schiene und Straße
vor dem Verfall retten“**

VERKEHR Teil der Aufgaben soll von zentraler
Bundesfernstraßengesellschaft übernommen werden

Wirtschaft will
mehr Mobilität
Neues Gremium soll Ziele
effizienter vertreten

**Mehr Geld
für Straßen**
20 Brücken sind marode

Wirtschaft fordert schnellere Verfahren

Verkehrswegebau dauert vielfach zu lange – Genehmigung soll beschleunigt werden

Die Diesel-Verunsicherung

Unternehmen befürchten Fahrverbote / Politiker fordern die Autoindustrie zu Lösungen auf

Wirtschaft will Tempo beim Weiterbau

Vereinigung hessischer Unternehmerverbände veranstaltete Verkehrsforum zum Lückenschluss der Autobahn 49

Spatenstich für 90 Baustelle

Zeit um Billigflieger in Frankfurt hält an

Verkehrsforum: Lufthansa und Condor schimpfen, Fraport nimmt nicht teil

Wirtschaft fordert
Autobahnbau

Landtagsparteien stehen zu Infrastrukturprojekten

**Mehr Geld für
Infrastruktur in
Hessen verlangt**

Lärmobergrenze nur freiwillig“

Verkehrsverbände wollen keine verordnete Regelung

Parteilipoliker diskutierten beim VhU-Verkehrsforum
Strategien für eine gute Mobilität

„Hessen schwimmt
im Geld“

HAUSHALT Opposition, DGB und Unternehmer
werfen der Regierung vor, zu wenig zu investieren



WIRTSCHAFTSPOLITIK

Gute Rahmenbedingungen schaffen!

EHRENAMT



Oliver Stein
Vorsitzender des Fachbeirats
Wirtschaftspolitik
Donges SteelTec GmbH

ANSPRECHPARTNER



Dr. Clemens Christmann
Wirtschafts- und Umweltpolitik
Tel: 069 95808-220
E-Mail: CChristmann@vhu.de



Hessen genießt seit Jahren einen breiten Wohlstand. Er ist Ausdruck einer starken Wirtschaft mit klugen Unternehmern und gut qualifizierten und fleißigen Mitarbeitern. Damit der Wohlstand erhalten bleibt, müssen Politik und Gesellschaft mehr als bisher beachten, dass dafür ein stabiles Wirtschaftswachstum erforderlich ist. Wohlstand ohne Wachstum ist nicht denkbar. Auch ein einfaches „Weiter so wie bisher“ reicht angesichts des steigenden globalen Wettbewerbsdrucks, der Veränderungen im Zuge der Digitalisierung sowie der Belastungen durch die demographische Alterung nicht aus. Die Innovationsdynamik und die Anpassungsfähigkeit der Betriebe und der Wirtschaftsstrukturen müssen steigen. Ebenso wie die privaten und öffentlichen Investitionen am Heimatstandort. Dann sind die Aussichten gut, dass Hessen ein attraktiver Standort für industrielle Produktion und moderne Dienstleistungen bleibt. Dafür gute Rahmenbedingungen zu gewährleisten ist Aufgabe der Wirtschaftspolitik.

Wirtschaftspolitische Interessen vertreten rund die Hälfte der VhU-Mitgliedsverbände: Sie sind Branchen- und Fachverbände, zum Teil auch Arbeitgeberverbände. In Abstimmung mit ihnen, ihren Bundesverbänden sowie dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) erarbeitet die VhU ihre wirtschaftspolitischen Positionen. Dabei geht es um branchen- und themenübergreifende Gebiete wie Außenwirtschaft, Breitband, Bürokratieabbau, Mittelstand, Regional- und Landesplanung, Ordnung des Wettbewerbs, Währungs- und Geldpolitik sowie Wirtschaftsförderung.

In Gesprächen mit politischen Entscheidern sowie mit Stellungnahmen und Medienarbeit beteiligt sich die VhU an wirtschaftspolitischen Debatten. Die VhU ist die BDI-Landesvertretung in Hessen. VhU-Vertreter sind Mitglieder in Beiräten der Bundesbank und hessischer Wirtschaftsfördereinrichtungen wie der Wirtschafts- und Infrastrukturbank, der Hessen Trade & Invest, der Bürgerschaftsbank und im RKW Hessen.

Für Markt und Wettbewerb

Die VhU tritt für eine freiheitliche und marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung ein. Staat und Politik sollten auf die Eigenverantwortung des Einzelnen vertrauen – innerhalb eines staatlich gesetzten, z.B. sozialen und ökologischen Rahmens. So ist die Balance zwischen freier unternehmerischer Entfaltung und gesellschaftlicher Verantwortung zu wahren. Die Politik sollte ihre Entscheidungen an der ordoliberalen Konzeption der sozialen Marktwirtschaft ausrichten, nicht an einer etatistischen Industriepolitik zugunsten einzelner Unternehmen oder Branchen. Wo immer möglich sollte Wettbewerb als Entdeckungsverfahren zugelassen und geschützt werden. Die Politik muss den Vorrang „Privat vor Staat“ besser beachten und Bürokratieabbau als Daueraufgabe des Staates praktizieren.

Für Freihandel

In der Außenwirtschaftspolitik tritt die VhU für Freiheit bei Handel und Investitionen ein. Denn kaum ein Land ist so stark in internationale Handelsströme und Wertschöpfungsketten eingebunden wie Deutschland und speziell Hessen. Der EU-Binnenmarkt muss weiter vertieft

werden. Nötige, nächste Schritte sind der digitale Binnenmarkt mit dem Breitbandausbau und der Energiebinnenmarkt mit EU-weitem Netzausbau. In der Außenwirtschaftspolitik muss die EU die führende Rolle behalten. Nationale Alleingänge wie der Brexit schwächen die Durchsetzungsfähigkeit in Verhandlungen mit Amerika, Asien und Afrika.

Die VhU erwartet, dass Politiker den teils populistischen Globalisierungskritikern schärfer widersprechen. Politik und Wirtschaft sollten die Chancen der Globalisierung verdeutlichen – gerade für die vielen Jobs, die es dank „Made in Germany“ gibt. Hessen profitiert besonders von offenen Märkten: über Flughafen und Messe in Frankfurt, Logistikketten und Finanzsektor.

Internet der Dinge und Dienste: Chancen nutzen

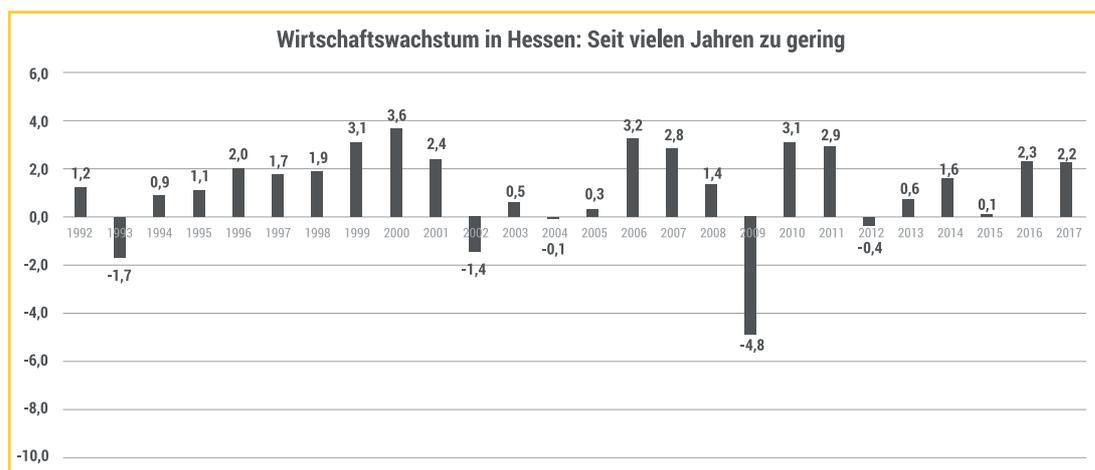
Die VhU sieht den Strukturwandel hin zur Gigabit-Gesellschaft positiv. Die Digitalisierung der Wertschöpfungsprozesse und Arbeitsabläufe bietet große Möglichkeiten. Politik und Wirtschaft müssen den Strukturwandel in allen Branchen von Industrie bis Handwerk konstruktiv begleiten, die Chancen des Internets der Dinge und Dienste nutzen und über die Folgen für das gesellschaftliche Miteinander einen offenen und kritischen gesellschaftlichen Dialog führen. Der Ausbau der Breitbandnetze muss als nationale Aufgabe begriffen werden. Spätestens im Jahr 2025 sollten Gigabit-Infrastrukturen bedarfsgerecht geschaffen sein. Dies ist primär Aufgabe privater Anbieter. Wo ein eigenwirtschaftlicher Ausbau unmöglich ist, darf und muss die öffentliche Hand technik- und anbieterneutral Subventionen gewähren, um die Wirtschaftskraft ländlicher Gebiete zu erhalten.



#mehrwirtschaftswagen

Wir als VhU fordern eine freiheitlichere & marktwirtschaftlichere Wirtschaftsordnung, die den Grundsatz 'Privat vor Staat' beachtet & Bürokratieabbau betreibt.

Oliver Stein
Vorsitzender des Fachbeirats Wirtschaftspolitik Donges SteelTec GmbH



Bruttoinlandsprodukt in Hessen, preisbereinigt, Veränderungen in Prozent gegenüber Vorjahr.
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt



WISSENSCHAFTSPOLITIK

Qualität trotz hoher Nachfrage!

EHRENAMT



Dr. Michael Hann
Vorsitzender des Fachbeirats
Bildungs- und
Gesellschaftspolitik,
Geschäftsführer Personal und
Arbeitsdirektor DFS Deutsche
Flugsicherung GmbH

ANSPRECHPARTNER



Jörg Feuchthofen
Bildungs- und Gesellschaftspolitik
Tel: 069 95808-210
E-Mail: JFeuchthofen@vhu.de

Das Hochschulsystem muss sich auch weiterhin in den nächsten Jahren den Herausforderungen steigender Studentenzahlen stellen. Gleichzeitig ist die Qualität der Lehre zu verbessern. Immerhin haben alle Hochschulen einschließlich der Universitäten im Land mittlerweile ihr Studienangebot praxisorientierter gestaltet und so die Berufsbefähigung in vielen Fächern und Fachrichtungen gestärkt. Die Digitalisierung ist zwar in den Hochschulen angekommen, auch als Instrument der Lehre. Diese Entwicklung ist aber ausbaufähig.

Anwendungsbezug und Internationalität wissenschaftlicher Leistungen nehmen einen immer größeren Stellenwert ein. Hessen hat eine im Ländervergleich dichte Hochschulstruktur, die es als Standortvorteil auszubauen gilt. Maßstab der VhU hierfür ist eine noch stärkere Profilbildung bei gleichzeitig stärkerer Vernetzung. Der angewandten Forschung kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, soweit sie als Forschungs- und Wissenstransfer die Basis für weitergehende Kooperationen mit Unternehmen und Unternehmensverbänden bildet.

Berufsbefähigung verstärken, Digitalisierung mehr nutzen

Die Ausgangslage für die Finanzierung und Modernisierung von Lehre und Forschung an den hessischen Hochschulen ist historisch auf einem neuen Höchststand. Damit können nicht nur laufende Verpflichtungen im staatlichen Hochschulwesen auskömmlich erfüllt, sondern auch innovative Ansätze verfolgt werden.

Die hessischen Hochschulen müssen und wollen dem wachsenden Fachkräftebedarf und der weiterhin steigenden Zahl von Studienberechtigten Rechnung tragen. Dabei sind Wissenschaft und Praxis mehr zu verzahnen. Die gestufte Studienstruktur von Bachelor und Master bietet gute Grundlagen, um das Studienangebot weiter praxisorientiert zu entwickeln und dabei in sämtlichen Fächern und Fachrichtungen die Berufsbefähigung und die Persönlichkeitsbildung zu stärken. Gleichzeitig ist zeitnah der zwar leicht gesunkene, aber immer noch viel zu hohe Anteil an Studienabbrechern zu senken.

Die Wirtschaft und insbesondere die VhU haben im Rahmen einer Kampagne des Landes daran mitgewirkt, dass vor allem das Duale Studium konsequent ausgebaut wird. Gemeinsames Ziel von Landesregierung, Hochschulen und Wirtschaft ist es, die derzeit bereits rund 5.300 dualen Studienplätze bis 2020 auf 8.000 zu steigern. Hierfür stellt die Landesregierung für 2018 und 2019 zusätzlich 1,5 Millionen Euro an Fördermitteln bereit.

Um das Wissenschafts- und Innovationssystem zu stärken, muss mittelfristig der Anteil der Forschungsausgaben auf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesteigert werden. Im Fokus stehen dabei Grundlagen- und anwendungsorientierte Forschung an Hochschulen und außeruniversitären Wissenschaftseinrichtungen, die ebenso unverzichtbar sind wie die Aktivitäten der Unternehmen bei der Forschung und Entwicklung.

Die VhU unterstützt vor allem den Ausbau von Forschungsinfrastrukturen an den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW). So kommt die Erhöhung des Struktur- und Innovationsbudget des Landes auf insgesamt 32 Millionen Euro vor allem den HAW zugute, die damit neue Projekte und Programme zum Ausbau der Forschungsaktivitäten finanzieren können.

Die Digitalisierung ist zwar durchweg an den Hochschulen angekommen, aber sowohl in der Lehre als in der Forschung noch ausbaufähig. Dies gilt vor allem für die Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Hochschulforschung. Die digitale Vernetzung kann das Ziel stärken, stärker in Verbänden zu arbeiten und künftig beim Technologie- und Wissenstransfer vollständige Innovationskreisläufe von der Grundlagenforschung bis in die Anwendung und zurück abzubilden. Dazu bedarf es neuer Förderformate, die auf engen Partnerschaften zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen mit komplementären Interessen und komplementärem Know-How aufbauen.

Mehr Studierende für das Lehramt gewinnen

Anders als in den Prognosen der Kultusministerkonferenz erwartet, steigen die Schülerzahlen seit 2016/17 wieder an. Dieser Trend wird sich in Hessen nach aktuellen Berechnungen mit plus 8 Prozent bis 2030 fortsetzen. In der Folge gilt es, auch rechtzeitig und bedarfsgerecht die Studienplätze für Lehramtsstudierende auszuweiten.

Studienverbände ausbauen

Die VhU fordert seit langem, auch Synergien zwischen den Hochschulen zu heben und mehr Verbundkonzepte aufzulegen. So könnte eine „International University“ im Rhein-Main-Gebiet die vorhandenen Studienangebote etwa in Frankfurt, Mainz und Darmstadt englischsprachig und damit insbesondere für ausländische Studierwillige ein attraktives Angebot machen.

Promotionsrecht für Hochschulen für Angewandte Wissenschaften ausbauen

Mit der wissenschaftspolitischen Unterstützung der VhU wurde in Hessen als erstem Bundesland den Hochschulen für Angewandte Wissenschaft (HAW) gesetzlich das Promotionsrecht für einzelne Fachbereiche ermöglicht. Voraussetzung sind ausgewiesene Leistungen in der Forschung. Die VhU erwartet hiervon vor allem Impulse für die anwendungsorientierte Forschung und eine stärkere Einbindung von kleinen und mittleren Unternehmen in Promotionsarbeiten. Hinzu kommen eine wissenschaftsbezogene Aufwertung der praxisorientierten Lehre und der Auf- und Ausbau von Forschungsinfrastrukturen bei den HAW. Dabei ist der eingeschlagene Weg fachlicher Kooperationszentren, möglichst im Verbund von Fachbereichen bzw. Lehrenden verschiedener Hochschulen, der zukunftsweisende Weg. Schneller als erwartet ist es gelungen, die notwendigen hohen Qualitätsstandards festzulegen, 5 Zentren aufzubauen und bereits erste Promotionen abzuschließen.

Kampagne „Forschung für die Praxis“

Als Kooperationspartner und Unterstützer wirkt die VhU bei der hessenweit angelegten Kampagne „Forschung für die Praxis“ mit. Gemeinsam gehen wir hier neue Wege und werben für das Forschungspotenzial der 5 hessischen Hochschulen für Angewandte Wissenschaften. Dabei geht es um breit angelegte Kooperationen in der Forschung und Entwicklung mit Wirtschafts- und Sozialunternehmen jeder Größe, mit Kommunen, Landkreisen und Verbänden. Im Vordergrund stehen Projekte der Anschubförderung, der Vorbereitung von Drittmittelwerbungen und die Einbindung des wissenschaftlichen Nachwuchses.



VERBUNDENE ORGANISATIONEN

Unsere Gruppe Bildungswerke

ANSPRECHPARTNER



Joachim Disser
Geschäftsführer Bildungswerk der
Hessischen Wirtschaft e.V.
Tel: 069 95808-250
E-Mail: disser.joachim@bwhw.de



Stephan Fischbach
Geschäftsführer Bildungswerk der
Hessischen Wirtschaft e.V.
Tel: 069 95808-250
E-Mail: fischbach.stephan@bwhw.de



Johannes Krasel
Geschäftsführer CONSULT
Personaldienstleistungen GmbH
Tel: 069 95808-280
E-Mail: krasel.johannes@consult-gmbh.de



Bildung und lebensbegleitendes Lernen sind wichtige Voraussetzungen für die berufliche und soziale Teilhabe der Menschen in unserem Land, für den wirtschaftlichen Erfolg unserer heimischen Unternehmen und für eine offene und freie Gesellschaft.

Gegründet als Bildungsinstitution der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände haben wir uns unter dem Dach des Bildungswerks der Hessischen Wirtschaft e. V. zu einer leistungsstarken Gruppe von gemeinnützigen und gewerblichen Organisationen mit kompetenten und engagierten Mitarbeitenden entwickelt.

Mit unseren Aktivitäten verfolgen wir das Ziel, individuelle Chancen zu eröffnen, unternehmerische Erfolge zu sichern und gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Dabei unterstützen wir

- **Unternehmen** aller Branchen und Größen bei der Gewinnung von Fach- und Führungskräften, der Personalentwicklung sowie der Gestaltung betrieblicher Veränderungsprozesse.
- **Öffentliche Institutionen** wie Agenturen für Arbeit, Jobcenter, Kommunen, Ministerien oder Renten- und Unfallversicherungsträger bei der Gestaltung der Politikfelder Arbeitsmarkt, Bildung, Familie, Jugend, Soziales und Wirtschaft.
- **Schulen** und Lehrkräfte sowie deren Schülerinnen und Schüler am Übergang von der Schule in Ausbildung, Studium und Beruf.
- **Beschäftigte und Arbeitssuchende** bei der Aus- und Weiterbildung, der Suche nach einem neuen Job und der in Folge gesundheitlicher Beeinträchtigungen erforderlichen beruflichen Neuausrichtung.
- **Zugewanderte** beim Erlernen der deutschen Sprache, der Integration in unsere Gesellschaft und dem Start ins Erwerbsleben.
- **Eltern und Familien** bei der Erziehung und Pflege sowie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Unternehmen, Personal und Entwicklung

In Kooperation mit dem Bildungswerk HESSENMETALL unterstützen wir Unternehmen bei der **Personal- und Organisationsentwicklung**. Wir verfügen über ein umfangreiches Seminarangebot für Fach- und Führungskräfte, das wir kontinuierlich weiterentwickeln. In unserem Bildungshaus Bad Nauheim stehen 64 Einzelzimmer und moderne Tagungsräume zur Verfügung. Dort realisieren wir unser Seminarangebot; Firmenkunden bieten wir eine ideale Umgebung für ihre PE- und OE-Aktivitäten.

Das Leistungsspektrum unseres Unternehmensservice umfasst:

- Konzepte zur Unternehmensführung
- Organisationsentwicklung und Prozessbegleitung
- Weiterbildung und Training, z. B. Führungs- und Managemententwicklung, Kommunikation, Personalwirtschaft/Arbeitsrecht, Weiterbildung der Aus- und Weiterbildner und Führungskräfteforen
- Coaching und Supervision, z. B. Lösungsansätze bei Störungen im Umgang mit Mitarbeiter/-innen und Kolleg/-innen.

Mit der CONSULT Personaldienstleistungen GmbH unterstützen wir Unternehmen bei der Personalgewinnung und Personalanpassung.

Outplacement

CONSULT hilft Unternehmen bei unvermeidbarem Personalabbau und erleichtert betroffenen Mitarbeitenden den Übergang in neue berufliche Herausforderungen. Mit effektiven und kostengünstigen Transferagenturen kann die Kündigungsfrist für Coaching und gezielte Job-to-Job-Vermittlung genutzt werden. Mit Transfergesellschaften können wir als neuer Arbeitgeber die von Arbeitslosigkeit bedrohten Arbeitnehmer/-innen bis zu einem Jahr beschäftigen und ihnen beim Übergang in neue Arbeitsverhältnisse helfen.

Zeitarbeit und Personalvermittlung

Auch Personalverstärkungen organisieren wir für die Betriebe: gezielt, schnell und zeitlich flexibel durch Zeitarbeit. Im Gegensatz zu anderen Personaldienstleistern ist für uns der fließende Übergang von der Zeitarbeit zu dauerhafter Anstellung im entleihenden Unternehmen ein integrierter Teil unserer Geschäftsphilosophie.

Personalgewinnung

CONSULT begleitet Unternehmen bei der Suche und Auswahl geeigneter Mitarbeiter. Von der Erstellung des Anforderungsprofils bis zur Besetzung und Integration des Mitarbeiters im Unternehmen unterstützen wir bei der Gewinnung neuer Mitarbeiter.

Die BHW-Gruppe

Unsere Gruppe umfasst neben dem Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft e. V. die folgenden Tochtergesellschaften:

- Berufliches Trainingszentrum (BTZ) Kassel gGmbH
- Bildungswerk der nordhessischen Wirtschaft gGmbH
- Bildungswerk der rheinland-rhein Hessischen Wirtschaft gGmbH
- CONSULT Personaldienstleistungen GmbH
- PRO INKLUSIO Gemeinnützige Gesellschaft für soziale und berufliche Teilhabe mbH

Wir kooperieren darüber hinaus mit den drei „SchwesterBildungswerken“ zusammen:

- Bildungswerk HESSENMETALL e. V. in Bad Nauheim
- Gesellschaft für Wirtschaftskunde e. V. in Hanau
- Verein für Sozialpolitik, Bildung und Berufsförderung e. V. in Kassel.



Berufspraktisches Training im Berufsfeld Farbe



Berufspraktisches Training im Berufsfeld Gastronomie

WO WIR SIND. ÜBERALL IN HESSEN.

DIE VHU UND IHRE GESCHÄFTSSTELLEN



Mit ihren sieben Geschäftsstellen in Kassel, Wetzlar, Fulda, Wiesbaden, Frankfurt, Hanau und Darmstadt ist die VhU in Hessen flächendeckend vertreten. Ihre Häuser der Wirtschaft sind Treffpunkte der hessischen Unternehmen in der Region, Anlaufstellen für Erfahrungsaustausche und gastliche Veranstaltungsorte für coole Events. In regionalen Beiräten kommen engagierte Entscheider aus Unternehmen verschiedener in der VhU organisierter Verbände regelmäßig zu Sitzungen zusammen, um sich mit Verantwortlichen aus Politik auszutauschen.

Verbandefamilie als föderales Abbild Deutschlands

„Unsere regionale Verbandsstruktur ist **das perfekte Abbild des föderalen Deutschlands**. Ihr dynamisches Miteinander aus **Eigenständigkeit** und **Solidarität** ist auch ein Erfolgsfaktor unserer Verbandefamilie.“ So hatte Dirk Pollert das Zusammenspiel zwischen der Landesgeschäftsstelle und den regionalen Geschäftsstellen bei der Verabschiedung des südhessischen VhU-Geschäftsstellenleiters Wolfgang Drechsler zusammengefasst: Das Konzept der Einheit in Vielfalt sei die Grundlage für ein friedliches und dynamisches Miteinander, das Eigenständigkeit und Solidarität verbindet, zitierte er den früheren Bundespräsidenten Joachim Gauck aus seiner Rede zum 70. Geburtstag der zehn westlichen Bundesländer 2016.

„Unsere föderale, regionale Verbandsstruktur ist das perfekte Abbild Deutschlands. Ihr dynamisches Miteinander aus Eigenständigkeit und Solidarität ist auch ein Erfolgsfaktor unserer Verbandefamilie.“

Partizipative Wertegemeinschaft

Solidarisch ist die VhU-Familie als **Wertegemeinschaft**. Als konkretes Beispiel für die Solidarität der gesamten hessischen Wirtschaft, ihrer Verbände und ihrer Eingebundenheit in die deutschen Dachorganisationen BDA und BDI zeigen die beiden „Erwartungen der hessischen Wirtschaft“ – jeweils an die Bundes- und Landespolitik zum Start in die neue Legislaturperiode. Ein solches Programm der gesamten hessischen Wirtschaft für die Politik organisiert die VhU als **Prozess transparenter Teilhabe**, indem sie alle 80 Mitgliedsverbände – mit ihrer Repräsentationsmacht von 150.000 Mitgliedsunternehmen und 1,5 Mio. Beschäftigten – einbezieht. Indem sie ihre Meinungen berücksichtigt, Dissens moderiert, um Zustimmung ringt und den Anschluss an die Bundesebene herstellt.

Der Claim „Mehr Wirtschaft wagen!“ ist z. B. nach langen Zeiten großer politischer Umverteilung die zentrale Botschaft, die wir als deutsche Wirtschaft insgesamt der deutschen Politik ins Stammbuch geschrieben haben. Denn als **hessische Wertegemeinschaft** sind wir Teil der nationalen Wertegemeinschaft von BDA, BDI und Gesamtmetall, BAVC u.a. Auf Twitter unter

#MehrWirtschaftWagen findet sich die koordinierte bundesweite Stoßrichtung, der auch eine Vereinbarung der Präsidenten der deutschen Spitzenorganisationen zugrunde lag. Und der wir eine eigene Twitterkampagne zur Seite gestellt haben.

Wegen solcherart konzertierten Meinungsbildung, der Legitimation als Stimme der hessischen Wirtschaft aufgrund ihrer Repräsentationsmacht respektiert uns die Politik im Land Hessen als ihren ersten Ansprechpartner mit einem festen Wertekompass. Auch für die nationale Ebene gilt: Die Zustimmung macht die Wirkung aus.

Der Prozess der Durchdringung ist eine Zweibahnstraße Eigenständigkeit und Solidarität treffen sich auf vorbildliche Weise, wenn im Entstehungsprozess **die Inspiration aus den Regionen** eingeholt wird, die Meinung auf der **Landes- und Bundesebene gebündelt** wird und wieder den Weg in die Regionen zurückfindet über authentische Vertreter, die sie **vor Ort glaubwürdig** in der Öffentlichkeit und den Medien vertreten.

Personelle Änderungen

Am 1. April 2017 hat die **neue VhU-Geschäftsstelle Wiesbaden** ihre Arbeit aufgenommen. Sie wird geführt vom Arbeitgeberverband HessenChemie, operativ geleitet von **Jürgen Funk** und residiert im attraktiven neuen Campus der HessenChemie. Vorsitzender des Beirates ist **Holger Weidmann**, stv. Vorsitzender VDMA, Landesverband Mitte, Geschäftsführer Krautzberger GmbH, Eltville.

Dipl.-Wi.-Ing. Carsten Rahier, Vorsitzender Hessenmetall Bezirksgruppe Nordhessen, Geschäftsführender Gesellschaft sera group, Immenhausen, wurde am 12. September 2016 vom VhU-Beirat Nordhessen als Nachfolger für Harold Grönke zum **Vorsitzenden** gewählt.

Zum 1. Mai 2017 hat **Matthias Machel** als Nachfolger von Herrn Franz Wolf die **Leitung der VhU-Geschäftsstelle Hanau-Offenbach** übernommen.

Am 1. April 2016 folgte **Jürgen Streit**, Geschäftsführender Gesellschafter Streit GmbH, Bensheim, im **Vorsitz des VhU-Beirats** auf Dr. Albrecht Hallbauer. Am 1. Oktober 2017 startete in Darmstadt **Dirk Widuch** als **neuer VhU-Geschäftsführer Südhessen** in der Nachfolge Wolfgang Drechslers.

Am 1. Juli 2018 übernahm **Sascha Drechsel** die **Leitung der VhU-Geschäftsstelle** von Dr. Dirk Hohn.



VHU NORDHESSEN IN KASSEL



VhU-Beiratssitzung im Industriepark Mittelfeld

Industrie in der Region Kassel – Wachstumstreiber Nr. 1

Bei der Sitzung des VhU-Beirates Nordhessen am 12. September 2016 wurde Dipl.-Wi.-Ing. **Carsten Rahier** als Nachfolger für Harold Grönke zum Vorsitzenden gewählt.

Steffen Riepe, der damalige Werkleiter der Bombardier Transportation GmbH, gab einen Einblick in die Entstehungsgeschichte von Bombardier am Führungsstandort Kassel für Produktion von Lokomotiven innerhalb der Bombardier Transportation und stellte den Betrieb vor: Flexible Fertigungslinien mit einem Materialfluss nach dem "Pull Prinzip" ermöglichen einen straffen Workflow ohne Zeitverluste. Mit acht Testständen innen, acht Testflächen außen, verschiedenen elektrischen Testsystemen, einer 250 Meter langen Teststrecke und einer direkten Verbindung zum Gleis der Deutschen Bahn verfügt der Standort in Kassel über alles, was man zur Inbetriebnahme benötigt.

Kai Lorenz Wittrock, Geschäftsführer der Wirtschaftsförderung Region Kassel GmbH, referierte anschließend über die Tätigkeitsfelder der Wirtschaftsförderung sowie die Entwicklung der Industrieparks in Kassel und weiterer Gewerbestandorte in der Region.

„Flexible Fertigungslinien mit einem Materialfluss nach dem ‘Pull Prinzip’ ermöglichen einen straffen Workflow ohne Zeitverluste.“

Ehrenamtliche Richterinnen und Richter am Sozialgericht Kassel

Zum Austausch der Erfahrungen und anschließenden Gespräch mit dem Direktor des Sozialgerichtes Kassel, Vasco Knickrehm, hatte die VhU Nordhessen geladen.

Die VhU ist als Arbeitgeberseite berechtigt, Vorschläge zur Besetzung der ehrenamtlichen Richter zu unterbreiten. Insgesamt 86 ehrenamtliche Richterinnen und Richter sind beim Sozialgericht Kassel tätig. Sie sind für die Dauer von fünf Jahren berufen. Ihre verantwortungsvolle Aufgabe: Sie müssen an zwei bis drei Terminen im Jahr in bis zu sechs Fällen zusammen mit dem ehrenamtlichen Richter der Arbeitnehmerseite und dem Berufsrichter Recht sprechen – im Namen des Volkes.

Vasco Knickrehm informierte im Haus der Arbeitgeberverbände über Aktuelles aus dem Sozialgericht Kassel und der hessischen Gerichtsbarkeit über die Arbeit der zwölf Kammern sowie das „Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs“, der E-Akte. 380.000 elektronische Postausgänge seien allein in 2015 in der hessischen Sozialgerichtsbarkeit zu verzeichnen gewesen. Bei den Verfahrenslaufzeiten im ersten Halbjahr 2016 liegt das Sozialgericht Kassel mit durchschnittlich 12,2 Monaten pro Hauptverfahren vor.

Im Landesdurchschnitt dauerte ein Hauptverfahren immerhin 15,09 Monate. Knickrehm kündigte den anwesenden ehrenamtlichen Richterinnen und Richter den Umzug des Sozialgerichtes in das ehemalige Polizeipräsidium im Königstor an.

„Im Landesdurchschnitt dauerte ein Hauptverfahren immerhin 15,09 Monate.“

2. VhU-Verkehrsforum

VhU fordert raschen Weiterbau der A49

„A49-Lückenschluss: Wie geht es weiter?“ lautete der Titel des VhU-Verkehrsforums, das unter Beteiligung von Hessen Mobil, Abgeordneten des Deutschen Bundestages, des Hessischen Landtages und Vertretern der Wirtschaft am 25. April 2017 in Stadtlendorf stattfand. Hintergrund der Gespräche waren die Fortschritte der seit mehr als 30 Jahren im Bau befindlichen A49. Auch die Frage, wie die zu erwartende ÖPP-Wirtschaftlichkeitsprüfung für den 2. und 3. Bauabschnitt zu bewerten sei, stand im Mittelpunkt der Diskussionen.



Von links: Carsten Rahier, Dr. Anne Fenge, Helga Schwedes-Mand, Bombardier Werkleiter Steffen Riepe und VhU-Geschäftsführer Jürgen Kümpel

„Um einen Infarkt auf der stark belasteten A7 zu verhindern, fordert die VhU daher die Sicherung der Finanzierung sowie einen raschen Weiterbau der A49.“

Dr. Jochen Knake, Vorsitzender des VhU-Verkehrsausschusses und Geschäftsführer der NOLTA GmbH aus Cölbe, unterstrich, dass die Finanzierung des wichtigsten Straßenbauprojektes in Hessen, dem Lückenschluss A49, leider nicht gesichert sei. Um einen Infarkt auf der stark belasteten A7 zu verhindern, fordere die VhU daher einen raschen Weiterbau der A49.



Dr. Jochen Knake Vorsitzender des VhU-Verkehrsausschusses



Von links: Florian Rentsch MdL (Vorsitzender FDP-Fraktion im Hessischen Landtag), Karin Müller MdL (Sprecherin für Verkehr und Infrastruktur der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Hessischen Landtag), Thomas Viesehon MdB (Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag), Sören Bartol MdB (Stellvertreter der Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag) und Martin Weber (Vizepräsident Hessen Mobil, Wiesbaden)



VHU MITTELHESSEN IN WETZLAR



Netzwerkplattform mit hohen Erwartungen

Mittelhessische Unternehmer diskutierten mit heimischen Bundestagskandidaten über Digitalisierung, Rente, Elektromobilität und Energie

Die letzten Tage vor der richtungsweisenden Bundestagswahl am 24. September 2017 nutzen mittelhessische Unternehmensvertreter um mit vier heimischen Kandidaten ins Gespräch zu kommen. Hierzu hatte die regionale Geschäftsstelle der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) Eva Goldbach (Bündnis 90/Die Grünen), Peter Heidt (FDP), Hans-Jürgen Irmer (CDU) und Dagmar Schmidt (SPD) ins Wetzlarer Haus der Wirtschaft Mittelhessen eingeladen, um unterschiedliche Themen aus der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu diskutieren.

Moderiert von Dr. Uwe Röndigs, dem Chefredakteur der Wetzlarer Neuen Zeitung, ging es um die gewaltigen Herausforderungen der Digitalisierung und die Zukunft eines tragfähigen Rentensystems. Intensiv wurde der Austausch auch bei den Themen Elektromobilität und der damit eng verbundenen Frage nach einer tragfähigen Energiepolitik. Hier machten die Wirtschaftsvertreter aus der mittelhessischen Industrieregion deutlich, dass nicht nur die hohen Energiepreise, sondern vor allem auch die sichere Verfügbarkeit von Strom einen zentralen Standortfaktor darstellen.



v.l. Dagmar Schmidt, Peter Heidt, Dr. Uwe Röndigs, Eva Goldbach, Hans-Jürgen Irmer

Engagement für Bildung und Ausbildung in der Region

Zusammenarbeit mit jungen Akademikern im Fokus

In Mittelhessen spielen die Themen Bildung und Ausbildung eine große Rolle. Drei Hochschulen und die größte Studentendichte Deutschlands machen die Region zu einem wichtigen Bildungsstandort. Gleichzeitig verdeutlicht das große Engagement der vielen Industrie- und Handwerksbetriebe in den Bereichen Ausbildung und Duales Studium deren Verbundenheit mit der heimischen Region. Neben der jahrelangen Mitarbeit in den OloV-Gremien der Region bringen die Mitarbeiter unseres Hauses ihr Fachwissen und die Position der Wirtschaft auch in Arbeitskreisen der Arbeitsagenturen, Arbeitsmarktinitiativen der Landkreise ein. Ein Schwerpunkt in der Zusammenarbeit mit den heimischen Hochschulen ist die **Kooperation mit der regionalen Studentengruppe der Stiftung der Deutschen Wirtschaft (sdw)**. In regelmäßigen Veranstaltungen fördert die VhU Mittelhessen hier den Austausch mit den jungen oder angehenden Akademikern und stellt so den Informationsfluss zwischen den Stipendiaten und der Wirtschaft sicher. Im Rahmen der gemeinsamen Termine werden nicht nur Themen aus der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die aktuellen Projekte der Stipendiatengruppe diskutiert, sondern auch im Rahmen eines Kaminabends Fachvorträge angeboten.



Der VhU-Regionalbeirat mit Dr. Christoph Ullrich (l.), Regierungspräsident Gießen

Regierungspräsident zu Gast im Haus der Wirtschaft Mittelhessen

Ullrich diskutiert mit heimischen Arbeitgebervertretern

Die regionale Zusammenarbeit der heimischen Unternehmen mit dem Regierungspräsidium Gießen war das zentrale Thema einer Sitzung des VhU-Regionalbeirates Mittelhessen. Regierungspräsident Dr. Christoph Ullrich erläuterte den anwesenden Unternehmern aus den verschiedenen Branchen die Arbeitsschwerpunkte seiner Institution. Besonders das umfassende Serviceangebot für Unternehmen stellte er deutlich heraus. Beirats-Vorsitzender **Stefan Weber** nutzte gemeinsam mit den anderen Teilnehmern die Diskussion unter anderem auch, um mehr über den aktuellen Stand bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge in der Region zu erfahren.



Die sdw-Regionalgruppe zu Besuch im Haus der Wirtschaft Mittelhessen.



Stabwechsel in der Geschäftsführung: Drechsel folgt auf Dr. Hohn

Seit 1. Juli 2018 ist **Sascha Drechsel** neuer Geschäftsführer der mittelhessischen Geschäftsstelle der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände.

Der 40-jährige Staatswissenschaftler war bereits seit 2009 als Bereichsleiter der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit für die VhU in Mittelhessen tätig. In dieser Funktion, die Drechsel auch für die Bezirksgruppe des Arbeitgeberverbandes HESSENMETALL und den Allgemeinen Arbeitgeberverband Mittelhessen wahrgenommen hat, verantwortete er die Außendarstellung der verschiedenen Institutionen. Darüber hinaus gestaltete er auch die politische Interessensvertretung der Mitglieder maßgeblich mit. Drechsel führte ebenfalls als Geschäftsführer die Geschicke der sieben regionalen Arbeitskreise SCHULEWIRTSCHAFT und unterstützte die regionale Arbeit des Bildungswerkes der hessischen Wirtschaft. Hinzu kommt seine Tätigkeit als ehrenamtlicher Richter am Landessozialgericht in Darmstadt.

Vor seinem Wechsel in die Verbändewelt war Drechsel zwölf Jahre als Bundeswehroffizier tätig. Dort leitete er u.a. die Öffentlichkeitsarbeit der Streitkräfte in der Region Mittelhessen.

Drechsel übernimmt die Leitung der Geschäftsstelle von Dr. Dirk Hohn.

Dr. Dirk Hohn war 19 Jahre lang mittelhessischer Geschäftsführer der Vereinigung hessischer Unternehmerverbände und verfügt über fast 30 Berufsjahre in der Verbändewelt. Er wird nach seinem Ausscheiden dem Verband noch weiter als Berater zur Verfügung stehen.

Nach seinem Jura-Studium begann Hohn seine berufliche Laufbahn 1990 im Geschäftsführernachwuchsprogramm der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in Köln. Es folgten acht Jahre als Geschäftsführer der Bezirksgruppe Ostthüringen des Verbandes der Metall- und Elektroindustrie Thüringen in Gera. In dieser Zeit baute er die Bezirksgruppe auf und arbeitete mit an der Neugestaltung Sozialpartnerschaft in Ostdeutschland gemeinsam mit den Gewerkschaften.

1999 wechselte Hohn dann nach Hessen und übernahm die Geschäftsführung der mittelhessischen Bezirksgruppe des Arbeitgeberverbandes HESSENMETALL, der VhU Mittelhessen sowie des Allgemeinen Arbeitgeberverbands Mittelhessen in Wetzlar. In diesen Funktionen wurde er die ordnungspolitische Stimme in der Region bei allen Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik. Einen besonderen Schwerpunkt hatte er in der Sozialpolitik. Das belegen seine zahlreichen Ehrenämter beim Bundessozialgericht, Landesarbeitsgericht, im Medizinischen Dienst der Krankenkasse, in der AOK und der Arbeitsagentur und Jobcentern.



VHU RHEIN-MAIN-TAUNUS IN FRANKFURT



Masterplan Industrie als politischen Erfolg begrüßt

Friedrich Avenarius, Geschäftsführer der Bezirksgruppe Rhein-Main-Taunus e.V., lobte auf der Mitgliederversammlung März 2016 die fortgesetzte Arbeit des **Beirates zum Masterplan Industrie der Stadt Frankfurt am Main**, der am 28.01.2016 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde. Ein politischer Erfolg, da die Hauptforderungen des Masterplans sogar in die Koalitionsvereinbarung der Stadt Frankfurt aufgenommen wurden. Avenarius begrüßte die erfolgte Priorisierung der im Masterplan empfohlenen 30 Projekte und zeigte sich optimistisch, dass deren Umsetzung auf allen acht industriepolitischen Handlungsfeldern unverzüglich begonnen werde. „Offensiv haben wir in den Medien und bei Veranstaltungen für die Umsetzung des 30-Punkte-Programms geworben“, sagte er.

DGB und VhU fordern neues Industriegebiet für digitale Wirtschaft

Im Juni 2016 gingen VhU und DGB einmal mehr mit ihrer klar industriefreundlichen Position für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung in die Medien und bekräftigten ihre Forderung für ein eigenes Gewerbegebiet, eine Art „Martinszehnten 2“ oder „Digital Valley“ für die Digitale Wirtschaft. Der Beirat Industrie, der den Masterplan-Prozess mit seinen Empfehlungen begleitete, hatte diese Projektion schon im Visier und der Stadt nahegelegt. Zumal die reale Aktivierbarkeit von Gewerbeflächenpotenzialen auch erst noch geprüft werden müsste. Im Masterplan Industrie hatte die Stadt Frankfurt festgestellt: „Nach einem Basisszenario der erarbeiteten Flächenbedarfsprognose wird die Produktion bis 2030 um 30 Prozent zunehmen. Um eine solche Expansion zu ermöglichen, sind rund 90 Hektar zusätzlicher Betriebsflächen erforderlich.“ Daraus folgten die Handlungsempfehlungen, Frankfurt am Main als Industriestandort weiter zu entwickeln und ein bedarfsgerechtes Gewerbeflächenangebot zu sichern. Die Umsetzung steht noch aus.

„...ein eigenes Gewerbegebiet, eine Art „Martinszehnten 2“ oder „Digital Valley“ für die Digitale Wirtschaft.“



Dem 25-köpfigen Beirat Industrie gehören aus der BZ RMT an: Dagmar Bollin-Flade, Christian Bollin Armaturenfabrik GmbH, Rainer Hetzer, Continental Teves AG & Co. oHG, Dr. Michael Kassner, ehemaliger Leiter der Siemens Region Mitte, Dr. Ulrich Raab Nord-Micro GmbH & Co. OHG und Ludwig Wiesner, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der SAMSON AG.



N3tzwerk Zukunft der Industrie

Frankfurt eine von 6 Modellregionen im N3tzwerk Zukunft der Industrie

Das Engagement wurde weiter ausgebaut. In Berlin gründeten 2016 die BDA, Gesamtmetall, das Bundeswirtschaftsministerium, die Kammern sowie die Gewerkschaften das „N3tzwerk Zukunft der Industrie“, getragen von 16 Bündnispartnern. Bundesweit soll die Diskussion über die Rolle und Bedeutung der Industrie intensiviert werden.

Der gemeinsam mit den Vertretern aus der Bezirksgruppe in die Umsetzung gebrachte „Masterplan Industrie für Frankfurt am Main“ ist bei diesem Zukunfts-N3tzwerk auf großes Interesse gestoßen. Auf Einladung des N3tzwerkes konnte der Masterplan Frankfurt am Main in Berlin 2017 vorgestellt werden. Dies führte dazu, dass die Stadt **Frankfurt zu den 6 Modellregionen** in Deutschland auserwählt wurde, die durch das N3tzwerk gefördert werden.

Berufsschule 2020: Ausstattung verbessern

Das Bündnis „Zukunft der Industrie“ hat in einem Positionspapier aufgezeigt, wie die berufliche Bildung in Deutschland weiter entwickelt werden kann. Mit dem Aktionsprogramm „Berufsschule 2020“ sollen diese Handlungsempfehlungen auf kommunaler und regionaler Ebene diskutiert werden. Gerade auch in Frankfurt und dem Rhein-Main-Gebiet stellt die Sicherung des Fachkräftebedarfs eine entscheidende Herausforderung dar. Das N3tzwerk Zukunft der Industrie und der Beirat des Masterplans der Stadt Frankfurt sowie das Bildungsdezernat der Stadt Frankfurt wollen sich für eine **zukunftsfähige Ausstattung** und Modernität **der Berufsschulen** einsetzen.

Am 1. September 2017 fand im Rahmen des „**Forums Industriepolitik**“ die erste Dialogrunde in der naturwissenschaftlich-technischen **Paul-Ehrlich-Schule**, Frankfurt Höchst, statt. Unter der Mitwirkung der BDA, Herrn Peter Clever, Vertreter der VhU-Geschäftsstelle Rhein-Main-Taunus, Gertrud Hirschhäuser, und anderen Beteiligten, wurden die notwendigen Modernisierungen der Bausubstanz sowie die bessere technische Ausstattung dieser Berufsschule diskutiert.





VHU WIESBADEN- RHEINGAU-TAUNUS



HessenChemie wieder als regionale Geschäftsstelle aktiv



Am 1. April 2017 hat die neue VhU-Geschäftsstelle Wiesbaden ihre Arbeit aufgenommen. Sie wird geführt vom Arbeitgeberverband HessenChemie, operativ geleitet von **Jürgen Funk** und residiert im attraktiven neuen Campus der HessenChemie. Vorsitzender des Beirates ist **Holger Weidmann**, stv. Vorsitzender der VDMA, Landesverband Mitte, Geschäftsführer Krautzberger GmbH, Eltville.

Nora Hummel verantwortet in der regionalen Geschäftsstelle das arbeitgeberseitige Engagement im Rahmen der sozialen Selbstverwaltung. So kümmert sie sich unter anderem um die Benennung ehrenamtlicher Richter sowie der Selbstverwaltungsgremien der AOK Hessen und der Deutschen Rentenversicherung.

Der Regionalbeirat

Zwei Sitzungen des Regionalbeirates fanden statt. Dabei wurde zunächst über die Vorstellung der Mitglieder hinsichtlich einer Neuausrichtung gesprochen. Ein wesentlicher Nutzen wird im direkten Dialog mit politischen Entscheidern der Region



Regelmäßig findet im Kurhaus Wiesbaden das Jahrestreffen Politik-Wirtschaft statt.

gesehen. So diskutierte **Frank Kilian**, neuer Landrat des Wiesbaden-Rheingau-Taunus-Kreises, mit den Unternehmens- und Verbandsvertretern aus der Region über die verschiedensten Wirtschaftsthemen. Dazu gehörte der Breitbandausbau im Wiesbaden-Rheingau-Taunus-Kreis. Als Beispiel nannte er die Situation in den beiden Ortschaften Walluf und Kiedrich: Sie liegen nur einen Steinwurf auseinander und trotzdem sei der Unterschied enorm. Damit die Wirtschaft gute Bedingungen vorfinden kann und wettbewerbsfähig bleibt, müsse die Abdeckung flächendeckend und einheitlich gewährleistet sein. Das mache den Standort schließlich auch attraktiv. Darüber hinaus tauschte sich der Regionalbeirat mit dem Landrat über die geplante City-Bahn in Wiesbaden, die Integration von Flüchtlingen und bezahlbaren Wohnraum aus. Der parteilose Politiker versicherte, er wolle Unternehmen besuchen und einen engen Austausch mit den verantwortlichen der Landeshauptstadt pflegen. Beim Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sei ein Gesamtkonzept erforderlich, dass nur im gemeinsamen Dialog entstehen könne.

Den engen Austausch mit Akteuren aus Politik und Verwaltung könnte sich der Regionalbeirat als zukünftiges Format für seine nächsten Sitzungen sehr gut vorstellen. So sei es im Unterschied zu größeren Veranstaltungen möglich, eigene Anliegen und Themen im direkten Gespräch zu adressieren. Geschäftsstellenleiter **Jürgen Funk** stellte in der Sitzung das Prüfverfahren des **Gütesiegels Berufs- und Studienorientierung** in Hessen vor, das Teil des hessischen Ausbildungspaktes OloV ist. Am Campus der HessenChemie wurden für die bevorstehenden Audits insgesamt 17 Auditoren geschult.



Frank Kilian (von links), Landrat Wiesbaden-Rheingau-Taunus-Kreis, im Austausch mit Dirk Meyer, Hauptgeschäftsführer Arbeitgeberverband HessenChemie, beim letzten Treffen des Regionalbeirates.



SCHULEWIRTSCHAFT Wiesbaden-Rheingau-Taunus hat für das Prüfungsverfahren des Gütesiegels Berufs- und Studienorientierung die Schulung organisiert und 17 zukünftige Auditoren mit dem Projektbüro INBAS geschult.

Neue Impulse für SCHULEWIRTSCHAFT Wiesbaden-Rheingau-Taunus

Wie bringt man die zusammen, die sich suchen, aber nicht finden? Der Arbeitskreis SCHULEWIRTSCHAFT will zumindest Lehrkräften und Vertretern aus der Wirtschaft dabei unter die Arme greifen und beide zusammenbringen – und das mit einem maßgeschneiderten Angebot. HessenChemie hat seine Aktivitäten auch im Bereich SCHULEWIRTSCHAFT wieder aufgenommen.

Um ein attraktives Angebot für Lehrkräfte anbieten zu können, hat das Wiesbadener Team aber zuerst mittels einer Umfrage in Zusammenarbeit mit der Hochschule RheinMain ermittelt, was sich die Zielgruppe überhaupt im Bereich Berufsorientierung wünscht. Als Ergebnis ist daraus das Programmheft DIALOG entstanden, in dem sich nicht nur Informationen zum Thema Berufsorientierung wiederfinden, sondern auch Betriebsführungen im neuen Format für Lehrerinnen und Lehrer angeboten werden. Als Motivation hinter dem Angebot steht, dass die Teilnehmer nicht nur den Betrieb einfach erkunden können, sondern auch etwas erleben können, um so ihre Erfahrungen besser an Schüler weiter vermitteln zu können.

Einen erfolgreichen Start verbuchten die Wiesbadener mit einer Kick-Off-Veranstaltung, zu der rund 50 Gäste an den Campus des Arbeitgeberverbandes kamen. Gast-Referent **Peter Martin Thomas**, Co-Autor der letzten beiden Sinus-Jugendstudien und Leiter der SINUS-Akademie klärte die Zuhörer über die **Wertvorstellungen und Lebenswelten von jungen Menschen** zwischen 14 und 17 Jahren auf. Des Weiteren referierte Jürgen Funk, Geschäftsführer SCHULEWIRTSCHAFT Wiesbaden-Rheingau-Taunus, vor 50 Gäste in Geisenheim am HESSENCAMPUS Rheingau+Taunus zum Thema „**Abitur und Studium um jeden Preis?** - Das duale Ausbildungssystem als Chance erkennen“.

Um Lehrkräfte auf dem Laufenden zu halten, ist SCHULEWIRTSCHAFT Wiesbaden-Rheingau-Taunus jetzt auch **online unter www.schule-wirtschaft-wiesbaden.de** zu finden. In den letzten Monaten wurden aber auch zahlreiche persönliche Gespräche mit Akteuren in der Region geführt, darunter mit der Bundesagentur für Arbeit, den Kammern und dem Staatlichen Schulamt.



Gertrud Hirschhäuser (links) von SCHULEWIRTSCHAFT Rhein-Main-Taunus und Jürgen Funk (ganz rechts) von SCHULEWIRTSCHAFT Wiesbaden-Rheingau-Taunus verabschiedeten bei einem gemeinsamen Arbeitskreisleitertreffen zwei langjährig engagierte Lehrerinnen.



VHU HANAU-OFFENBACH



Wechsel in der Leitung der Geschäftsstelle: Machel folgt auf Wolf

Verbunden mit der Übernahme der Geschäftsführung des Gesamtverbandes der Arbeitgeber Osthessen, dem regionalen branchenübergreifenden Arbeitgeberverband, übernahm **Matthias Machel** auch die Leitung der Geschäftsstelle der VHU Hanau-Offenbach.



Matthias Machel mit seinem Vorgänger Franz Wolf

Der bisherige Geschäftsführer des Gesamtverbandes, Franz Wolf, hat mit Erreichen des Rentenalters den Stab weitergegeben. Matthias Machel ist in Mainz geboren, verheiratet, hat zwei Kinder. Der Familienmensch treibt Matthias Machel viel Sport, vor allem spielt er Tennis. Der Volljurist hat in Mainz und Dijon Jura studiert und 1986 als Referent beim Gesamtverband begonnen.

Tarek Al-Wazir bei Mitgliederversammlung des AGV/VHU

Werner Kroth hob in seiner Doppelfunktion als Vorsitzender des Gesamtverbandes der Arbeitgeber Osthessen und **des VHU-Beirates** Hanau-Offenbach in seiner Ansprache deutlich die Forderungen der hessischen Unternehmer an die Landespolitik hervor.

Er forderte, dass regionale Unternehmen durch "attraktive Rahmenbedingungen" gefördert werden müssen. Dazu gehört laut Kroth ein beschleunigter Ausbau der digitalen Infrastruktur, die Deckelung der Sozialkosten für Unternehmen bei 40 %, Verbesserung des ÖPNV und bezahlbarer Wohnraum.



Der hessische Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (rechts), der wiedergewählte Vorsitzende des Gesamtverbandes der Arbeitgeber Osthessen, Werner Kroth und Geschäftsführer Matthias Machel (links).





Hessensieger 2017 Schülerwettbewerb „Bester Praktikumsbericht“

Schülerwettbewerb „Bester Praktikumsbericht“

Seit dem Jahre 2000 reichen in Osthessen mehr als 3000 Schüler/-innen ihre Praktikumsberichte beim Wettbewerb „Bester Praktikumsbericht“ eines jeden Schuljahres ein. In sechs Schulformen werden nach einheitlichen Bewertungskriterien jeweils drei Sieger ermittelt und mit Urkunden und Sach- oder Geldpreisen belohnt.

Auf der Jahrestagung SCHULEWIRTSCHAFT in Bad Nauheim wurden nun zum 7. Mal die Hessensieger ausgezeichnet. Dr. Brunn, stellvertretender Vorsitzender von Hessen Metall war beeindruckt vom Wettbewerb und den eingereichten Praktikumsberichten.

VhU und Arbeitsagentur führen Girls' Day Akademie durch

Die Geschäftsstelle Hanau-Offenbach der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) und die Agentur für Arbeit in Hanau führten 2017 zum 2. Mal die Girl's Day Akademie durch. Das attraktive Programm zur Berufsorientierung soll auch in Osthessen jungen Frauen den Weg in einen MINT-Beruf oder Studiengang ebnen. Das Modell ermöglicht aktuell 13 Schülerinnen aus der 9. und 10. Klasse ein wöchentliches Treffen nach dem Unterricht mit einem abwechslungsreichen Programm. Schule, Hochschulen, Arbeitsagentur und Unternehmen bündeln Informationen zu verschiedenen naturwissenschaftlich-technischen Berufsbildern, praktische Beispiele, Unternehmensbesichtigungen und Präsentationstechniken.



„Das attraktive Programm zur Berufsorientierung soll auch in Osthessen jungen Frauen den Weg in einen MINT-Beruf oder Studiengang ebnen.“





VHU SÜDHESSEN IN DARMSTADT



DARMSTADT

Wechsel in der Führung des VhU-Beirats Südhessen

Jürgen Streit übernahm zum 1. April 2016 den Vorsitz des VhU-Beirats Südhessen von Dr. Albrecht Hallbauer.

Auf der Frühjahrssitzung des VhU-Beirates Südhessen am 27. April 2016 wurde der Viernheimer Unternehmer Hallbauer aus seinem Amt verabschiedet, das er von November 1995 bis März 2016 wahrgenommen hatte. Seine Amtszeit fiel in zwei Jahrzehnte großer Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Zu den Höhepunkten von Hallbauers ehrenamtlicher Arbeit für den Beirat zählten neben dem Dialog mit der Evangelischen Kirche und den Diskussionsrunden zum Arbeitsmarkt auch der Erfahrungsaustausch in südhessischen Betrieben, der Technischen Universität Darmstadt und Hochschulen. Zudem gab es regelmäßige Diskussionen mit den südhessischen Mandatsträgern im Landtag und Bundestag über Standort-, Verkehrs- und Energiefragen.

„Wir brauchen Unternehmer, die mit Weitblick und Kompetenz mithelfen, dass in der vernetzten und globalen Arbeitswelt die Wirtschaft wettbewerbsfähig und innovativ bleibt. Hierfür werden weniger staatliche Regulierungen, Verbote und Bürokratie benötigt, sondern mehr Vertrauen in die Marktwirtschaft und die handelnden Akteure“, sagte der neue Vorsitzende des VhU-Beirates Südhessen, der Bensheimer Unternehmer Jürgen Streit, Geschäftsführer der Streit GmbH.

Wechsel in der Geschäftsführung: Widuch folgt auf Drechsler

Dirk Widuch, der bisherige Leiter der Rechtsabteilung der VhU-Geschäftsstelle Darmstadt und Südhessen, HESSENMETALL-Bezirksgruppe Darmstadt und Südhessen und des Unternehmerverbandes Südhessen, hat am 1. Oktober 2017 als Geschäftsführer die Nachfolge von Wolfgang Drechsler angetreten.

Dirk Widuch (51) lebt in Roßdorf (Landkreis Darmstadt-Dieburg). Er ist geborener Heiner, Familienmensch, verheiratet, hat drei Kinder und für den Nachwuchs aktiv. Als Sportler liebt er auch den Wettbewerb: Er hat lange Jahre Basketball gespielt, fährt gerne Ski und Fahrrad. Und ist noch heute ehrenamtlich als Vorsitzender des Vorstandes des Fördervereins jungTORROS bei den TORROS in seiner Heimatgemeinde Roßdorf engagiert. Mehr Verwurzelung in Südhessen geht nicht. Und er ist natürlich Jurist, Fachanwalt für Arbeitsrecht. Seine Karriere bei den Unternehmerverbänden Südhessen - der VhU Geschäftsstelle Darmstadt und Südhessen, Hessenmetall Bezirksgruppe Darmstadt und Südhessen sowie dem Unternehmerverband Südhessen - durchlief er in 10-Jahresschritten: Als 30-Jähriger (1996) zum Rechtsanwalt zugelassen und gestartet in Darmstadt, als fast 40-Jähriger (2005) Leiter der Rechtsabteilung, und nun als über 50-Jähriger ab 1. Oktober Geschäftsführer der südhessischen Verbändefamilie.

Wolfgang Drechsler (66) ist 35 Jahre im Dienste der südhessischen Verbändefamilie gestanden und hat sie 23 Jahre lang als Geschäftsführer geführt. Dabei hat er die Mitgliederzahl von 223 auf 330 gesteigert und mit dem Haus der Wirtschaft Südhessen der freiwillig organisierten Wirtschaft 2010 einen neuen Treffpunkt geschaffen. Er ist am 6. September in der Orangerie in Darmstadt vor über 250 Gästen verabschiedet worden.



VhU-Beirat: Jürgen Streit mit Vorgänger Dr. Albrecht Hallbauer



Strahlende Gesichter: Geschäftsführer Wolfgang Drechsler (zweiter von rechts) beglückwünschen für 35 Jahre erfolgreiche Verbandsarbeit Ulrich Schumacher (rechts) ehemaliger Vorsitzender von HESSENMETALL Bezirksgruppe Darmstadt und Südhessen, Jürgen Streit (links) Vorsitzender Unternehmerverband Südhessen und der Nachfolger Dirk Widuch.

Ein festlicher Abschied: Organisation modernisiert und Standort profiliert

In seinem Grußwort dankte **Jochen Partsch**, Oberbürgermeister der digitalen Wissenschaftsstadt Darmstadt, Verbandsgeschäftsführer Drechsler für langjährige Zusammenarbeit und gemeinsame Profilierung des Standorts Süd Hessen. Als Beispiele nannte er den Pakt für Grundbildung, das Industriepolitische Leitbild, die Ausbildungsinfotage, die hobit und die Nacht der Ausbildung. **Ulrich Schumacher**, damaliger Vorsitzender des Vorstands der HESSENMETALL Bezirksgruppe Darmstadt und Süd Hessen erinnerte an den von arbeitsrechtlichen und tariflichen Themen bestimmten Berufsweg von Drechsler. „Seit 1982 hat er mit großem juristischem Fachwissen und Einsatz als Rechtsanwalt und von 1994 bis heute als Geschäftsführer die Geschäftsstelle mit Weitblick, Innovationskraft und vorausschauender Personalentwicklung geprägt und weiterentwickelt. **Jürgen Streit**, **Vorsitzender des Unternehmerverbandes Süd Hessen e.V.**, hob in seiner Rede Drechslers vielfältige Verdienste, für Unternehmen in Darmstadt und Süd Hessen und für die Verbandsentwicklung hervor: „Wolfgang Drechsler hat in seiner Amtszeit als Geschäftsführer erfolgreich den Verband modernisiert und dazu beigetragen, dass die Mitgliederzahl von 223 auf über 330 gestiegen ist. In Zeiten historischer und politischer Transformationsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft modernisierte er die arbeitsrechtliche Beratung und die Serviceangebote. Vom Geist unternehmerischen Handelns und zielorientierten Entscheidens geprägt, führte er 2003 als erster hessischer Verband und bisher einer der wenigen Verbände bundesweit ein Qualitätsmanagementsystem ein, das bis heute jährlich zertifiziert wird.“



OB Jochen Partsch und Wolfgang Drechsler unterschreiben Industriepolitische Leitbild

Industriepolitische Leitbild unterstützt Digitale Stadt Darmstadt

Eine starke Industrie und Wissenschaft ist gerade in Zeiten der digitalen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft ein Schlüsselement für die zukünftige Standortentwicklung. Gemeinsam mit der Wissenschaftsstadt Darmstadt wurde das bereits 2000 vereinbarte Industriepolitische Leitbild aktualisiert und am 8. Dezember 2015 auch seitens des DGB unterzeichnet. Ziel ist es, einen wirksamen Beitrag für Wachstum, Wohlstand und Verantwortung zu leisten. Damit unterstützt es die **Weiterentwicklung Darmstadts zur Digitalen Stadt**, die auf eine ausgewogene Balance von Ökonomie, Bildung, Ökologie und Investitionen angewiesen ist. Zur Bewältigung tagesaktueller und perspektivischer Aufgaben bietet es Strategien für den Umgang mit dem demografischen Wandel, dem steigenden Fachkräftebedarf, der Umsetzung der Energiewende sowie den verkehrspolitischen und städtebaulichen Herausforderungen.

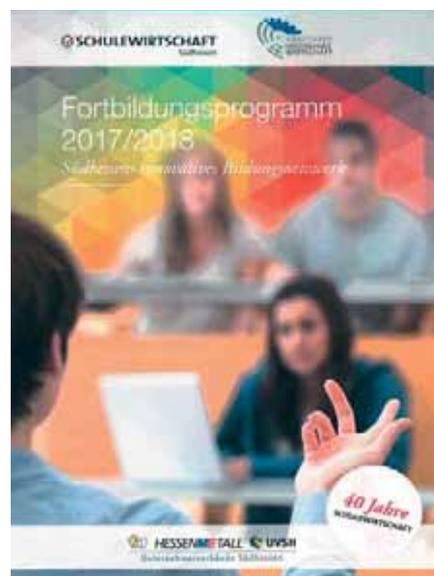
„...Industriepolitische Leitbild soll einen wirksamen Beitrag für Wachstum, Wohlstand und Verantwortung leisten. Damit unterstützt es die Weiterentwicklung Darmstadts zur Digitalen Stadt, die auf eine ausgewogene Balance von Ökonomie, Bildung, Ökologie und Investitionen angewiesen ist.“

40 Jahre Arbeitskreise SCHULEWIRTSCHAFT – Bildungsinvestitionen, die sich lohnen

Als Dialogpartner für Schulen, Hochschulen und Unternehmen beschäftigen sich die Arbeitskreise SCHULEWIRTSCHAFT Süd Hessen mit aktuellen Zeitfragen und neuen Herausforderungen der Bildungswelt von morgen. Gesellschaftspolitische Transformationsprozesse wie die Veränderung der Parteienlandschaft, technische Neuerungen wie Digitalisierung, Vernetzung und Industrie 4.0 sowie der europäische Integrationsgedanke brauchen informierte und handlungsfähige Akteure.

40 Jahre Bildungsarbeit durch die Arbeitskreise zeigen, dass nachhaltiges Bildungsentagement eine wertvolle Zukunftsinvestition ist.

Mit über 1.200 Fortbildungsveranstaltungen haben die Arbeitskreise SCHULEWIRTSCHAFT in vier Jahrzehnten 31.000 Teilnehmer erreicht. Dies entspricht rund 95.000 Weiterbildungsstunden mit einem Investitionsvolumen von 10 Mio. Euro.





VHU OSTHESSEN IN FULDA



FULDA

INHALT KOMMT



Teil 4

WER WIR SIND.

UNSERE MITGLIEDER UND
ORGANISATION.

PRÄSIDIUM



Präsident:

Wolf Matthias Mang **1**
Vorstandsvorsitzender Verband der Metall- und
Elektro-Unternehmen e. V., Arno Arnold GmbH

Vizepräsidenten:

Désirée Derin-Holzapfel **2**
Vorstandsmitglied Verband der Textil- und
Bekleidungsindustrie Hessen, Rheinland-Pfalz und
Saarland e. V., friedola 1888 GmbH

Dr. Lutz R. Raettig **3**
Stv. Vorsitzender Bankenverband Hessen e. V.,
Morgan Stanley Bank AG

Hartmut G. Erlinghagen **4**
Arbeitgeberverband Chemie und verwandte Industrien
für das Land Hessen e. V.

Jochen Honikel
Präsident Arbeitgeberverbände des Hessischen
Handwerks e. V. (AHH), Maler Honikel GmbH & Co. KG

Dr. Bettina Volkens
Präsidentin Arbeitgeberverband Luftverkehr e. V.,
Deutsche Lufthansa AG

Ehrenpräsident:
Prof. Dieter Weidemann

Weitere Mitglieder:

Dr. Constantin H. Alsheimer
Vorsitzender LDEW Landesverband d. Energie- u.
Wasserwirtschaft Hessen/Rheinland-Pfalz e. V.,
Mainova AG

Uwe Bartmann
Leiter Abteilung Building Technologies der Siemens AG

Prof. Dr. Wilhelm Bender
Vorstandsmitglied im Regionalverband
FrankfurtRheinMain, Vorsitzender Wirtschaftsinitiative
FrankfurtRheinMain e. V.

Dr. Ursula Biernert **5**
Vorstandsmitglied Agv MoVe, DB Cargo AG



Gerald Kink **8**
Präsident Hotel- und Gastronomieverband DEHOGA
Hessen e.V., Hotel Oranien

Werner Kroth **9**
Vorstandsmitglied Bauindustrieverband
Hessen-Thüringen e. V., Kroth Beteiligungsgesellschaft mbH

Dr. Hans-Hartwig Loewenstein
Präsident Zentralverband des Deutschen Baugewerbes
Vizepräsident des Verbandes baugewerbliche
Unternehmer Hessen, Jean Bratengeier Bau-GmbH

Dr. Burkhard Lohr
Vorstandsvorsitzender VKS Verband der Kali- und
Salzindustrie e. V., K+S Aktiengesellschaft

Honorargeneralkonsul Jürgen Lorenz
CDH-Mitte Wirtschaftsverband für Handelsvermittlung
und Vertrieb Hessen, Thüringen und Rheinland-Pfalz
e. V., Lorenz Group GmbH

Burkhard Petzold **10**
Stv. Vorsitzender Verband Hessischer Zeitungsverleger
e. V., Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH,
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH

Christian Rinn
Vorsitzender AGV Steine und Erden Hessen und
Thüringen e. V., Rinn Beton- u. Naturstein
GmbH & Co. KG

Dr. Norbert Rollinger
Vorstandsvorsitzender R+V Versicherung AG

Jochen Ruths
Präsident Handelsverband Hessen e. V.,
Bekleidungshaus Peter Ruths OHG

Karsten Schmal
Präsident Hessischer Bauernverband e. V.,
Milchviehbetrieb „Hof auf dem kleinen Feld“,
Waldeck-Sachsenhausen

Ulrich Schumacher

Oliver Michael Stein
Vorsitzender VhU-Fachbeirat Wirtschaftspolitik,
Donges SteelTec GmbH

Jürgen Streit **11**
Vorsitzender VhU-Regionalbeirat Südhessen,
STREIT GmbH

Dr. Georg Wagner
Vorsitzender Verband Großhandel Außenhandel
Verlage und Dienstleistungen Hessen e. V. (AGH),
H. Ludendorff GmbH

Roland Walter **12**
Vorsitzender VhU-Fachbeirat Arbeitsmarkt- und
Sozialpolitik, Vorsitzender Verband Papier, Pappe
und Kunststoff verarbeitende Unternehmen Mitte,
Walter Verpackungen GmbH

Holger Weidmann **13**
Stv. Vorsitzender VDMA Landesverband Mitte,
Krautzberger GmbH

Tilman Wittershagen **14**
Stv. Vorsitzender Bankenverband Hessen e. V.,
Deutsche Bank AG

Hauptgeschäftsführer der VhU:

Dirk Pollert **15**

Volker Fasbender **6**
Mitglied im Rundfunkrat des HR
Hauptgeschäftsführer des Unternehmerverbandes
Frankfurt Rhein-Main e. V.

Norbert Fiebig
Präsident Deutscher Reiseverband e. V. (DRV)

Anke Giesen
Vorstandsmitglied Fraport AG

Tanja Gönner
Vorstandsmitglied Unternehmerverband Frankfurt
Rhein-Main e. V., GIZ Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit GmbH

Dr. Michael Hann
Vorsitzender VhU-Fachbeirat Bildungs- und
Gesellschaftspolitik, Vorsitzender Unternehmer-
verband Frankfurt Rhein-Main e. V., DFS Deutsche
Flugsicherung GmbH

Claus-O. Herzig
Vorsitzender Vereinigung des Verkehrsgewerbes
in Hessen, Oskar Herzig GmbH

Dr. Johanna Höhl-Seibel, **7**
Dr. Höhl's GmbH & Co. KG

Clemens Kaiser
Vorsitzender der Geschäftsführung
Sanofi-Aventis Deutschland GmbH



ORGANISATION

VERBUNDENE ORGANISATIONEN

Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft e. V.
Geschäftsführung: Stephan Fischbach, Joachim Disser
Emil-von-Behring-Straße 4
60439 Frankfurt am Main
Telefon: 069 95808-250, Telefax: 069 95808-259
www.bwhw.de

Bildungswerk HESSENMETALL e. V.
Geschäftsführung: Stephan Fischbach, Joachim Disser
Bildungspark Bad Nauheim
Parkstraße 17
61231 Bad Nauheim
Telefon: 06032 948-0, Telefax: 06032 948-117
www.bildungshaus-bad-nauheim.de

CONSULT Personaldienstleistungen GmbH
Geschäftsführung: Johannes Krasel, Stephan Fischbach, Joachim Disser
Emil-von-Behring-Straße 4
60439 Frankfurt am Main
Telefon: 069 95808-280, Telefax: 069 95808-259
www.consult-gmbh.de

Verein für Sozialpolitik, Bildung und Berufsförderung e. V. (VSB)
Geschäftsführung: Reinhard Friedrichs
Karthäuserstraße 23
34117 Kassel
Telefon: 0561 1091-53, Telefax: 0561 713392
www.vsb-nordhessen.de

Landesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT Hessen
Geschäftsführung: Matthias Rust
Emil-von-Behring-Straße 4
60439 Frankfurt am Main
Telefon: 069 95808-255, Telefax: 069 95808-155
www.schule-wirtschaft-hessen.de

GUB Gesellschaft für Unternehmens-Beratung mbH
Geschäftsführung: Nikolaus Schade, Thomas Wagner
Emil-von-Behring-Straße 4
60439 Frankfurt am Main
Telefon: 069 95116-699, Telefax: 069 95808-5181

GfW Gesellschaft für Wirtschaftskunde e. V.
Geschäftsführung: Reinhold Maisch
Martin-Luther-King-Straße 1
63452 Hanau
Telefon: 06181 9975-220, Telefax: 06181 9975-111
www.gfw-hu-of.de

LANDESGESCHÄFTSSTELLE

Haus der Wirtschaft Hessen info@vhu.de
Emil-von-Behring-Straße 4 www.vhu.de
60439 Frankfurt am Main twitter.com/VhUHessen
Telefon: 069 95808-0
Telefax: 069 95808-126

Hauptgeschäftsführer

Dirk Pollert
Telefon: 069 95808-130
Telefax: 069 95808-136
Haus der Wirtschaft
Hessen



**Verwaltung,
Personal,
Finanzen**

**Kommunikation,
Presse**

**Arbeitsmarkt-,
Sozialpolitik**



Thomas Wagner
Telefon: 069 95808-140



Dr. Ulrich Kirsch
Telefon: 069 95808-150



Dr. Stefan Hoehl
Telefon: 069 95808-200
Koordinator VhU

**Bildungs-,
Gesellschafts-
politik, Berufl.
Bildung**

**Wirtschafts-,
Umwelt-
politik**

**Tarifwesen,
Arbeits-
wissenschaft**



Jörg E. Feuchthofen
Telefon: 069 95808-210
Koordinator Politik



Dr. Clemens Christmann
Telefon: 069 95808-220



Peter Hampel
Telefon: 069 95808-160
Koordinator Hessenmetall

Recht



Prof. Dr. Franz-Josef Rose
Telefon: 069 95808-170

GESCHÄFTSSTELLEN

Darmstadt und Südhessen



Dirk Widuch
Haus der Wirtschaft Südhessen
Rheinstraße 60
64283 Darmstadt
Telefon: 06151 2985-0
Telefax: 06151 2985-0

Osthessen



Matthias Machel
Martin-Luther-King-Straße 1
63452 Hanau
Telefon: 06181 9975-10
Telefax: 06181 9975-111

Mittelhessen



Sascha Drechsel
Haus der Wirtschaft Mittelhessen
Elsa-Brandström-Straße 5
35578 Wetzlar
Telefon: 06441 7008-0
Telefax: 06441 7008-10

Nordhessen



Jürgen Kümpe
Haus der Arbeitgeberverbände
Nordhessen
Karthäuserstraße 23
34117 Kassel
Telefon: 0561 1091-50
Telefax: 0561 779194

Fulda



Manfred Baumann
Heinrichstraße 8
36067 Fulda
Telefon: 0661 10087-88
Telefax: 0661 76242

Rhein-Main-Taunus



Friedrich Avenarius
Haus der Wirtschaft Hessen
Emil-von-Behring-Straße 4
60439 Frankfurt am Main
Telefon: 069 95808-230
Telefax: 069 95808-523

Wiesbaden-Rheingau-Taunus



Jürgen Funk
Murnastraße 12
65189 Wiesbaden
Telefon: 0661 7106-49
Telefax: 0661 7106-78

E-Mail der Mitarbeiter:
Erster Buchstabe des
Vornamens und
Nachname@vhu.de
(z.B. shoehl@vhu.de)



VHU MITGLIEDSVERBÄNDE

Mehr Informationen zu Zielen, Projekten, Angeboten auf vhu.de/mitgliederverbaende

Allgemeiner Arbeitgeberverband Mittelhessen e. V. (AGV)

Elsa-Brandström-Str. 5
35578 Wetzlar

Telefon: 06441 7008-0
Telefax: 06441 7008-10
E-Mail: dhohn@agv-mittelhessen.de
www.agv-mittelhessen.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 37
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 3.725
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Vorsitzender
Klaus-Achim Wendel
Geschäftsführender
Gesellschafter, Wendel
Email GmbH



Geschäftsführer
Sascha Drechsel



Arbeitgeberverband Chemie und verwandte Industrien für das Land Hessen e. V. (HessenChemie)

Murnastraße 12
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 7106-0
Telefax: 0611 7106-66
E-Mail: info@hessenchemie.de
www.hessenchemie.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen:
über 300
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: über 100.000
Jahresumsatz der Branche: 26 Mrd.



Vorsitzender
Prof. Dr. Heinz-Walter Große
Vorsitzender des Vorstands
und Arbeitsdirektor,
B. Braun Melsungen AG



Hauptgeschäftsführer
Dirk Meyer



HESSEN**CHEMIE**

Arbeitgeberverband der Deutschen Kautschukindustrie e. V. (ADK)

Schiffgraben 36
30175 Hannover

Telefon: 0511 8505-203
Telefax: 0511 8505-201
E-Mail: info@adk-verband.de
adk-verband.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 100
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 300.000
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Vorsitzender
Dr. Sven Vogt
Geschäftsführer, KKT Frölich
Kautschuk-Kunststoff-
Technik GmbH



Geschäftsführer
Dr. Volker Schmidt



Arbeitgeberverband Ernährung Genuss Hessen / Rheinland-Pfalz / Saarland e. V.

Sonnenberger Str. 46
65193 Wiesbaden

Telefon: 0611 23869-0
Telefax: 0611 23869-20
E-Mail: vav@agv-ernaehrung.de
www.agv-ernaehrung.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 135
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 26.000
Jahresumsatz der Branche: 14,5 Mrd.



Vorsitzender
Harald Zech
Geschäftsführer,
Jung Zeelandia GmbH



Geschäftsführer
Axel Jürging



Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen e. V. (Flughafenverband ADV)

Friedrichstr. 79
10117 Berlin

Telefon: 030 310118-0
Telefax: 030 310118-90
E-Mail: info@adv.aero
www.adv.aero

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 80
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: k. A.
Jahresumsatz der Branche: 5 Mrd. Euro



Präsident
Dr. Stefan Schulte
Vorstandsvorsitzender
der Fraport AG



Hauptgeschäftsführer
Ralph Beisel



Arbeitsgemeinschaft Ernährungsindustrie Hessen e. V.

Sonnenberger Str. 46
65193 Wiesbaden

Telefon: 0611 23869-0
Telefax: 0611 23869-20
E-Mail: mail@ageh.info
ageh.info

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: ca. 400
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 34.935
Jahresumsatz der Branche: 8 Mrd. Euro



Vorsitzender
Karl-Heinz Schober



Geschäftsführer
RA Axel Jürging

Arbeitgeberverbände des Hessischen Handwerks e. V. (AHH)

Emil-von-Behring-Straße 5
60439 Frankfurt am Main

Telefon: 069 95809-400
E-Mail: dieckhoefer@ah-hessen.de
ah-hessen.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen:
17.500 / Mitgliedsverbände: 30
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: k. A.
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Präsident
Jochen Honikel
Betriebswirt und
Malermeister Jochen Honikel,
Geschäftsführer,
Maler Honikel GmbH & Co. KG



Geschäftsführer
RA Rainer von Borstel



Arbeitgeberverband Luftverkehr e. V. (AGVL)

Airportring, Geb. 366
60546 Frankfurt am Main

Telefon: 069 696 55008
E-Mail: kontakt@agvl.de
agvl.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 41
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 61.200
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Präsidentin
Dr. Bettina Volkens
Mitglied des Vorstands und
Arbeitsdirektorin,
Deutsche Lufthansa AG



Hauptgeschäftsführer
Florian Weh



Geschäftsführer
Christoph Fay



Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband der Mobilitäts- und Verkehrsdienstleister e. V. (Agv MoVe)

Bellevuestraße 3
10785 Berlin

Telefax: 030 297 53114
Telefon: 030 297 53112

Mainzer Landstraße 205
60326 Frankfurt am Main

Telefon: 069 265 55301
E-Mail: carola.scholz@agv-move.net
<http://agv-move.net>

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 59
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 199.000
Jahresumsatz der Branche: k.A.



Vorsitzender
Martin Seiler
Vorstand Personal,
Deutsche Bahn AG



Geschäftsführerin
Ulrike Haber-Schilling



Arbeitgeberverband Osthessen e. V.

Heinrichstraße 8
36037 Fulda

Telefon: 0661 10087
Telefax: 0661 76246
E-Mail: post@agv-fulda.de
agv-fulda.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 149
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: k. A.
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Vorsitzender
Bernhard Juchheim



Geschäftsführer
Manfred Baumann



Arbeitgeberverband Steine und Erden Hessen und Thüringen e. V.

Grillparzerstr. 13
65187 Wiesbaden

Telefon: 0611 89085-0
Telefax: 0611 89085-10
E-Mail: wiesbaden@baustoffverband.de
www.steine-erden-keramik.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 130
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 5.500
Jahresumsatz der Branche: ca. 1 Mrd. Euro



Vorsitzender
Christian Rinn



Geschäftsführer
Dr. Matthias Schlotmann



Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland e. V.

Adresse Arabellastr. 29
81925 München

Telefon: 089 922001-0
Telefax: 089 922001-50
E-Mail: agvvers@agv-vers.de
www.agv-vers.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 341
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 204.700
Jahresumsatz der Branche: 194,3 Mrd.



Vorsitzender
Dr. Andreas Eurich
Vorstandsvorsitzender,
Barmenia
Versicherungen



Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied
Dr. Thomas Niebler



Bankenverband Hessen e. V.

Kaiserstr. 7
60311 Frankfurt am Main

Telefon: 069 284392
Telefax: 069 288231
E-Mail: info@bv-hessen.de
he.bankenverband.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 120
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 38.079
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Vorsitzender
Frank Behrends



Geschäftsführer
Dr. Jürgen Ziebe



BARIG - Board of Airline Rep. in Germany e. V.

Frankfurt Airport Center
(FAC) 1, HBK 27
Hugo-Eckener-Ring
60549 Frankfurt am Main

Telefon: 069 237288
Telefax: 069 230666
E-Mail: barig@barig.aero
www.barig.aero

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 98
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: ca. 135.000
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Vorstand und Generalsekretär
Michael Hoppe



Bauindustrieverband Hessen-Thüringen e. V.

Abraham-Lincoln-Straße 30
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 97475-0
Telefax: 0611 97475-75
E-Mail: info@bauindustrie-mitte.de
www.bauindustrie-mitte.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 230
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: ca. 20.000



Vorsitzender
Dipl.-Ing. Stefan Roth
CEO, Implenia Construction GmbH



Hauptgeschäftsführer
Dr. Burkhard Siebert



BFW Landesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland e. V.

Friedrich-Ebert-Anlage 56
60325 Frankfurt am Main

Telefon: 069 768039-10
Telefax: 069 768039-11
E-Mail: info@bfw-hrs.de
www.bfw-hrs.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 95
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: k.A.
Jahresumsatz der Branche: k.A.



Vorsitzende
Sonja Steffen
Geschäftsführerin
Level 5 Immobilien GmbH



Geschäftsführer
RA Gerald Lipka



Börsenverein des Deutschen Buchhandels Landesverband Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland e. V.

Villa Clementine
Frankfurter Str. 1
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 16660-0
Telefax: 0611 16660-59
E-Mail: briefe@boersenverein-hessen.de
www.boersenverein-hessen.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen:
ca. 1000 (700 in Hessen)



Vorsitzende
Barbara Jost
Geschäftsführerin,
Kontrast-Verlag



Geschäftsführerin
Stefanie Brich



Brauerbund Hessen / Rheinland-Pfalz e. V.

Sonnenberger Str. 46
65193 Wiesbaden

Telefon: 0611 531775-0
Telefax: 0611 531775-20
E-Mail: mail@brauerbund-hrlp.de
brauerbund-hrlp.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 20
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 1600
Jahresumsatz der Branche: 325 Mrd. Euro



Vorsitzender
Wolfgang Koehler
Geschäftsführer,
Darmstädter
Privatbrauerei GmbH



Geschäftsführer
RA Axel Jürging



Bund deutscher Baumeister Architekten und Ingenieure Frankfurt Rhein Main e. V.

Ginnheimer Straße 48
60487 Frankfurt

Telefon: 069-4950500
Telefax: 069-4950588
E-Mail: info@bdb-hessenfrankfurt.de
<http://bdb-hessenfrankfurt.de>

Mitgliedsunternehmen:
ca. 500 Freiberufler, Unternehmer, etc.
Beschäftigte in den Mitgliedsunter-
nehmen: k.A.



Vorsitzender
**Dipl.-Ing. (FH) BDB
Andreas Ostermann**
Geschäftsführer,
E+CO O GmbH



Bundesarbeitgeberverband der Personaldienstleister e. V. (BAP)

Universitätsstraße 2 -3a
10117 Berlin

Telefon: 030-20 60 98 10
Telefax: 030-20 60 98 19
E-Mail: info@personaldienstleister.de
www.personaldienstleister.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen:
über 4.600 Betriebe



Präsident
Sebastian Lazay
Geschäftsführer,
Extra-Personalservice GmbH



Hauptgeschäftsführer
Thomas Hetz



Bundesarbeitgeberverband
der Personaldienstleister

Bundesfachgruppe Schwertransporte und Kranarbeiten (BSK) e. V.

Breitenbachstraße 1
60487 Frankfurt am Main

Telefon: 069 7919-342
Telefax: 069 7919-327
E-Mail: team@bsk-ffm.de
www.bsk-ffm.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 450
Beschäftigte in den Mitgliedsunter-
nehmen: k.A.
Jahresumsatz der Branche: 1,2 Mrd. Euro



Vorsitzender
Volker Peter Kreiling
Geschäftsführender
Gesellschafter,
Erhard Kreiling
GmbH & Co. KG



Hauptgeschäftsführer
Wolfgang Draaf



Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie e. V. (BDG), Landesverband Mitte (FE)

Hansaallee 203
40549 Düsseldorf

Telefon: 0211 6871-277
Telefax: 0211 6871-40277
E-Mail: norbert.wichtmann@bdguss.de
www.bdguss.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 24
Beschäftigte in den Mitgliedsunter-
nehmen: 10.000
Jahresumsatz der Branche: 2,0 Mrd.



Vorsitzender
Bernhard Cloos
Geschäftsführer,
Doering GmbH



Geschäftsführer
Dr. Norbert Wichtmann



Bundesverband Farbe Gestaltung Bautenschutz

Gräfststraße 79
60486 Frankfurt am Main

Telefon: 069 66575-314
Telefax: 069 66575-380
E-Mail: bvfarbe@farbe.de
www.farbe.de

Anzahl der Mitglieder: 360
Maler- und Lackierer-Innungen in
17 Landesinnungsverbänden



Präsident
Jan Bauer



Hauptgeschäftsführer
Mathias Bucksteeg



Bundesverband der Schuh- und Lederwarenindustrie e. V. (HDS/L)

Bundesgeschäftsstelle
Berlin
Reinhardtstr. 14
10117 Berlin

Telefon: 030 72622034
Telefax: 030 72622044
E-Mail: bund@hds.l.eu
www.hds.l.eu

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: k. A.
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen Schuhe: 14.762 und Lederwaren 3.350
Jahresumsatz der Branche: Schuhe 2,9 Mrd. Euro und Lederwaren 608 Mio. Euro



Vorsitzender
Carl-August Seibel
Geschäftsführer,
Josef Seibel Schuhfabrik GmbH



Hauptgeschäftsführer
RA Manfred Junkert



Bundesverband der
Schuh- und Lederwaren-
industrie e.V.

Bundesverband der Sicherheitswirtschaft (BDSW) Wirtschafts- und Arbeitgeberverband e. V.

Norsk-Data-Str. 3
61352 Bad Homburg

Telefon: 06172 948050
Telefax: 06172 458580
E-Mail: mail@bdsw.de
www.bdsw.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 90
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 11.000
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Landesgruppen-
vorsitzender
Dirk H. Bürhaus
KÖTTER GmbH & Co. KG
Security



Hauptgeschäftsführer
Dr. Harald Olschok



Geschäftsführerin
**Rain Andrea
Faulstich-Goebel**



Bundesverband der Systemgastronomie e. V. (BdS)

Wilhelm-Wagenfeld-Str. 20
80807 München

Telefon: 089 3065879-0
Telefax: 089 3065879-10
E-Mail: info(at)bundesverband-
systemgastronomie.de
[www.bundesverband-
systemgastronomie.de](http://www.bundesverband-
systemgastronomie.de)

Anzahl der Mitgliedsunternehmen:
über 800
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: über 100.000
Jahresumsatz der Branche:
über 5 Mrd. Euro



Präsidentin
Sandra Mühlhause
Vorstand Personal und
Chief People Officer,
McDonalds Deutschland



Hauptgeschäftsführerin
Andrea Belegante



Bundesvereinigung Deutscher Geld- und Wertdienste (BDGW)

Norsk-Data-Str. 3
61352 Bad Homburg

Telefon: 06172 948050
Telefax: 06172 458580
E-Mail: mail@bdgw.de
www.bdgw.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 65
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: ca. 11.000
Jahresumsatz der Branche:
ca. 600 Mio. EUR



Vorsitzender
Michael Mewes
Geschäftsführer,
Cash Logistik
Security AG



Hauptgeschäftsführer
Dr. Harald Olschok



Geschäftsführer
Andreas Paulick



Bundesvereinigung Deutscher
Geld- und Wertdienste

CDH Mitte - Wirtschaftsverband der Handelsvertretungen Hessen, Thüringen und Rheinland-Pfalz e. V.

Stresemannallee 35-37
60596 Frankfurt am Main

Telefon: 069 630091-0
Telefax: 069 630091-19
E-Mail: info@cdh-mitte.de
www.cdh-mitte.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 1.000
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: k. A.
Jahresumsatz der Branche:
ca. 30 Mrd. Euro



Vorsitzender
Michael Schwarze



Hauptgeschäftsführer
RA Jan Kristan Hannes



Deutscher ReiseVerband e. V. (DRV)

Schicklerstr. 5 - 7
10179 Berlin

Telefon: 030 28406-0
Telefax: 030 28406-30
E-Mail: info@drv.de
www.drv.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen:
über 4.000
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: k. A.
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Präsident
Norbert Fiebig



Hauptgeschäftsführer
Dirk Inger



Fachverband Elektro- und Informationstechnik Hessen/Rheinland-Pfalz (FEHR)

Berta-Cramer-Ring 32
65205 Wiesbaden

Telefon: 06122 53476-0
Telefax: 06122 53476-10
E-Mail: info@liv-fehr.de
www.liv-fehr.de

Mitgliedsunternehmen: 41 Innungen
6.300 Betriebe
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 52.000 / 5.000 Lehrlinge
Jahresumsatz der Branche:
ca. 5,7 Mrd. Euro



Präsident
Christoph Hansen
Geschäftsführer,
Elektro-Hansen
GmbH & Co. KG



Geschäftsführer
Thomas Klisa



Fachverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Hessen-Thüringen e. V.

Max-Planck-Ring 37
65205 Wiesbaden

Telefon: 06122 93114-0
Telefax: 06122 93114-24
E-Mail: info@galabau-ht.de
www.galabau-ht.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 320
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: ca. 9.500
Jahresumsatz der Branche:
ca. 655 Mio. Euro



Vorsitzender
Jens Heger
Geschäftsführer,
Heger GmbH



Geschäftsführerin
Heike Troue



Fachverband Leben Raum Gestaltung Hessen/Rheinland-Pfalz

Auf der Roten Erde 9
34537 Bad Wildungen

Telefon: 05621 7919-60
Telefax: 05621 7919-89
www.leben-raum-gestaltung.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 2.100
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 15.000
Jahresumsatz der Branche:
ca. 2,5 Mrd. Euro



Präsident
Stefan Zock
Geschäftsleitung
Brand AG



Hauptgeschäftsführer
Hermann Hubing



Gartenbauverband Baden-Württemberg-Hessen e. V.

Geschäftsstelle Frankfurt
An der Festeburg 33
60389 Frankfurt am Main

Telefon: 0711 64495-50
Telefax: 0711 6208274
E-Mail: info@gvbwh.de
www.gvbwh.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 800
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 13.000
Jahresumsatz der Branche in Hessen:
ca. 300 Mio. Euro



Präsident
**Gerhard
Hugenschmidt**



Vizepräsident,
Landespräsident Hessen
Jürgen Mertz



Hauptgeschäftsführer
Hans-Georg Paulus



Gesamtverband der Arbeitgeber Osthessen

Martin-Luther-King-Str. 1
63452 Hanau

Telefon: 06181 99751-0
Telefax: 06181 99751-11
E-Mail: agv@agv-osthessen.de
www.agv-osthessen.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 110
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 85.000
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Vorsitzender
Werner Kroth
Geschäftsführer und
Gesellschafter,
Kroth Beteiligungsgesellschaft mbH



Geschäftsführer
Matthias P. Machel



Gesamtverband Kommunikationsagenturen GWA e. V.

Neue Mainzer Straße 22
60311 Frankfurt am Main

Telefon: 069 256008-0
Telefax: 069 236883
E-Mail: info@gwa.de
www.gwa.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 105
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 16.000
Jahresumsatz der Branche: 30 Mrd. Euro



Präsident
Benjamin Minack
Gründer und Geschäftsführer,
ressourcenmangel GmbH



Geschäftsführer
Dr. Ralf Nöcker



Handelsverband Hessen e. V.

Rheinstraße 36
65185 Wiesbaden

Telefon: 0611 372685
Telefax: 0611 302547
E-Mail: info@handelsverband-hessen.de
www.handelsverband-hessen.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 7.200
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 160.000
Jahresumsatz der Branche: 38 Mrd. Euro



Präsident
Jochen Ruths
Inhaber, Bekleidungs-
haus Peter Ruths OHG



Hauptgeschäftsführer
Michael Kullmann



Hessenbeton e. V.

Grillparzerstraße 13
65187 Wiesbaden

Telefon: 0611 89085-0
Telefax: 0611 89085-10

Neuwied
Telefon: 02631 9560452
Telefax: 02631 9535970

E-Mail: reim@bkri.de
www.hessenbeton.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: k. A.
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: k. A.
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Vorsitzender
Hartmut Schramm
Geschäftsführer,
Rinn Beton- und Naturstein
GmbH & Co. KG



Geschäftsführer
Christian Reim



HESSENBETON

Hessischer Bauernverband e. V.

Taunusstr. 151
61381 Friedrichsdorf/
Taunus

Telefon: 06172 7106-0
Telefax: 06172 7106-10
E-Mail: hbv@agrinet.de
www.hessischerbauernverband.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 22.000
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 58.000
Jahresumsatz der Branche:
ca. 2,0 Mrd. Euro



Präsident
Karsten Schmal



Generalsekretär
Peter Voss-Fels



Hotel- und Gastronomieverband DEHOGA Hessen e. V.

Auguste-Viktoria-Straße 6
65185 Wiesbaden

Telefon: 0611 99201-0
Telefax: 0611 99201-22
E-Mail: info@dehoga-hessen.de
www.dehoga-hessen.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen:
ca. 4.000
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: ca. 130.000
Jahresumsatz der Branche:
ca. 5,5 Mrd. Euro



Präsident
Gerald Kink
Hotel Oranien



Hauptgeschäftsführer
Julius Wagner



Industrieverband Körperpflege- und Waschmittel e. V. (IKW)

Mainzer Landstr. 55
60329 Frankfurt am Main

Telefon: 069 2556-1323
Telefax: 069 237631
E-Mail: info@ikw.org
www.ikw.org

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 420
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 50.000
Jahresumsatz der Branche: 18 Mrd. Euro



Vorsitzender
Georg Held
Geschäftsführer,
L'Oréal Deutschland GmbH



Geschäftsführer
Thomas Keiser



Industrieverband Kunststoffbahnen Europe e. V. (IVK Europe)

Airport Club FAC 1
Hugo-Eckener-Ring
60549 Frankfurt am Main

Telefon: 0170 8014525
Büro Brüssel: +32 (0) 2741 8282
E-Mail: info@ivk-europe.com
www.ivk-europe.com

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 30
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 16.000
Jahresumsatz der Branche:
ca. 800 Mio. Euro



Vorsitzender
Michael Kundel
Vorstandsvorsitzender,
Renolit SE,
Präsident des Europäischen
Verbands der Kunststoff-
verarbeiter



Geschäftsführerin
Karin Arz



Industrieverband Steine und Erden e. V. Neustadt/Weinstraße

Friedrich-Ebert-Str. 11-13
67433 Neustadt

Telefon: 06321 852-0
Telefax: 06321 852-290
E-Mail: vse@verband-steine-erden.de
www.verband-steine-erden.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 44
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 550
Jahresumsatz der Branche:
ca. 104 Mio. Euro



Vorsitzender
Thomas Weber
Inhaber, Büttel GmbH



Geschäftsführer
Heinrich Klotz

Industrieverband Technische Gebäudeausrüstung und Umwelttechnik Hessen e. V. (ITGA Hessen)

Emil-von-Behring-Str. 5
60439 Frankfurt am Main

Telefon: 069 95809-150
Telefax: 069 95809-9150
E-Mail: edward.fuhrmann@itga-hessen.de
www.itga-hessen.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: k. A.
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: k. A.
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Präsident
Dr. Sven Herbert
Helmut Herbert
GmbH & Co.



Geschäftsführer
Edward Fuhrmann

Industrievereinigung Odenwaldkreis e. V. (IVO)

Berliner Str. 6
64732 Bad König

Telefon: 06063 589999
Telefax: 06063 913641
E-Mail: info@ivo-odw.de
www.ivo-odw.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen:
mehr als 170
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 16.000
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Vorsitzender
Jürgen Walther
Geschäftsführer,
Lange & Co. GmbH



Geschäftsführender
Vorsitzender
Christian Mühlhäuser

Interessenverband Deutscher Zeitarbeitsunternehmen e. V. (iGZ)

PortAL 10
Albersloher Weg 10
48155 Münster

Telefon: 0251 32262-0
Telefax: 0251 32262-100
E-Mail: info@ig-zeitarbeit.de
www.ig-zeitarbeit.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen
bundesweit: 3.500



Bundesvorsitzender
Christian Baumann
Geschäftsführer,
pluss Personal-
management GmbH



Hauptgeschäftsführer
Werner Stolz

Kroatische Wirtschaftsvereinigung e. V. (KWVD)

Brönnertstraße 17
60313 Frankfurt am Main

Telefon: 069 367079-40
Telefax: 069 367079-39
E-Mail: m.susak@kwvd.de
www.kwvd.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: k. A.
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: k. A.
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Vorstandsvorsitzender und
Geschäftsführer
Mario Šušak

Landesinnung Hessen des Gebäudereiniger-Handwerks

Ferdinand-Porsche-Str.11
60386 Frankfurt am Main

Telefon: 069 477700
Telefax: 069 476100
E-Mail: info@die-
gebaeuedienstleister-hessen.de
www.die-gebaeuedienstleister-hessen.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 310
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: ca. 65.000
Jahresumsatz der Branche:
1,1 Mrd. Euro



Vorsitzender
Michael Wolf
Obermeister und Inhaber,
Firma Mattzick
GmbH & Co. KG



Geschäftsführer
Dr. Felix Herbert



Landesverband der Energie- und Wasserwirtschaft Hessen/Rheinland-Pfalz e. V. (LDEW)

Kupferbergterrasse 16
55116 Mainz

Telefon: 06131 62769-17
Telefax: 06131 62769-23
E-Mail: kontakt-mz@ldew.de
www.ldew.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 274
(davon 157 aus Hessen)
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 22.883
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Vorstandsvorsitzender
**Dr. jur. Constantin
H. Alsheimer**
Vorsitzender, Mainova AG



Geschäftsführer
Horst Meierhofer



Landesverband Hessischer Omnibusunternehmer e. V. (LHO)

Marburger Str. 44
35390 Gießen

Telefon: 0641 932930
Telefax: 0641 9329333
E-Mail: info@lho-online.com
www.lho-online.com

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 160
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 4.000
Jahresumsatz der Branche: k. A.



1. Vorsitzender
Karl Reinhard Wissmüller
Geschäftsführer, Omnibus-
betrieb und Reisebüro Wissmüller



Geschäftsführer
Volker Tuchan



Speditions- und Logistikverband Hessen/Rheinland-Pfalz e. V.

Eschborner Landstraße 42-50
60489 Frankfurt am Main

Telefon: 069 9708110
Telefax: 069 776356
E-Mail: buero@tankstellenverband.de
www.slv-spediture.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 400
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: ca. 30.000
Jahresumsatz der Branche:
ca. 15 Mrd. Euro



Vorstandsvorsitzender
Hans-Georg Maas
Geschäftsführender
Gesellschafter, EDI-TRANS
Distribution und Spedition



Geschäftsführer
Thorsten Hölser



Tankstellen-Interessenverband e. V. (TIV)

Moltkestraße 17
67433 Neustadt
an der Weinstraße

Telefon: 06321 880292
Telefax: 06321 880294
E-Mail: buero@tankstellenverband.org
www.tankstellenverband.org

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: k. A.
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: k. A.
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Vorsitzender
Peter Hengstermann
Geschäftsführer,
Hengstermann GmbH



Geschäftsführer
**Dr. jur.
Jochen Wilhelm**



Unternehmerverband Frankfurt Rhein-Main e. V. (UVF)

Emil-von-Behring-Str. 4
60439 Frankfurt am Main

Telefon: 069 95808-0
Telefax: 069 95808-166
E-Mail: info@uvf.de
www.uvf.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 155
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen:
ca. 42.000
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Vorsitzender
Dr. Michael Hann
Geschäftsführer Personal und
Arbeitsdirektor, DFS Deutsche
Flugsicherung GmbH



Hauptgeschäftsführer
Volker Fasbender



Unternehmerverband Nordhessen e. V. (UNH)

Karthäuserstraße 23
34117 Kassel

Telefon: 0561 1091-50
Telefax: 0561 779194
E-Mail:
office@arbeitgeber-nordhessen.de
www.arbeitgeber-nordhessen.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 157
Beschäftigte in den Mitgliedsunter-
nehmen: 12.100
Jahresumsatz der Branche: k.A.



Vorsitzender
Michael Hohmann
Vorstandsvorsitzender,
Raiffeisenbank eG



Hauptgeschäftsführer
Jürgen Kümpel



Unternehmerverband Südhessen e. V. (UVSH)

Rheinstraße 60
64283 Darmstadt

Telefon: 06151 2985-0
Telefax: 06151 2985-21
E-Mail: gf.darmstadt@uvsh.de
www.uvsh.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 330
Beschäftigte in den Mitgliedsunter-
nehmen: über 65.000
Jahresumsatz: k. A.



Vorsitzender
Jürgen Streit
Geschäftsführer,
STREIT GmbH



Geschäftsführer
Dirk Widuch



Verband der Bahnindustrie in Deutschland e. V. (VDB)

Universitätsstraße 2
10117 Berlin

Telefon: 030 206289-0
Telefax: 030 206289-50
E-Mail: info@bahnindustrie.info
www.bahnindustrie.info

Anzahl der Mitgliedsunter-
nehmen: k. A.
Beschäftigte in den Mitglieds-
unternehmen: k. A.
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Präsident
Volker Schenk
Technischer Vorstand (CTO),
Vossloh AG



Hauptgeschäftsführer
Dr. Ben Möbius



Geschäftsführer
Axel Schuppe



Verband baugewerblicher Unternehmer Hessen e. V.

Emil-von-Behring-Str. 5
60439 Frankfurt am Main

Telefon: 069 95809-0
Telefax: 069 95809-233
E-Mail: baugewerbe@bgvht.de
www.bgvht.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 1.000
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: ca. 22.500
Jahresumsatz der Branche: 6 Mrd. Euro



Präsident
Dipl.-Ing. Frank Dittmar
Geschäftsführer, Dittmar
Baugesellschaft mbH &
Co. Bauunternehmung KG



Hauptgeschäftsführer
Rainer von Borstel



Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e. V. (vero)

Düsseldorfer Straße 50
47051 Duisburg

Telefon: 0203 99239-0
Telefax: 0203 99239-97
E-Mail: info@vero-baustoffe.de
www.vero-baustoffe.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 600
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: k. A.
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Präsident
Christian Strunk
Geschäftsführer,
Hülskens Holding
GmbH & Co. KG



Landesvorsitzender
Christoph A. Hagemeier
Vorstandsmitglied,
MHI Mitteldeutsche
Hartstein-Industrie AG



Hauptgeschäftsführer
Raimo Bengler

Verband der Chemischen Industrie e. V. Landesverband Hessen (VCI Hessen)

Mainzer Landstraße 55
60329 Frankfurt am Main

Telefon: 069 2556-1421
Telefax: 069 2556-1614
E-Mail: lvhessen@vci.de
www.vci.de/hessen

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 230
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: ca. 59.000
Jahresumsatz der Branche:
26 Mrd. Euro



Vorsitzender
Walter Galinat
Mitglied der Geschäftsleitung,
Merck KGaA



Geschäftsführer
Gregor Disson



Verband der Kali- und Salzindustrie e. V. (VKS)

Reinhardtstraße 18A
10117 Berlin

Telefon: 030 8471069-14
Telefax: 030 8471069-21
E-Mail: info.berlin@vks-kalisalz.de
www.vks-kalisalz.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 9
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 12.000
Jahresumsatz der Branche:
2,6 Mrd. Euro



Vorstandsvorsitzender
Dr. Burkhard Lohr
Vorsitzender des Vorstands,
K+S Aktiengesellschaft



Hauptgeschäftsführer
Dipl.-Ing. Hartmut Behnen



Verband der Kali- und Salzindustrie e.V.

Verband der Metall- und Elektro-Unternehmen Hessen e. V. (HESSENMETALL)

Emil-von-Behring-Str. 4
60439 Frankfurt am Main

Telefon: 069 95808-0
Telefax: 069 95808-126
E-Mail: info@hessenmetall.de
www.hessenmetall.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 580
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 135.800
Jahresumsatz der Branche: 62 Mrd. Euro



Vorsitzender
Wolf Matthias Mang
Arno Arnold GmbH



Hauptgeschäftsführer
Dirk Pollert

HESSENMETALL

Verband der Papier- und Pappenindustrie Hessen e. V.

Scheffelstraße 29
76593 Gernsbach

Telefon: 07224 6401-116
Telefax: 07224 6401-463
E-Mail: s.meissner@papierzentrum.org
www.papierzentrum.org

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 11
Anzahl Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 2.323
Jahresumsatz der Branche: 674 Mio. Euro



Vorsitzende
Dr. Marietta Jass-Teichmann
Geschäftsführerin, Papierfabrik
Adolf Jass GmbH & Co. KG



Geschäftsführer
Stephan Meißner



Verband der Rohr- und Kanal-Technik-Unternehmen e. V. (VDRK)

Wilhelmshöher Allee
253-255
34131 Kassel

Telefon: 0561 207567-0
Telefax: 0561 207567-29
E-Mail: info@vdrk.de
www.vdrk.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: k.A.
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: k.A.
Jahresumsatz der Branche: k.A.



Vorsitzender
Günter Butz



Geschäftsführer
Ralph Sluke



Verband der Textil- und Bekleidungsindustrie Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland e. V.

Friedrich-Ebert-Straße 11-13
67433 Neustadt
an der Weinstraße

Telefon: 06321 852-0
Telefax: 06321 852-221
E-Mail: m.susak@kwvd.de
www.verband-textil-bekleidung.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 41
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 4.400
Jahresumsatz der Branche: 1,0 Mrd. Euro



Präsident
Klaus Berthold
Geschäftsführer,
HB Protective Wear
GmbH & Co. KG



Geschäftsführer
Thomas Gans



Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA) Landesverband Mitte

Lyoner Str. 18
60528 Frankfurt am Main

Telefon: 069 6603-1696
Telefax: 069 6603-2696
E-Mail: mitte@vdma.org
<http://mitte.vdma.org>

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 390
Beschäftigte im Maschinenbau: 94.000
Jahresumsatz der Branche: ca. 26 Mrd. Euro



Vorsitzender
Stefan Munsch
Geschäftsführender
Gesellschafter, MUNSCH
Chemie-Pumpen GmbH



Geschäftsführer
Dr. Jörg Friedrich



Mitte

Verband deutscher Unternehmerinnen e. V. (VdU) Landesverband Hessen

Jean Bratengeier
Bau-Gesellschaft mbH
Im Steingrund 6
63303 Dreieich

Telefon: 06103 83359-19
Telefax: 06103 83359-60
E-Mail: M.Dietz@bratengeier-bau.de
www.vdu.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 45



Landesverbands-
vorsitzende
Margit Dietz
Geschäftsführerin
Jean Bratengeier
Bau-Gesellschaft mbH



Verband Druck und Medien Hessen e. V.

Flughafenstraße 4 A
60528 Frankfurt am Main

Telefon: 069 95 96 78-0
E-Mail: info@vdmh.de
www.vdmh.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 120
Beschäftigte in den Mitgliedsunter-
nehmen: k. A
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Vorsitzende
**Cristina
Henrich-Kalveram**
Geschäftsführerin, Henrich
Druck + Medien GmbH



Geschäftsführer
Dirk Glock



Verband Farbe Gestaltung Bautenschutz Hessen – Landesinnung des Maler- und Lackierhandwerks

Kettenhofweg 14-16
60325 Frankfurt am Main

Telefon: 069 971213-0
Telefax: 069 172554
E-Mail: info@farbe-hessen.de
www.farbe-hessen.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 1380
Beschäftigte in den Mitgliedsunter-
nehmen: k. A
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Landesinnungsmeister
Klaus Leithäuser
Geschäftsführer und
Malermeister, Rudolf
Leithäuser GmbH & Co. KG



Geschäftsführerin
Ingeborg Totzke



Verband für Energiehandel Südwest-Mitte e. V. (VEH)

Tullastr. 18
68161 Mannheim

Telefon: 0621 411095
Telefax: 0621 415222
E-Mail: info@veh-ev.de
www.veh-ev.de

Anzahl der Mitgliedsunter-
nehmen in Hessen: 400
Beschäftigte in den Mitglieds-
unternehmen: ca. 3.500
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Vorsitzender
Thomas Rundel
Geschäftsführer,
Firma Rundel
Mineralölvertrieb GmbH



Vorsitzender
Henrik Schäfer
Geschäftsführer,
Firma SWE
Südwestenergie GmbH



Geschäftsführer
**Dipl.-Volkswirt
Hans-Jürgen Funke**

Verband Großhandel Außenhandel Verlage und Dienstleistungen Hessen e. V. (AGH)

Flughafenstr. 4a
60528 Frankfurt am Main

Telefon: 069 723556
Telefax: 069 721058
E-mail: info@agh-hessen.de
www.agh-hessen.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 220
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: k. A.
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Vorsitzender
Dr. Georg Wagner
Geschäftsführer,
H. Ludendorff GmbH



Geschäftsführer
Dirk Glock



Verband Hessischer Zeitungsverleger e. V. (VHZV)

FFH-Platz 1
61113 Bad Vilbel

Telefon: 06101 9889-0
Telefax: 06101 9889-20
E-Mail: vhzv@ffh.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 33
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: k. A.
Jahresumsatz der Branche:
ca. 675 Mio. Euro



Vorsitzender
Hans Georg Schnücker
Sprecher der Geschäftsführung,
VRM GmbH & Co. KG



Geschäftsführer
Dirk Glock



Verband Holz+Kunststoff Hessen-Thüringen e. V.

Bierstädter Straße 39
65189 Wiesbaden

Telefon: 0611 1736-0
Telefax: 0611 1736-20
E-Mail: tjuenger@vhk.de
www.vhk.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 150
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 26.000
Jahresumsatz der Branche: 5,2 Mrd. Euro



Vorsitzender
Bernd Ambrosius
Geschäftsführer, Baugesellschaft
Ambrosius mbH & Co.
Verwaltungs-KG



Geschäftsführer
Thomas Jünger



Verband Papier, Pappe und Kunststoffverarbeitende Unternehmen Mitte e. V. (VPU)

Lilienthalallee 4
60487 Frankfurt am Main

Telefon: 069 78308-0
Telefax: 069 78078-500
E-Mail: info@vpu-mitte.de
www.vpu-mitte.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 35
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 3.900
Jahresumsatz der Branche:
ca. 1,6 Mrd. Euro



Vorsitzender
Roland Walter
Geschäftsführender
Gesellschafter,
Walter Verpackungen GmbH



Geschäftsführer
Christian Schrödter



Vereinigung der Haus-, Grund- und Wohnungseigentümer Frankfurt am Main e. V. – Haus & Grund Frankfurt am Main –

Grüneburgweg 64
60322 Frankfurt am Main

Telefon: 069 959291-0
Telefax: 069 959291-11
E-Mail: willkommen@haus-grund.org
www.haus-grund.org

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 10.000
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 11.000
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Vorsitzender
RA Jürgen H. Conzelmann
Geschäftsführender Gesellschafter,
Conzelmann Grundstücks-
verwaltungs- und Beteiligungs-
gesellschaft mbH, Inhaber einer
Rechtsanwaltskanzlei



Geschäftsführer
Nikolaus Jung



Haus & Grund®
Eigentum. Schutz. Gemeinschaft.
Frankfurt am Main

Vereinigung für die Sicherheit der Wirtschaft e. V. (VSW)

Wilhelm-Theodor-
Römheld-Str. 30
55130 Mainz

Telefon: 06131 57607-0
Telefax: 06131 57607-19
E-Mail: info@vsw.de
www.vsw.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 241
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: k. A.
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Vorsitzender
Peter H. Bachus
Geschäftsführer,
PBS GmbH und
SOV GmbH



Geschäftsführer
Gero Dietrich



Vereinigung für die Sicherheit der Wirtschaft e.V.

Vereinigung des Verkehrsgewerbes in Hessen e. V.

Eschborner Landstr. 42-50
60489 Frankfurt am Main

Telefon: 069 97081140
Telefax: 069 776356
E-Mail: frankfurt@vdv-hessen.de
www.verkehrsgewerbe-hessen.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 1.000
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 44.000
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Vorsitzender
Claus-Oscar Herzig
Geschäftsführer, Oscar Herzig
GmbH Internationale
Spedition + Logistik



Geschäftsführer
Thomas A. Röhl



Werkfeuerwehrverband Hessen e. V.

Enge Gasse 6
63538 Großkrotzenburg

Telefon: 06186 913691
E-Mail: info@wfv-hessen.de
www.wfv-hessen.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 86
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: ca. 2.600
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Vorsitzender
Bernd Saßmannshausen
Leiter Feuerschutz und Sicherheit,
Werkfeuerwehr Merck KGaA



Geschäftsführer
Ulrich Fischer



Wirtschaftsinitiative FrankfurtRheinMain e. V.

Holzhausenstraße 25
60322 Frankfurt

Telefon: 069 971238-0
Telefax: 069 971238-23
E-Mail: office@wifirm.de
www.die-wirtschaftsinitiative.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 125
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: k. A.
Jahresumsatz der Branche: k. A.



Vorsitzender
Prof. Dr. Wilhelm Bender



Geschäftsführerin
Annegret Reinhardt-Lehmann



Geschäftsführer
Jörg Schaub

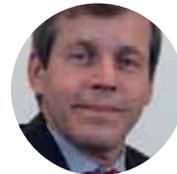
FrankfurtRheinMain Die Wirtschaftsinitiative

Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie e. V. (ZVEI) – Landesstelle Hessen

Emil-von-Behring-Str. 4
60439 Frankfurt am Main

Telefon: 069 95808-226
Telefax: 069 95808-225
E-Mail: cchristmann@zvei-hessen.de
www.zvei-hessen.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 130
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: 45.000
Jahresumsatz der Branche in Hessen: 11 Mrd. Euro



Vorsitzender
Rainer Berthold
Geschäftsführer,
Jean Müller GmbH
Elektrotechnische Fabrik



Geschäftsführer
Dr. Clemens Christmann



Zentralverband Karosserie- und Fahrzeugtechnik e. V. (ZKF)

Grüner Weg 12
61169 Friedberg

Telefon: 06031 79479-24
Telefax: 06031 79479-10
E-mail: info@zkf.de
www.zkf.de

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 230
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: ca. 2.800
Jahresumsatz der Branche: k.A.



Vorsitzender
Peter Börner
Vorstand, EUROGARANT
AutoService AG



Hauptgeschäftsführer
Thomas Aukamm



Zentralverband Oberflächentechnik e. V. (ZVO)

Itterpark 4
40724 Hilden

Telefon: 02103 2556-10
Telefax: 02103 2556-15
www.zvo.org

Anzahl der Mitgliedsunternehmen: 233
Beschäftigte in den Mitgliedsunternehmen: k. A.
Jahresumsatz der Branche: 7,6 Mrd. Euro



1. Vorsitzender
Walter Zeschky
Gesellschafter, Zeschky
Galvanik GmbH & Co. KG



Geschäftsführer
Christoph Matheis



IMPRESSUM

Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände e. V. (VhU)
Emil-von-Behring-Straße 4 | 60439 Frankfurt am Main
Telefon: 069 95808-0
Telefax: 069 95808-126
E-Mail: info@hu.de
www.vhu.de

August 2018
Verantwortlich i.S.d.P.: Dr. Ulrich Kirsch

Autoren

Dr. Clemens Christmann
Joachim Disser
Jörg E. Feuchthofen
Stephan Fischbach
Jürgen Funk
Peter Hampel
Dr. Daniela Hansen
Jan-Patrick Harms
Janina Hill
Gertrud Hirschhäuser
Dr. Stefan Hoehl
Dr. Ulrich Kirsch
Reinhold Maisch
Prof. Franz-Josef Rose
Matthias Rust
Achim Schnyder
Reinhold Stämmli
Charlotte Venema
Anna von Grünewaldt
Vladimir von Schnurbein

Redaktion

Dr. Ulrich Kirsch
Heike Krasemann
Yanka Schütz

Fotos

Frank Kleefeldt
Gerd Scheffler (Ergänzung durch Abt./Bzgr.)

Grafik & Realisation

CREATUR | creaturgrafik.de

Druck

XXX